INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

Nr. 125

Sonntag ist Waltag!

Eine fette Beute haben die Inupiat aus Kaktovik an der Nordküste Alaskas an Land gezogen. Zum Schlachten des beinahe 15 Meter langen Grönlandwals, dessen »Barten« rechts hochstehen, eilt das ganze Dorf herbei. Gegessen wird alles, bis auf die Knochen

»Muktuk«, Walhaut mit Speck, gilt als die größte Delikatesse

29. November 1990

Vorwort:

Was den Walen alles passieren kann, ist schon traurig und wir hoffen, daß der Wahlleiter dafür büßen muß. Eine Demo in Hamburg für das Wahlsterben, die Parteien verstehen mal wieder gar nichts, nur Kohl findet das gut, da er, wie mensch sieht, sich hauptsächlich von Lebertran ernährt. Das Interesse an Walen soll übrigens so groß sein, daß unzählige schon nachts die Wahllokale stürmen wollen und andere Sonntags sich von den heiligen Orten gar nicht trennen können und sogar ganz persöhnliche Dinge dalassen wollen. Schwierzina kommt übrigens nicht zur Wahl, weil er kein Geld fürs Benzin mehr hat. Die 500.- Mark von der PDS kann er leider nicht annehmen, da er sie sonst natürlich wählen müßte. Übrigens, als ich gestern mit meiner Oma Kaffee trinken war, kam so ein cooler Bulle mit Sonnenbrille rein und hat erstmal eine Runde Sekt für alle ausgegeben. Was mit den Briefen passiert ist, wissen wir allerdings auch nicht so genau. Ein vermeintlich echter wurde uns zugespielt, den findet ihr auf der Rückseite.

Gern reingenommen hätten wir noch ein Flugblatt aus Köln über die Razzia und das § 129a Verfahren gegen die "agitare bene". Aber schlechten Druck auf grünen Papier können wir nicht reproduzieren. Aber die "agitare bene" wird es weiter geben. Wir wünschen euch viel Power und den längeren Atem.
In Wiesbaden gibt es jetzt eine neue Zeitung, die "semtex", der wir viel Sprengkraft wünschen.

Ein bißchen lahm dagegen sind die, die uns die Termine immer erst Dienstags reinschmeißen. Demnächst könnt ihr auf euren Veranstaltungen alleine sitzen. Redaktionsschluß ist Montags.

Das Sonderheft zum Golfkonflikt ist leider ganz vergriffen, seht also bitte von Bestellungen an uns ab. Aber nichts steht im Wege, wenn sich mensch die Arbeit macht, und es nachkopiert oder gar nachdruckt.
Briefe, Beschwerden und Bestellungen wie immer an: Interim, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

Inhaltsverzeichnis

EIGENTUMSVORBEHALT
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

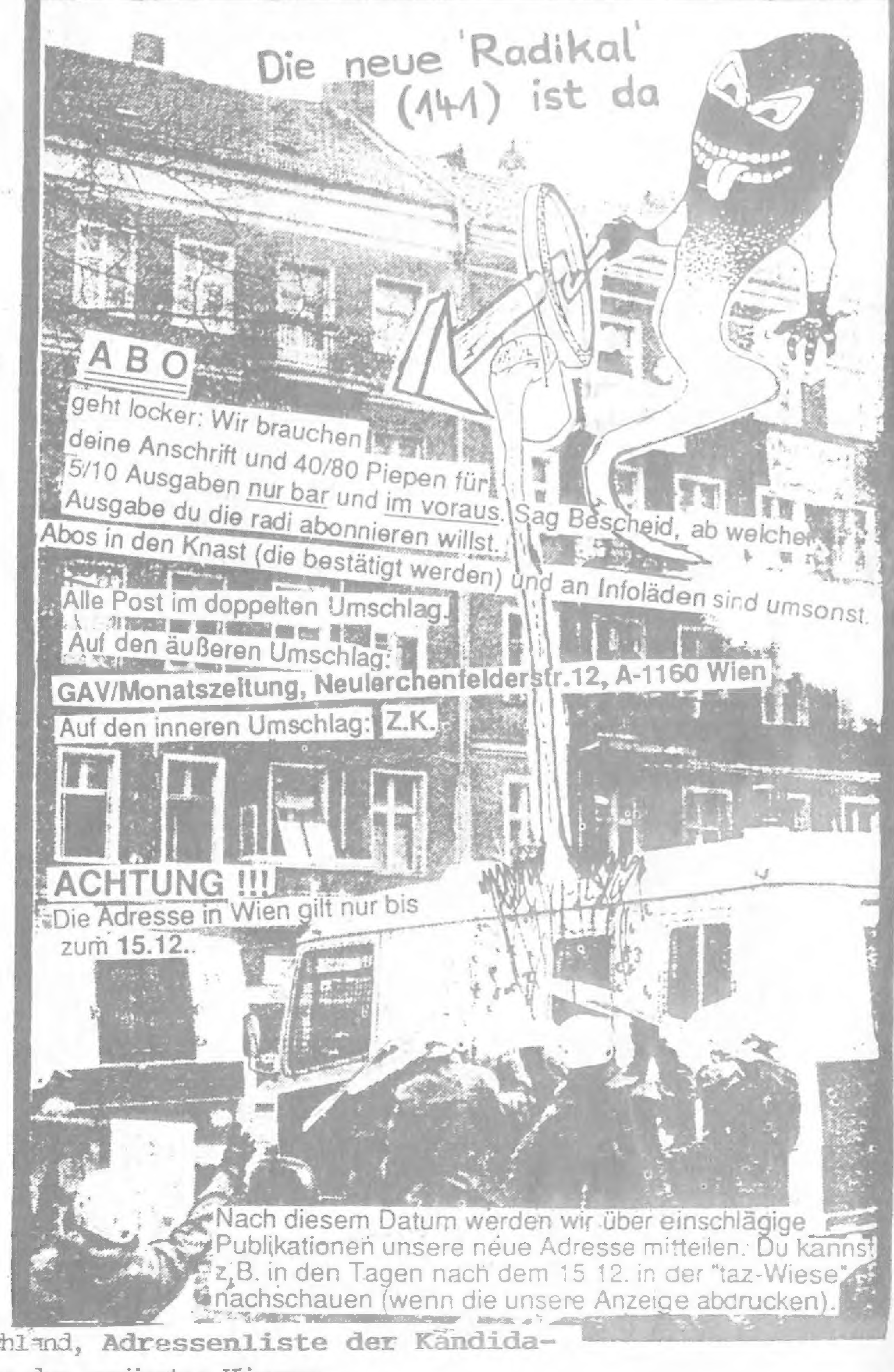
IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Ordner: Textesammlung der radikalen Linken zu Großdoitschland, **Adressenliste der Kandidaten von DDD,NPD;PFD;REP,ÖPD,DSU,** diverse Texte zu den geräumten Häusern

BERLINER LINIE - SCHEISSPOLITIK
MIETEN RUNTER UND HÄUSER ZURÜCK !
Wir haben heute das Rote Rathaus besetzt!
Die Mainzer Straße lebt!!!!

Der "neue" deutsche Staat hat 3 Tage gegen uns Krieg geführt; wir haben uns gewehrt. Seine Büttel konnten uns aus unseren Häusern prügeln, aber ihre Knüppel können unseren Zusammenhalt nicht zerschlagen, so wie ihr Giftgas unsere Träume nicht zersetzen wird.
Sie haben das Monopol über Zeitungen, Fernsehen, Radio. Sie verbreiten die unglaublichsten Lügen über uns:
- unser Widerstand gegen die Räumung sei Mordlust gewesen - aber *sie* haben mit Toten kalkuliert und von vorneherein geplant, unsere Lebenszusammenhänge um jeden Preis militarisch zu zerschlagen.

- wir seien nicht verhandlungsbereit - dabei haben wir vom ersten Moment an an den Verhandlungen der GesamtbesetzerInnen mit dem Magistrat teilgenommen, eine gemeinsame Vereinbarung mit dem Magistrat ausgehandelt - bis der "neue" Magisenat direkt nach Amtsantritt die Verhandlungen einseitig abbrach.

- wir seien gar nicht wohnungslos - nur weil viele von uns eine Meldeadresse in der Zweiraumwohnung bei Mama und Papa oder bei FreundInnen haben.

- wir hätten die Räumung provoziert - dabei war der Überfall von langer Hand geplant, die eingesetzten Einheiten schon Tage zuvor in Alarmbereitschaft.

Unser selbstbestimmtes Leben paßt ihnen nicht.
Wir MainzerInnen leben in 12 besetzten Hausern. Eines davon ist ein Haus, wo Frauen und Lesben wohnen, eines ein Tuntenhaus, und auch von den gemischten Häusern hat jedes sein eigenes Gesicht. Die Straße ist für uns ein gemeinschaftlicher Lebensbereich, in dem wir unser Leben praktisch selbst organisieren, und den wir mit allen NachbarInnen teilen wollen. Eine Volksküche, in der ein Essen 3 Mark kostet, ein Spielplatz, zusammen mit AnwohnerInnen gebaut, ein Info-Cafe für alle an uns Interessierten, das Antiquariat für DDR-Literatur, ein Theater-Cafe, in dem Kultur und Kaffeeklatsch zusammenkommen, eine Food-Coop, in der der Lebensmitteleinkauf aus ökologischer Erzeugung direkt organisiert wird, um die Kosten für alle niedrig zu halten, das Ausarbeiten von Plänen zur Verkehrsberuhigung der Straße zusammen mit den Menschen, die dort schon lange wohnen - all das und mehr ist die Mainzer Straße.

In diesem Leben verbinden sich Arbeit, Wohnen, Kultur und die gewachsene Struktur des Kiezes. Wir reden viel mit AnwohnerInnen, unter anderem bei regelmäßigen BürgerInnen-Tischen, wir haben guten Kontakt zu älteren Menschen, für die wir einkaufen, wir diskutieren mit Schulklassen aus dem Bezirk, stellen Info-Tafeln auf, feiern zusammen Feste auf der Straße und in den Höfen, organisieren Gesprächsrunden mit Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand und wehren uns gemeinsam gegen den gegenwärtigen neonazistischen Straßenterror.
Diese Lebensform, die sich nicht Macht- und Profitinteressen unterordnet, versuchen auch die neuen Herrschenden aus dem Westen zu bekämpfen. Die Mainzer ist ein Versuch, einen herrschaftsfreien Raum aufzubauen und dieses Ziel erfordert zum ersten die Unterstützung aller, die sich darin mit uns verbunden fühlen, zum zweiten solidarische Kritik von außen, zum dritten ein ständiges gemeinsames Überdenken unseres Handelns. So sind auch die meisten Projekte aus dem Zusammenleben zwischen den alteingesessenen KiezbewohnerInnen und uns entstanden.
Der Angriff des Staates richtet sich nicht nur gegen die BesetzerInnen der Mainzer Straße. Er ist viel umfassender und betrifft *alle* anders denkenden und handelnden Männer und Frauen. Es ist ein Angriff gegen alle besetzten Hauser und Zentren, denen damit gezeigt wird, was in diesem Staate geduldet wird und was nicht. Dort die Stillen, die ja nur wohnen wollen und natürlich Verträge bekommen, hier die, die es wagen, Häuser/Räume politisch zu begreifen und zu nutzen, die die Zweifel an diesem Staat/System haben und es auch praktisch in Frage stellen und/oder bekämpfen. Und so stehen jetzt viele BesetzerInnen vor diesem Erpressungsversuch - entweder Maul halten/kuschen, um so vielleicht in den Häusern bleiben zu können - oder weiterkämpfen; weiterhin politisch arbeiten und sich damit der Repression und Verfolgung aussetzen. Konkreter: mit hoher Wahrscheinlichkeit geräumt zu werden.
Dieser Schlag richtet sich gegen alle:
- gegen Frauen und Lesben
Frauen und Lesben wurden gezielt angegriffen und am brutalsten behandelt, weil sie es "wagen", gegen die Männerherrschaft aufzubegehren. Rohe Gewalt, vor allem in Form von sexistischen Übergriffen, soll Frauen und Lesben in die Rollen zurückzwingen, die das Patriarchat ihnen zuweist. Der Bullenterror ist dabei nur krassester Ausdruck alltäglicher Männergewalt.

- gegen MigrantInnen
Bei uns leben viele Menschen verschiedener Nationalitäten. Menschen ohne deutschen Paß mußten vor dem Bullenterror flüchten (Ausweisungsgefahr). Das Ausländergesetz und die Wahlhetze zeigt, daß sie besonderem Maß Repressionen ausgesetzt sind.
- gegen Schwule
Mit dem Angriff auf das Tuntenhaus soll das Zusammenleben von Schwulen in großen Gruppen unmöglich gemacht werden. Der Angriff heißt auch: Zurück dorthin wo ihr hingehört: in die kommerzielle Subkultur.

- gegen MieterInnen
Das reibungslose Zusammenspiel zwischen Wohnbaugesellschaft und Polizei schafft ideale Voraussetzungen für das künftige Mietendiktat; die Räumung ist also auch ein Präventivschlag gegen MieterInnenWiderstand.

- gegen schwache Menschen
Solidarität in der Mainzer Straße bedeutet u.a. Kinderspielplatz, Kinderkino, billiges Essen, Einkaufshilfe - die Zerschlagung dieses Zusammenhalts ist der Versuch, die "Schwachen" in ihre Vereinzelung zurückzutreiben.

- gegen die Bevölkerung in den eroberten Gebieten
Der Angriff auf die Mainzer Straße soll den hier lebenden Frauen und Männern zeigen, was Aufmüpfigkeit einbringt. Mit dem Zuckerbrot allein (DM & Videorecorder) kann der Anspruch auf absolute Beherrschung der Menschen nicht durchgesetzt werden, also läßt der Staat die Maske fallen und holt die Peitsche heraus. Beispielhaft wurde an der Mainzer Straße vorgeführt, wie Polizei & Politik mit anstehenden sozialen Konflikten in der Ex-DDR umzugehen denken: Jede Form von Widerstand soll niedergeknüppelt werden: Die ökonomische Annexion der DDR wird durch die Militärische ergänzt. Die Invasoren sind auf die Konflikte bestens vorbereitet - z.B.: "Der BGS trainiert die Streikbekämpfung." (FR vom 30. 5. 84)

- gegen die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der DDR-Kultur
Die Bücherschändung im Antiquariat für DDR-Literatur im Forellenhof beweist die Ignoranz und Brutalität der Bullen gegen eine Kultur, die sie durch Gehirnwäsche, berufliche Repression und Diffamierung einfach auslöschen wollen.

- gegen alle Ansätze grundsätzlicher Kritik
Das Wegspülen der Menschenkette durch Wasserwerfer am 12. 11. und der Versuch, unsere politische Lebensform zu zerstören, fügen sich zusammen - alles, was der Macht entgegentritt,soll zermalmt werden; jede Opposition wird diffamiert und kriminalisiert. Wir, die wir unsere Freiräume gegen Staatsterror verteidigt haben, werden als gewalttätige Chaoten beschimpft!

Dieses Vorgehen hat Methode:
Die Notstandsgesetzgebung in der BRD Ende der 60er Jahre ist der Ausgangspunkt für eine neue Repressionswelle. Die Entwicklung der Isolationsfolter gegen politische Gefangene in deutschen Knästen, Berufsverbote gegen kritische Menschen in den 70er Jahren sowie die Angriffe auf die Anti-AKW-Massenbewegung und die Morde an den politischen Gefangenen in Stammheim sind Indizien für die neue Qualität der Repression. Dennoch hat sich der politische Widerstand nicht zerschlagen lassen.
Im vereinigten Großdeutschland sind politische Zentren ein Angriffsziel. Die Razzia in der Hafenstraße in Hamburg im Mai und die militärische "Lösung" in der Mainzer Straße mit je über 3.000 Bullen haben die gleiche Stoßrichtung: In Hamburg sollen vorhandene Strukturen mit einer breiten Basis durch Diffamierung zerstört werden; in Friedrichshain sollen solche störenden Strukturen von vorneherein verhindert werden. Zur Umsetzung ihrer Großdeutschland- und Europapläne muß jede Opposition zerschlagen werden. Zur Durchsetzung ihres "Auftrages" haben Politiker und Polizei lebensgefährliche Verletzungen, gesundheitliche und seelische Schaden, vor allem auch an Kindern, alten und vorgeschädigten Menschen verursacht.

Wir besetzen heute das Rote Rathaus: Hier sitzen Mitverantwortliche für den Krieg gegen den Friedrichshainer Kiez. Anstatt die Interessen der Menschen in Ostberlin zu vertreten, lobt der Magistrat den Überfall aus dem Westen. Anstatt die von den BürgerInnen der DDR vor einem Jahr entwickelte politische Kultur zu erhalten, wedelt er zu jedem Befehl aus dem Westen mit dem Schwanz.
Das ist nicht, was wir unter Demokratie verstehen könnten!

Wir fordern hier und jetzt von Schwierzina:

- Rückgabe der geräumten Häuser, Nichträumungsgarantie und Weiterführung der Verhandlungen zwischen Stadtregierung und dem Vertragsgremium

- Einstellung der Strafverfahren, Freilassung der Gefangenen
- Mietpreisbindung für ganz Berlin
- Wohnraumrekonstruktion ohne Mietsteigerung
- Erweiterung des Kündigumgsschutzes, u.a. keine Eigenbedarfskündigungen mehr
- Mitentscheidungsrecht für MieterInnen-Bündnisse und AnwohnerInnenInitiativen bei allen Entscheidungen über Mieterhöhung, Rekonstruktion.....
- Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses zu den Ereignissen in der Mainzer Straße
- Materielle Wiedergutmachung und Entschädigung für alle, die unter dem Bullenterror zu leiden hatten/haben.

Wir rufen von hier aus alle Menschen auf: Solidarisiert euch mit uns!

Die Kontinuität von MieterInnenkämpfen und Hausbesetzungen

Die Räumung der besetzten Häuser der Mainzerstr. ist sowohl ein Angriff auf die Lebensräume, die sich über hundert Menschen gemeinsam jenseits der aufgezwungenen Vereinzelung geschaffen haben, als auch ein Schlag gegen die in diesem Kiez neu gewachsenen politischen Strukturen.
Die Herrschenden wußten genau, warum sie dort zu einem Zeitpunkt angegriffen haben, an dem auch immer mehr Menschen der angeschlossenen Ex-DDR ahnen, daß sie es wohl sind, die die Kosten der Einheit tragen werden. Die Herrschenden sagen, daß sie keinen sog. "rechtsfreien Raum" hinnehmen werden, denn sie wissen, daß ein solcher FREIRAUM sich ausdehnen wird: seine Lebendigkeit steckt an; hier zeigt sich die Möglichkeit von Widerstand gegen ein System, daß aus dem Recht nach einem Dach über dem Kopf eine unbezahlbare (Mangel-)Ware macht. Die Herrschenden wissen um die Brisanz von Mieterkämpfen und Hausbesetzungen, denn diese haben eine lange Geschichte. Warum sonst sollten die EG-Innenminister z.B. nichts besseres zu tun haben, als selbst auf Europa-Ebene zu beschließen, keine weiteren Hausbesetzungen - sei es in Spanien, Holland oder hier - mehr zu dulden?
Trotzdem sind wie 1980/81 in West-Berlin wieder über hundert Häuser besetzt. Schon damals konnte der Senat die starke Besetzer-Bewegung nur durch Spaltungen in "gute" und "böse" BesetzerInnen in den Griff kriegen. Die einen bekamen an kaum zu erbringende Sanierungsleistungen gebundene Verträge und sogar Geld: sie wurden mit den Instandssetzungsarbeiten über Jahre beschäftigt und politisch ruhig gestellt. Andere bekamen nur Zeitverträge und der Großteil wurde geräumt. Ähnlich heute: einigen wenigen Häusern werden einzeln Knebelverträge in Aussicht gestellt, die anderen werden geräumt. Auch die Einführung der "Berliner Linie" in Ost-Berlin soll diese willkürliche Spaltung weiterführen: "alte" Besetzungen werden vorübergehend geduldet, "neue" direkt geräumt. Gemeinsam mit vielen anderen Häusern hatte sich die Mainzerstr. auf Grund der Erfahrungen mit dieser Strategie des "Teile und Herrsche" für eine alle besetzten Häuser betreffende politische Lösung eingesetzt. Dies hat der Senat abgelehnt (!) und an der Mainzer ein militärisches Exempel statuiert. Unter diesem Eindruck versucht der Senat nun die Spaltung weiterzutreiben und willkürlich einzelne Häuser in Knebelverträge zu zwingen, um den großen Rest über kurz oder lang abzuräumen.
Die einheitlichen Medienlügen von den "gewaltgeilen, tötungsbereiten Chaoten" sollen diese Spaltung unterstützen und verhindern, daß sich Teile der Bevölkerung mit den Forderungen der BesetzerInnen solidarisieren. Aber auch 1980/81 ist es auf Grund der Nicht-Verhandlungsbereitschaft des Senats während und nach Räumungen zu militanter Gegenwehr gekommen: der Preis für eine Räumung wurde in die Höhe getrieben; der eigenen Wut über die Kompromislosigkeit dieses Staates wurde Ausdruck verliehen. Dabei war es dieser Staat, der damals bereits Tote für die Durchsetzung seiner harten Haltung in Kauf nahm. Klaus-Jürgen Rattay starb nach der Räumung von acht Häusern, weil er von Bullen unter einen fahrenden Bus getrieben wurde. Bei der Räumung der Mainzer haben Bullen diesmal scharf geschossen; Bilanz: zwei Schwerverletzte.-
Es ist dieser Staat, der tötungsbereit ist !

1872

1932

1981

1990

Revolte in Berlin — **Ende Juli 1872**

Schon vor Jahresfrist, als die *Wohnungsnoth* zuerst sich geltend machte, schwatzte alle Welt davon, daß Unruhen entstehen würden. Aber das Berliner Volk ist sehr geduldig, und als die Prophezeihung sich nicht bestätigte, wiegten sich die bevorrechteten Klassen in Sicherheit. Augenblicklich ist in Berlin aber durch den geradezu grenzenlos steigenden Nothstand und den Uebermut der Hausbesitzer solcher Zündstoff angesammelt, daß jeder Funke zur Flamme auflodern muß.

Drei Tage lang war Berlin fast ohne Unterbrechung im Zustande der Revolte, die bald hier, bald dort in den einzelnen Stadtvierteln sich geltend machte.

An demselben Morgen erfolgte vor dem Frankfurter Thor das *Niederreißen der Baracken Obdachloser.* Der Jammer dieser Unglücklichen brachte das ganze Stadtviertel in Aufruhr. Der Krawall dehnte sich hierbei über die Blumenstraße, Frankfurterstraße, Weberstraße und deren Querstraßen aus; sein Zentrum befand sich an der Ecke der Blumen- und Krautstraße. Die Masse warf überall die Gaslaternen ein, hob die *Rinnsteinbohlen* aus und bildeten aus denselben *Barrikaden*, die noch durch *Haufen von Pflastersteinen* befestigt wurden, welche bei der Hand waren, da in der Nähe gerade an einigen Stellen der Straßendamm reparirt wird. Es sprengte nun die ganze berittene Abtheilung der Schutzmannschaft auf den Schauplatz der Unruhen, während gleichzeitig mehrere hundert Mann zu Fuß anrückten. Der Polizei wurde heftiger Widerstand entgegengesetzt, aus vielen Häusern wurde mit Steinen, Flaschen und dergleichen auf sie geworfen. Aus den Fenstern eines Schanklokals der Krautstraße wurde ein Steinbombardement auf die anrückenden Beamten eröffnet, die, um dort sich Eingang zu verschaffen, die verschlossene Hausthür aufsprengten und mit Gewalt durch die Küchenthür eindrangen. Aus einem andern Hause der Krautstraße, woselbst ein großer Droschkenhof befindlich, kam ein wahren Steinregen auf die Schutzmannschaft und wurde dies Haus und Hof durch letztere gestürmt, wobei es viele Verwundungen gab.

(Neuer Social-Demokrat, 31.7. und 2.8.1872)

Nur 8 Berliner — **31. Juli 1872**

Hiesige Blätter enthalten die Notiz, daß sich unter den 85 Tumultuanten, die in Folge der letzten Straßenkrawalle in Haft genommen sind, nur 8 Berliner befinden und alle anderen von außerhalb hergekommene Subjecte seien, die hier noch gar kein Einwohnerrecht haben.

(Spenersche Zeitung, Abendausgabe)

1932

Erst Essen, dann Miete!

Jeden Tag schließen sich neue Häuser dem Kampf gegen die hohen Mieten an. In den Amtsgerichten herrscht Hochbetrieb. Eine Räumungsklage jagt die andere. Aber dieser Hochbetrieb wird weit von dem übertroffen, der auf der Straße herrscht, wenn ein erwerbsloser Prolet exmittiert werden soll. In der zweiten Septemberhälfte wurden in Berlin nicht weniger als 300 Exmittierungen infolge des Protestes der werktätigen Bewohner zurückgenommen. Allein im Südosten konnten aus diesem Grunde 180 Exmittierungen nicht durchgeführt werden.

Seit mehreren Tagen streiken die Bewohner der Mietskasernen *Köpenicker Straße* 34-35. Gegen 35 Bewohner sind Räumungsklagen angestrengt worden. Der Termin ist auf den 29. Oktober, 1/2 10 Uhr, im Amtsgericht Neue Friedrichstr. angesetzt. Am Freitag sammelten sich die *Frauen* mit ihren Kindern und zogen zum Bezirksvorsteher Panzer. Sie verlangten die Bezahlung der Mietschulden und für jede Familie Kohlen, Holz, Kartoffeln, Milch und warme Kleidung für die Kinder. Panzer, früher SPD, heute Nazi, wies der Delegation die Tür und drohte mit dem Überfallkommando. Die Frauen ließen sich aber nicht abweisen. Daraufhin verwies sie Panzer an den sozialdemokratischen Wohlfahrtsvorsteher Kraft, Engelufer. Kraft, von dem Anrücken der Frauen benachrichtigt, alarmierte die Polizei, die jedoch nicht einschritt. Kraft sah sich schließlich veranlaßt, die Forderungen der Mieter entgegenzunehmen und schnellstens zu erledigen.

(Rote Fahne/KPD, 16. Oktober 1932)

1981

Keine zwei Wochen nach dem letzten Angriff erfrecht sich nun der Berliner Senat aufs Neue, mindestens 14 besetzten Häusern, vielen davon in Kreuzberg, die Räumung anzudrohen. Beim letzten Mal verlief die Reaktion trotz der Ermordung von K.J. Rattay noch relativ friedlich. Man verließ sich vielmehr auf die Unterstützung zahlreicher liberaler Solidaritätsgruppen. Die Unterstützung war zwar groß, aber nicht wirksam. Es ist schade, immer wieder feststellen zu müssen, daß jeder friedliche Protest, sei er auch massenhaft, ignoriert wird.

Die Vertreter sämtlicher besetzter Häuser ist nicht gewillt, auch nur die geringste Provokation dieser Art weiterhin zu dulden. Der Besetzerrat und seine nach 10.000den zählende Freunde, haben sich nun ebenfalls auf eine härtere Linie geeinigt.

Sollte auch nur der geringste Angriff gegen eines der besetzten Häuser erfolgen, sollte sich der Senat und die Polizei, tatsächlich erdreisten aufs Neue den Hausfrieden unserer Häuser zu brechen, ist die Amtszeit für den gegenwärtigen Berliner Senat abgelaufen. Des weiteren geht es postwendend endlich mal auch den stadtbekannten Spekulanten an den Kragen. Ihre weitgehend ungenutzten Villen im Grunewald werden ohne vorherige Ankündigung zwangsweise geräumt.

Nach einem eventuellen Angriff auf irgendeine unserer kulturellen Errungenschaften, wie z.B. besetzten Wohnraum, Cafes, sowie auf unsere Kulturzentren mit Arbeits- und Auftrittsmöglichkeiten für zahlreiche Theater- und Musikgruppen, Werkstätten, etc., kann der bürgerliche Berliner Kulturbetrieb damit rechnen, daß weder in der »Deutschen Oper« noch im »Schiller-Theater«, noch in irgendwelchen Ausstellungen, Messen oder Kongressen auch nur eine einzige „Kultur"-Veranstaltung ohne Störung über die Bühne geht.

Der bereits entstandene, bzw. bei erneuten Senatsagressionen zu erwartende Sachschaden stellt, verglichen mit den weitergehenden zu erwartenden Reaktionen auf Häuserräumungen und dergleichen, nur eine relativ geringfügige „Bedrohung" des Rechtsfriedens dar. Deshalb sei auch nur nebenbei darauf hingewiesen.

An den Berliner Senat ergeht daher die dringende Empfehlung, sämtliche weitere Störungen, Angriffe, Durchsuchungs- und Räumungsversuche zu unterlassen. Eine nachhaltige Störung des Rechtsfriedens ist auch für die Bewegung mit großem Arbeitsaufwand verbunden. Von daher wäre es auch der im Grund friedlichen und bekanntlich arbeitsscheuen Bewegung gelegen, wenn oben genannte Maßnahmen, nicht zur Notwendigkeit würden.

Konstanz, 20/11/90

Solierklärungen zur Räumung der besetzten Häuser

In den frühen Morgenstunden des 14. Novembers 1990 wurden im Ostberliner Bezirk Friedrichshain die zwölf besetzten Häuser in der Mainzer Straße geräumt. Die Räumung erfolgte unter Einsatz eines regelrechten Bürgerkriegs-Arsenals: 4000 PolizistInnen und Bundesgrenzschutz-Beamte, schweres Räumgerät, mehrere Hubschrauber und Wasserwerfer, massiver Reizgas- und Tränengasbeschuß, Blend-Schock-Granaten, Gummigeschosse und auch die Schußwaffe.

Neben zum Teil schweren Verletzungen sind im Zuge des Polizeieinsatzes über 300 BesetzerInnen und UnterstützerInnen festgenommen worden. Gegen fast alle werden Ermittlungen wegen Landfriedensbruchs und/oder Hausfriedensbruch eingeleitet. Selten sind bisher in der BRD Polizeistaatsmethoden der Aufstandsbekämpfung, wie sie seit Jahrzehnten von hier in die "Dritte Welt" exportiert wurden, so offen angewendet worden - diesmal auf dem Gebiet der annektierten DDR. "Manover" unter Real-Live-Bedingungen. Die Motive der Berliner SPD-Regierung zu dieser Großaktion sind nur allzu durchsichtig:

Nachdem der zentrale Postdamer Platz des früheren Großberlins Daimler Benz quasi geschenkt wurde, mussen auch andere Stadtteile im Osten aufgeräumt werden, um Platz zu machen für WohnungsspekulantInnen und Konzerne. Sie wollen keine zweite Hafenstraße. Ungeachtet der unklaren Rechtslage will der BRD-Staat die BewohnerInnen wegräumen, die im Osten im leerstehende Wohnungen zogen, die für die meisten Menschen in der Ausstattung als unbewohnbar gelten.

In der heißen Wahlkampfphase will sich Bürgermeister Momper vor der CDU mit ihrem offen rassistischen Wahlkampf als der bessere deutsche Saubermann profilieren. Während die CDU in Berlin mit dem Versprechen um Stimmen wirbt, mit den "Chaoten" aufzuräumen, zeigt die SPD, daß sie das auch kann. Der Termin ist von ihr (auch wenn mensch sicher sein kann, daß Bonn da mitredet) bewußt gewählt - nach der Groß-Demo gegen das Vierte Reich am 3. November 1990 in Berlin und vor den Reichtagswahlen am 2. Dezember.

Wir, circa 30 TeilnehmerInnen einer Veranstaltung zum Wahlboykott in Konstanz am 20. November 1990, bekunden unsere bedingungslose Solidarität mit den BesetzerInnen der Mainzer Straße.

Wir fordern:

* keine Kriminalisierung des Hauserkampfes in Berlin und anderswo.
* Bereitstellung von ausreichend Wohn- und Lebensraum für alle Menschen
* keine weiteren Räumungen besetzter Häuser, sondern deren vertragliche Anerkennung und die Rückgabe der bereits geräumten Häuser an die BesetzerInnen
* öffentliche Untersuchung des Polizei- und BGS-Einsatzes am 12. und 14. November in der Mainzer Straße
* Einstellung der gegen HausbesetzerInnen eingeleiteten Straf- und Ermittlungsverfahren durch entsprechende politischen Vorgaben

Die Häuser denen, die sie brauchen!

Resolution der Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung

Der Kampf der HausbesetzerInnen und Hausbesetzer in Berlin und anderswo ist genauso unser Kampf. Der selbe Staat, der mit Brachialgewalt für die Durchsetzung der Plane der Atommafia sorgt; der selbe Staat der mit allen Mitteln der Repression unseren Widerstand gegen Atomanlagen zu brechen versucht, zeigte mit den Aktionen gegen die HausbesetzerInnen in Berlin wieder einmal deutlich, wozu er fähig ist, wenn er am Nerv getroffen wird. Und den Nerv treffen wir, ob wir nun den Atomstaat oder die Wohnungspolitik angreifen.

Die Anti-AKW-Bewegung war noch nie und ist auch jetzt keine Ein-Punkt-Bewegung. Wir sehen den Zusammenhang zwischen den sogenannten "Mißständen" unserer Gesellschaft und wissen, daß sie einen gemeinsamen Ausgangspunkt haben. Wir haben in jahrelangem politischen Widerstand die Erfahrung gemacht, daß die Atommafia nicht im luftleeren Raum steht, sondern verankert ist in den Strukturen des Systems. Deshalb wissen wir auch, daß die Gewalt in Auseinandersetzungen immer vom Staat ausgeht. Ob in Wyhl, Brokdorf, Gorleben, Wackersdorf oder eben jetzt in Berlin.

Wir stehen zu dem Konsens der Anti-AKW-Bewegung: Wir dürfen uns an der Frage der Aktionsformen nicht spalten lassen, denn eine Spaltung des Widerstandes kommt nur denen zugute, die ihren Machterhalt durch brutale Polizeieinsätze zu sichern versuchen.

Wir erklären uns mit den Besetzerinnen und Besetzern in Berlin und anderswo solidarisch und fordern:

- sofortige Freilassung der Inhaftierten und Einstellung aller Verfahren!
- Rehabilitation und Entschädigung der Opfer der Polizeieinsätze!
- Bedingungslose Rückgabe aller inzwischen geräumten Häuser an die ehemaligen BesetzerInnen in Selbstverwaltung ohne staatliche Kontrolle!
- ernsthafte Vertragsverhandlungen mit dem Ziel: Gleiche Verträge für alle besetzten Häuser!

Gegen stattliche Repression, gegen den Polizeistaat!
Grüße an alle besetzten Häuser, Solidarität mit den Geräumten!

Bremen, 16.11.1990

DOKU MAINZERSTRAßE

Wir wollen eine Dokumentation zur Räumung der Mainzer und den Ereignissen vor und danach machen. Dazu benötigen wir noch Material: V.a.: Fotos, Stellungnahmen, Artikel aus intern. Presse und westdeutschen Infos, Flugis und Artikel um die Mainzer vor der Bulleninvasion.....und was ihr sonst noch Interessantes findet....Abgeben könnt ihr die Sachen im Kopierladen, Manteuffelstr.99 abgeben! Wenn ihr selber ne Doku machen wollt, gebt uns Bescheid. Ansonsten werden MitmacherInnen immer gebraucht.



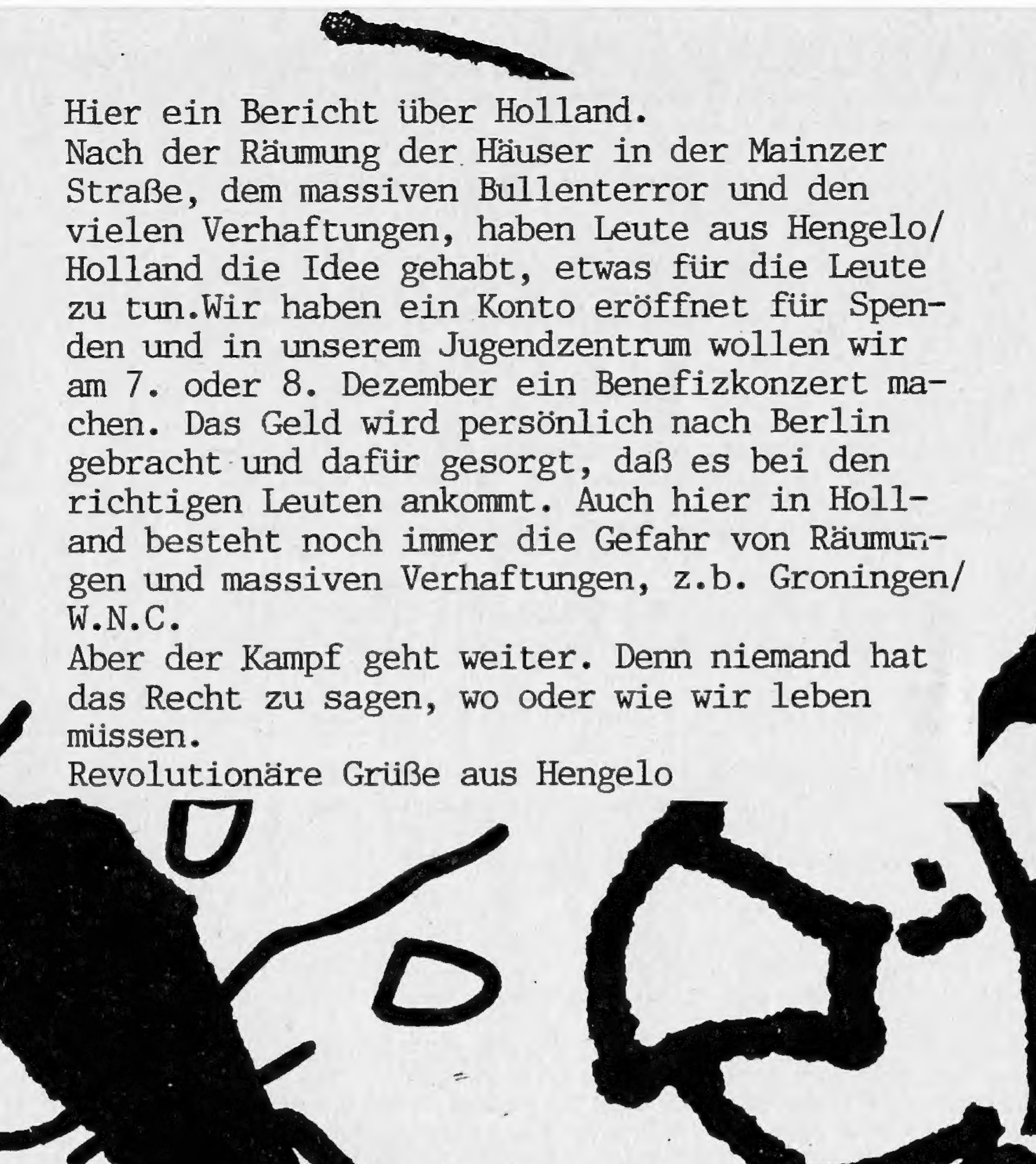
Busse mit Parolen besprüht

Bielefeld (aut). 16 Busse der Busverkehr Ostwestfalen GmbH (BVO) sind in der Nacht zum Freitag im Depot an der Wilhelm-Bertelsmann-Straße von Unbekannten besprüht worden. Wie Klaus Sondermann, Betriebsleiter des Bahnbusbetriebes in Bielefeld, erklärte, habe die Bahnpolizei bei ihrer Kontrollfahrt die Farbkleckse auf den Bussen bemerkt. In Rot, Weiß und Blau prangen Parolen, die Protest gegen die gewaltsame Räumung von besetzten Häusern in Berlin ausdrücken, auf dem Lack der Busse.

Bielefelder Tageblatt 17. November

Nachdem der Tagesspiegel bis jetzt unsere Erklärung zurückhält, erklären wir nochmal:
Wir haben am 19.11. wegen der Häuserräumungen bei Möbel-Hübner gezündelt.
Ein zweiter Brandsatz im Lichthaus Mösch/Tauentzien hat leider versagt oder ist vorzeitig entdeckt worden.
Für jedes Geräumte Haus eine Million Sachschaden?!
Abschrift der Erklärung einer Revolutionären Zelle

Hier ein Bericht über Holland.
Nach der Räumung der Häuser in der Mainzer Straße, dem massiven Bullenterror und den vielen Verhaftungen, haben Leute aus Hengelo/Holland die Idee gehabt, etwas für die Leute zu tun.Wir haben ein Konto eröffnet für Spenden und in unserem Jugendzentrum wollen wir am 7. oder 8. Dezember ein Benefizkonzert machen. Das Geld wird persönlich nach Berlin gebracht und dafür gesorgt, daß es bei den richtigen Leuten ankommt. Auch hier in Holland besteht noch immer die Gefahr von Räumungen und massiven Verhaftungen, z.b. Groningen/W.N.C.
Aber der Kampf geht weiter. Denn niemand hat das Recht zu sagen, wo oder wie wir leben müssen.
Revolutionäre Grüße aus Hengelo



Die links-liberale Tageszeitung 'Pagina 12 aus Argentinien sieht Berlin in einem Krieg mit den besetzten Häusern. 3000 Polizisten räumten zwar nach zwei Tagen Straßenschlacht die Häuser, was aber von der Zeitung als Signal für einen beginnenden Krieg verstanden wird. Als Zeichen dafür sehen sie die starke Solidaritätsdemonstration am Mittwoch von Linken und Autonomen. Nach dem der Artikel auf die Geschichte und teilweise Verankerung der BesetzerInnenbewegung eingeht, werden die Besetzungen als Faktor geschildert, welcher die Privatisierung der Ost-Berliner Wirtschaft behindert. Die Folgen der Räumung um jeden Preis werden sich nach Pagina 12 in den nächsten Tagen zeigen. In den Auseinandersetzungen von rechtsextrem beeinflußten Jugendbanden und Autonomen, türkischen Gruppen und HausbesetzerInnen sieht Pagina 12 eine Enticklung der bundesdeutschen Städte zu sozialen Pulverfässern.

Die spanische Zeitung 'El Observador' beschreibt die Auseinandersetzungen um die Mainzerstr. als Folge von drei Häuserräumungen und den Barrikadenbau als Schutz vor befürchteten weiteren Räumungen. Mollis, Steine und selbstgebastelte Raketen(?) sind danach Antworten auf auf die Polizeiangriffe. Gründe für die Besezungen sind fehlende Wohnungen und bevorstehende Mietpreiserhöhungen und es wird auch der Protest gegen die Wiedervereinigung in diesen Zusammenhang gestellt. Der Artikel vermittelt, daß der Senat nicht über Besetzungen verhandeln wollte. Außerdem würde durch die Auseinandersetzungen die Hauptstadtfrage neu gestellt.

El Pais, PSOE-nahe (sozialdemokratische) Tageszeitung, stellt den Bruch der Koalition wegen der unangemessenen Polizeiaktion in den Vordergrund. In den Auseinandersetzungen sehen sie de Kampf anarchistischer und linksextremistischer Gruppierungen gegen die Berliner Autoritäten. Während am Montag die Polizei, einschließlich der Anti-Terror Einheiten praktisch besiegt wurden, räumten zwei Tage später 3000 Polizisten die Häuser. Bedeutung erhalten im Artikel auch die Mittwochsdemonstration und die kaputten Schaufensterscheiben in Köln, Wuppertal, Frankfurt und Münster.

Am Mittwoch, dem 21.11.90 fand in Barcelona eine Solidaritätsaktion gegen die Räumung der Mainzerstraße statt. Etwa 40 Leute versammelten sich vor dem Generalkonsulat der BRD und verschönerten es mit viel Farbe. An die PassantInnen wurden Flugis verteilt und über dem Gehweg ein großes Transparent aufgehängt.
SOLIDARIDAD CON LOS OKUPAS DE BERLIN
UN DESALOJO _ OTRA OKUPACION
(Solidarität mit den Berliner BesetzerInnen
Eine Räumung - Noch eine Besetzung
ASAMBLEA DE OKUPERS BARCELONA

"Wohnungsnot, Räumungen, Was können wir tun ?"

Beschluß der VV des FB Architektur derTUB vom 19.11.90

Wir fordern die Einrichtung eines Finanztopfes "Kommunaler Wohnungsbau"
Der über Kredite und Zuschüsse finanzierte soziale Wohnungsbau führt mittlerweile zu Kostenmieten von 30.- DM/qm. Deutlich billiger und damit mehr kann mit der Direktfinanzierung von Wohnungsneubau durch einen Finanztopf Kommunaler Wohnungsbau gebaut werden. Das Geld für den Finanztopf kann durch Zweckbindung der Gewinne aus den Mieteinnahmen landeseigener Wohnungen aufgebracht werden. Hierdurch würden diese Gelder dem Zugriff des Finanzsenators entzogen, und es würde eine eindeutige Prioritätensetzung für die Schaffung billigen Wohnraumes getroffen.

Wir fordern ein Sofortinstandsetzungs-Programm für leerstehende Wohnungen
Anfang 1981 standen in West-Berlin 80.000 Wohnungen leer - ein Ergebnis der verfehlten Wohnungspolitik. Es konnte ein Sofortinstandsetzungs-Programm durchgesetzt werden, mit dem innerhalb von nur zehn Monaten Laufzeit 15.000 Wohnungen mit reduzierten Standard und billigen Mieten saniert werden konnten. Zur Zeit stehen in Ost-Berlin 27.000 Wohnungen leer, bei den meisten sind die Besitzverhältnisse ungeklärt. Dieser Zustand wird noch Jahre anhalten, denn die zuständigen Stellen sind überlastet, außerdem ist mit vielen Erbrechtsstreitigkeiten u.ä. zu rechnen. In dieser Zeit würden die Häuser weiter verfallen und leer stehen. Deshalb muß das Sofortinstandsetzungs-Programm nicht Eigentümer -, sondern Mieter - bzw. Nutzerbezogen sein. Dieses Programm könnte die Wohnungsnot besonders für junge Menschen, wie StudentInnen beheben. Mit diesem Programm könnten die 27.000 Wohnungen innerhalb von höchstens zwei Jahren instandgesetzt sein. Ein solches Programm wäre als hocheffizient zur Schaffung bzw. Sicherung billigen Wohnraums zu bezeichnen.

Wir fordern eine geeignete Ausweitung des Wohnungsvermittlungsgesetzes auf Mitwohnzentralen
Makler dürfen nicht mehr als 4% bei möblierten Zimmern, 6% bei unmöblierten Zimmern und 10% bei Wohnungen der Jahreskaltmiete für Dauermietverträge (d.h. Mietverträge die in der Regel länger als ein Jahr laufen) verlangen.Mitwohnzentralen nehmen z.Zt. Phantasiepreise für ihre Vermittlungen, in der Regel alles was der enge Markt und die Wohnungsnot hergeben.

Wir fordern sofortigen Lizenzentzug bei illegalen Praktiken von Maklern und Mitwohnzentralen
Mietwucher und illegalle Praktiken wie Provisionen, Bestechungsgelder usw sind gang und gäbe. Intime Fragen müssen beantworten werden, um eine Wohnung zu bekommen. Die VermieterInnen versuchen ständig, unzulässige Klauseln zu Ungunsten der MieterInnen in die Mietverträge aufzunehmen.

Wir fordern die Wiedereinführung der Mietpreisbindung
Seit der Abschaffung Anfang '88 erhöhten sich die Durchschnittsmieten bei Neuabschlüssen um ca 50% vereinzelt um mehr als 100%. Geschaffen wurde dadurch keine einzige neue Wohnung. Die MieterInnen werden geschröpft, die Spekulanten und Miethaie reiben sich die Hände! Die Mietpreisbindung im Altbau muß wieder her, besonders bei der jetzigen Wohnungsnot.
Die Verfechter eines "freien" Wohnungsmarktes verschweigen, daß nach anerkannter Lehrmeinung der Wohnungs"markt" nicht den Marktgesetzen enspricht: Die Nachfrage nach Wohnungen kann durch Preissteigerungen nicht gesenkt werden, da jeder Mensch Eine braucht. Das Angebot an Wohnungen oder Grundstücken ist ortsgebunden. Bei erhöhter Nachfrage an einem Ort können diese nicht von anderen Orten mit geringer Nachfrage herbeigeschafft werden. Man spricht von einem vielfach gespaltenen Markt (nach Vorlesung Bauökonomie, Prof.Novy, IWOS, FB 08, TUB).
An Orten mit hoher Nachfrage kann deswegen bei einem "freien" Markt der Mietpreis in's Unermessliche steigen. Mietpreisbindung ist daher in großen Städten zwingend erforderlich. Unbezahlbarer Wohnraum widerspricht dem Menschenrecht auf Wohnung.

Wir fordern den Mietspiegel als Gesetz bis zur Wiedereinführung der Mietpreisbindung
Der Mietspiegel soll die Höhe der Miete bei Neuvermietung begrenzen. Bei der derzeitigen Wohnungsnot wird ständig versucht den Mietspiegel zu unterlaufen, vermieterfreundliche Gerichte hebelt ihn aus. Deshalb muß der Mietspiegel bindendes Gesetz werden; bei Verstoß müssen wirksame Strafen verhängt werden.

Wir fordern Glasnost für Mietzahlungen
Die Miete soll für jedeN MieterIn nachvollziehbar aufgeschlüsselt werden: nach Betriebskosten (z.Zt. etwa 2.- DM/qm), Instandhaltungskosten (z.Zt. etwa 1.- DM/qm), und Kapitalkosten, d.h. Zinszahlungen und/oder Gewinne des Eigentümers.
Der Vermieter soll zu einer jährlichen Darlegung über die Verwendung der Instandhaltungsgeldern aus den Mietzahlungen verpflichtet werden. So kann die Täuschung des Mieters / der Mieterin in engeren Grenzen gehalten werden und der Verfall intakter Häuser verhindert werden.

Wir unterstützen die Forderungen der BewohnerInnen der ehemals und noch besetzten Häuser:

Wir verurteilen die brutalen Polizeieinsätze und Räumungen in den letzten Tagen.

Wir fordern die Rückgabe aller geräumten Häuser und die Rücknahme aller Strafanträge, die im Zusammenhang mit den Räumungen und den Auseinandersetzungen mit der Polizei gestellt wurden.

Wir fordern. den Rücktritt der politisch Verantwortlichen, insbesondere von Pätzold und Momper. Sie sind verantwortlich für den bürgerkriegsähnlichen Zustand, der durch den massiven Polizeiaufmarsch und -angriff verursachen wurden.

Wir fordern den Abzug der Polizeitruppen und ihrer Sondereinheiten.

Wir erklären, wie schon seit Monaten, unsere Verhandlungsbereitschaft und fordern nach wie vor Verträge für alle Häuser, einschließlich der Geräumten.

Wir fordern politische Lösungen
Der Senat hat es unterlassen, tragfähige Konzepte zur Bewältigung der Wohnungsnot zu erarbeiten. Der Leerstand zig-tausender Wohnungen verdeutlicht dies in eklatanter Weise.
Das die Initiative der BesetzerInnen durch den Unwillen des Senates behindert wurde und wird, ist die Bankrotterklärung seiner Politik. So wurde die Basis für die Eskalation der Gewalt auf beiden Seiten geschaffen.
Wir bedauern die gewalttätigen Auseinandersetzungen zutiefst.Ein End· der Gewaltspirale ist nur durch eine Rückkehr zu politischen Lösungen zu erreichen.
Erster Schritt hierzu muß die Rückgabe der geräumten Häuser und die Behebung der bei der Räumung entstandenen Zerstörungen sein.
Es müssen sofort Mittel für die Winterfestmachung aller besetzten Häuser zur Verfügung gestellt werden, um sie vor weiterem Verfall zu bewahren

Darüber hinaus fordern wir:
"König" Momper verneige sich vor den Opfern seines blutigen Wahlkampfes.Die Räumung der Mainzer Str ist ein vorbreiteter Wahlkampf-Coup der SPD. Momper kann dem Zufall danken, daß es keine Toten gegeben hat.
So wie der König sich 1848 vor den Gefallenen der Barrikadenkämpfe der Märzrevolution verneigen mußte, fordern wir, daß Momper sich bei allen Verletzten öffentlich und auch persönlich entschuldigt.Den durch Schußwaffeneinsatz Verletzten soll Momper aus eigener Tasche entschädigen.

PRESSEERKLÄRUNG

Berlin, den 26.11.90

zum "Besuch" der SPD-Parteizentrale

Wir, die StudentInnen verschiedener Fachbereiche der TU Berlin, sind heute gegen 14.00 Uhr mit einem kleinen Demonstrationszug zur SPD-Zentrale in der Müllerstr. im Wedding gezogen.
In einer Diskussion mit Herrn Ross, dem Landesgeschäftsführer der SPD in Berlin, vor der SPD-Zentrale haben wir unter anderem gefordert:
Ein Sofortinstandsetzungsprogramm, Kommunalen Wohnungsbau, endlich entscheidende Initiativen zur Wiedereinführung der Mietpreisbindung, und eine Neue Berliner Linie im Bezug auf Hausbesetzungen leerstehender Häuser.
Neue Berliner Linie bedeutet für uns die Anerkennung der Hausbesetzungen als legitimes Mittel zur Instandsetzung und Schaffung von Wohnraum.

Herr Ross von der SPD verwies auf die paar Gelder, die der Senat für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt hat. ER will die Berliner Linie beibehalten, weil es eben Tradition seit dem Vogel-Senat sei; ein besseres Argument fiel ihm nicht ein.
Wir erklärten dagegen, daß eine Gruppe von ArchitekturstudentInnen in den nächsten Tagen offen ein Haus besetzen wird.

StudentInnen des FB Architektur, TUB

Die StudentInnen der Technischen Universität
Die StudentInnen der Freien Universität

Dienstag,27.11.1990

Presseerklärung

Heute morgen haben TU-StudentInnnen das Haus
Schliemannstrasse 27 besetzt

Es handelt sich um eine Aktion,
die sich aus dem gestrigen

"TAG B, Aktionstag gegen Wohnungsnot und Räumungen"

entwickelt hat.
Wir wollen durch diese offene Besetzung
gegen die Wohnraumpolitik des Berliner MagiSenats protestieren.

Die BewohnerInnen der Nachbarhäuser wurden zu Kaffee, Kuchen und
Dialog in das Haus eingeladen.

Hausbesetzung in Münster

Wir haben jetzt seit einem Monat das Haus Nr.59/59a in der Engelstraße besetzt.
Wir haben bewußt dieses Gebäude gewählt, wiel es im Zuge der "CityMisForming" der Stadt Münster abgerissen werden soll. Im Rahmen des EG-Binnenmarktes'92 soll Münster zur Kongreß- und Handelsstadt werden. Viele Städte erstreben dieses Ziel - wobei Münster gute Chancen im europaweiten Konkurrenzkampf um Investitionen hat. In Münster als Universitätsstadt ist die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Universität besonders im Bereich Gen- und Reprotechnik bereits weit fortgeschritten. Um weitere "intelligente Technologien" in der Stadt anzusiedeln und die kapitalkräftigen KongreßteilnehmerInnen anzusporen, möglichst viel Geld in der Stadt zu lassen wird Münster umstrukturiert. Dies macht sich vor allen Dingen durch den Bau von Parkhäusern, Hotels, Yuppie-Läden, repräsentative Straßen, Luxuswohnungen und gewerbliche Neubauten wie z.B. eines Technologieparkes bemerkbar. Unser Haus soll einem ehrgeizigen Straßenbauprojekt zum Opfer fallen. Eine Stadtautobahn namens "Südschiene" soll die Halle Münsterland als zukünftiges Kongreßzentrum näher an die Innenstadt heranbringen. Wegen diesem Projekt soll viel Wohnraum zerstört werden.
Wir wollen durch die Besetzung des Hauses die Pläne der Stadt verhindern und dieses Haus als kollektiven Wohnraum und autonomes Zentrum aufbauen. Die Stadt stellte bereits Strafantrag gegen uns, hat aber aus Gründen akuter Wohnungsnot und den bevorstehenden Wahlen bisher noch nicht räumen lassen.
Inzwischen zeichnet sich jedoch eine bevorstehende Räumung ab. Die Stadt argumentiert mit der fehlenden Wasser- und Stromversorgung (die sie selbst zu verantworten hat) und stellt uns als gesundheitsgefährdend und umweltverschmutzend dar. Außerdem wollen sie verhindern, daß die Besetzung "weitere Kreise zieht" und "Zustände wie in der Hamburger Hafenstraße" entstehen. In der Tat erweitert sich der UnterstützerInnenkreis um das Haus.
Das Haus ist außerdem keineswegs baufällig, deshalb haben wir mit Renovierungsarbeiten begonnen. Das Haus ist eine ehemalige Kneipe. Wir haben in einem der Kneipenräume das Cafe Vulkan eingerichtet.

gegen CityMisForming und Umstrukturierung

Power in der Provinz

keine Räumung der Engelstraße 59/59a

keine weiteren Bullenprovos

Münster, 19.11.90

MENSCHENKETTE IM MAINZER KIEZ

Am Mittwoch letzter Woche,14.11.90 haben westberliner-,westdeutsche Polizei,Sondereinsatzkommandos und Bundesgrenzschutz 12 Häuser in der Mainzerstraße geräumt.Viele Menschen wurden dabei verletzt,hunderte verhaftet.Zu den zig zehntausenden Obdachlosen kommen jetzt nochmal 4oo aus den geräumten Häusern Cothenius-,Pfarrstr. und der Mainzer hinzu.Laut Statement von Herrn Fuderholz,Referent des westberliner Bausenators,sollen sie auch obdachlos bleiben."Die haben ihre chance verwirkt".Keine Mietverträge,nirgends in Berlin/Ost!!!Für den Polizeisenator Pätzold sind das alles keine Obdachlosen.So zynisch und einfach geht es halt,wenn man die Einheitspresse hinter sich weiß.Herr Hannemann verspricht sich darum zu kümmern,notiert es sich dann auch auf Intervention von BürgerInnen.Als mensch seinen Zettel einsah:NICHTS ALS STRICHE DARAUF!!!
Keine Hilfe zu erwarten!!!
Die Häuser in der Mainzerstraße werden inzwischen systematisch zerstört.Das Antiquariat für DDR Literatur,das Infocafe,Volxküche,Kinderkino,Kinderspielplatz,kneipen,Versammlungsräume wurden zerstört.Das Eigentum von besetzerInnen und AnwohnerInnen zerstört und in Müllcontainer verfrachtet.
Nach der Zerstörung werden die Räume der Presse vorgeführt.So lebt "der Abschaum".
Linke,antifaschistische Literatur wird gezielt,wie in längst vergangen geglaubten Zeiten zerrissen und zerfetzt.
Seit nun einer Woche ist der Kiez um die Mainzer faktisch,militärisch besetzt.In den ersten Tagen herrschte faktisches Ausgeh- und Besuchsverbot für AnwohnerInnen.Kinder und AnwohnerInnen und ihre Wohnhäuser unterlagen massivem Gasbeschuß.Massive Ausweiskontrollen werden durchgeführt,alles abgefilmt und registriert.
Freilaufende Polizeihunde verunmöglichen Kindern das Spielen auf hof und Straße.
ES HERRSCHT BELAGERUNGSZUSTAND WEIT ÜBER DIE MAINZERSTRASSE HINAUS (BGS-Panzer auf dem Alex,massives Polizeiaufgebot vor anderen besetzten Häusern,Hausdurchsuchungen...)
UND DER SENAT SPEKULIERT ÜBER WEITERE RÄUMUNGEN!!!
darum

SONNTAG, 25.11.90

• **KUNDGEBUNG UND MENSCHENKETTE: 17°° WISMAR-PLATZ**

-Rückgabe der ehemals besetzten Häuser
-Weiterführung der Verhandlungen,Nichträumungsgarantie
-Sofortige Übergabe des Eigentums der früheren BewohnerInnen und Entschädigung für die zerstörten Sachen,Entschädigung aller bei der Räumung betroffenen BürgerInnen.

visdp.H.Weiß,Dimitroffstr.12,Berlin

Beabsichtigte Demoroute: Hermannplatz - Werbellinstr. - Karl-Marx-Str. - Kottbusser Tor - Oranienstr. - Friedrichstr. - Alex - Frankfurter Tor - Kiez Friedrichshain (Ende mit Kaffee/Kuchen)

Mit uns gelingt's nicht

Taxikorso der Taxistas

Gegen Räumung besetzter Häuser
Wohnraum für alle und selbstbestimmtes Leben

Nicht erst die Ereignisse in der Mainzerstr. zeigen, welche Politik der Senat verfolgt. Besetzte Häuser, wie in der Pfarr/Cotheniusstr. werden polizeilich geräumt, andere Häuser, deren BewohnerInnen Widerstand leisten, werden militärisch erobert und zerstört. Danach das übliche pressewirksame Geblubbere von gescheiterten friedlichen Lösungsversuchen: eine glatte Lüge, da Sondereinheiten der Polizei wie Bundesgrenzschutz schon Tage vorher angefordert worden waren.

Ob Berliner Linie oder nicht,
wenn der Senat räumt
wird Widerstand zur Pflicht.

Über kurz oder lang sind wir alle von dieser "Politik" betroffen, unabhängig davon, wer am 2.Dezember das (Wahl-)Rennen machen wird. In der neuen Hauptstadt haben sich schon heute die Mieten verzigfacht, haben Spekulanten und Makler Hochkonjunktur.

In dieser Situation (25.000 leerstehende Wohnungen, 100.000 Wohnungssuchende) ist die Besetzung von leerstehenden Häusern und ihre Verteidigung ein Akt der Selbsthilfe. Denn einen Vergleich der Mietpreise mit anderen europäischen Großstädten, wie München, Paris, Madrid braucht Berlin nicht zu scheuen. 1000 DM für eine 2-Zi-Whg sind bereits heute keine Seltenheit mehr.

Das bedeutet für uns: Noch mehr auf'm Bock sitzen, noch mehr Schichten, noch mehr ein vom Geld abhängiges Leben. Erkämpfte Freiräume werden immer mehr eingeengt, Lebens- und Arbeitsbedingungen verschlechtern sich.

Darum solidarisieren wir uns mit HausbesetzerInnen, **EGAL WO !**
Besetzt leerstehende Häuser !

* **Rückgabe der geräumten Häuser**
* **Keine Kriminalisierung - Freiheit für die Gefangenen**
* **Einstellung aller Ermittlungsverfahren**
* **Kein Profit mit Wohnraum - Wohnraum für alle**

Sa. 1.Dezember 1990 - 13.00 h
(pünktlich !)
Start und Treffen: Hasenheide/Neue Welt

Schmückt eure Taxen !!!

Berlinweite FahrerInnen-Versammlung
am Dienstag, den 18.12.1990 um 20.00 h
in der Yorckstr.59 HH 2.Stock rechts
zu Arbeitsbedingungen im Taxi-Gewerbe

Vorläufige Themen: Veränderung der Arbeitsbedingungen durch neues Tarifgebiet seit 3.Oktober, angekündigte Lohnkürzung durch Streichung der Berlinzulage, mehr Lohn durch Anhebung der Umsatzprovision für Fest- und AushilfsfahrerInnen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für AushilfsfahrerInnen.

BETRIFFT RÄUMUNG DER MAINZER STR.

Der Ermittlungsausschuß braucht dringend Gedächtnisprotokolle von der Räumung - speziell zu folgenden Situationen:

- Aus welchen Häusern wurden die Festgenommenen geräumt?
- Schilderung von Übergriffen der Bullen bei Festnahmen in den Häusern und auf der Straße
- Verletzungen: wie, wann und wo? (kümmert euch um Atteste!)
- Zu allen Situationen brauchen wir möglichst die Bullenkennzeichnungen

Außerdem sollen sich alle, die in diesem Zusammenhang Vorladungen von Bullen oder Staatsschutz bekommen, sofort bei uns melden!

Zur Erinnerung: Wir brauchen Zeugenaussagen und Gedächtnisprotokolle nicht nur für Dokumentationszwecke, sondern zur Prozessvorbereitung. Deshalb müssen sie möglichst klar und genau sein!

ERMITTLUNGSAUSSCHUSS IM MEHRINGHOF
Gneisenaustr. 2a, 1/61
Tel. 692 22 22
jeden Dienstag, 20-22 Uhr

Im Zusammenhang mit der Räumung der Mainzerstr. am 14.11
ist beim EA ein Schlüßelbund aufgetaucht.
Diese 8 Schlüssel wurden von den Bullen an die falsche
Person nach der Entlassung ausgehändigt!!
Können beim EA im Mehringhof,Di 20-22 Uhr abgeholt werden

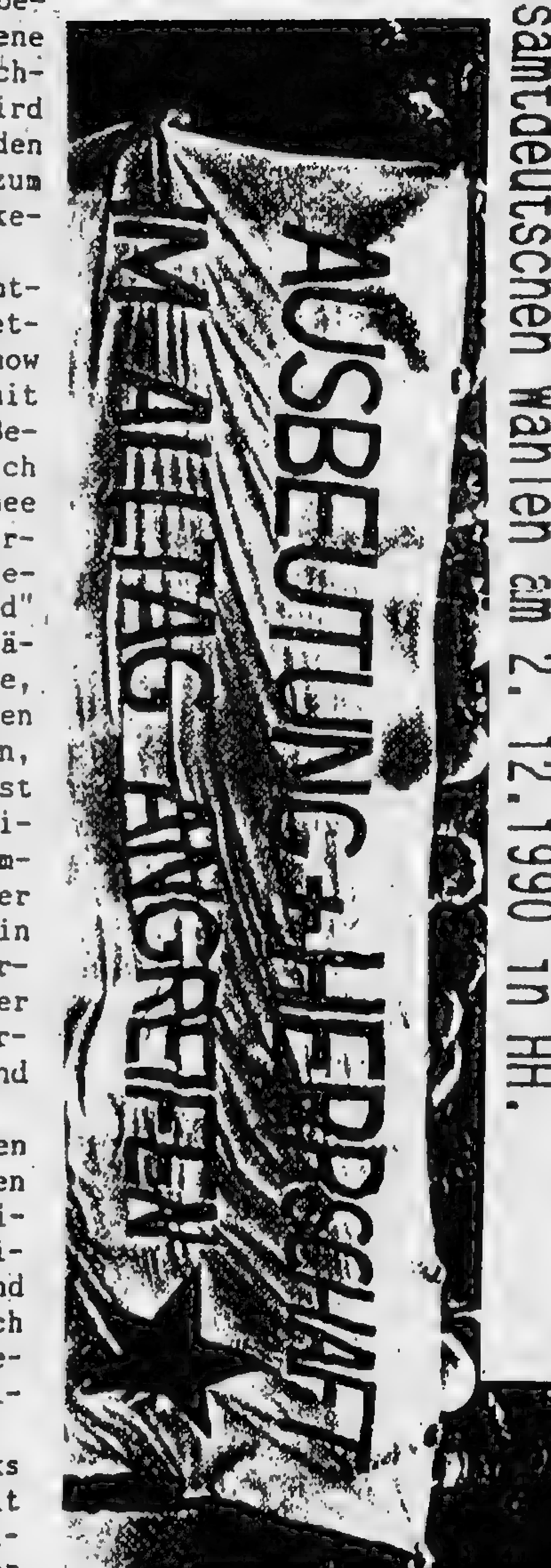
WARNUNG AN ALLE! AUS AKTUELLEM ANLASS:

In letzter Zeit gab es eine Reihe von Vorladungen zu den Bullen als Zeugen bezüglich des angeblichen Mordversuchs eines Demonstranten an einer Bullin auf dem Alex am 3.10. Weitere werden wohl in Kürze zum selben Thema aber auch zur Mainzerstr. folgen. Ein solcher Vorwurf schüchtert natürlich alle ein, auch wenn du nur ZeugIn bist. Auch, wenn Du nix weißt, Du kennst aber vielleicht jemanden/Frau, die etwas wissen könnte, so könnt Ihr mit so etwas nur schaden.

1. Ihr seid niemals verpflichtet, ob als BeschuldigtEr oder Zeuge/in, Bullen gegenüber etwas auszusagen. Ihr schadet nur Euch selbst oder Euren GenossInnen. Deshalb: Nicht hingehen!!!
2. Wenn Ihr als ZeugE/in, nicht aber als Beschuldigte zum Staatsanwalt geladen seid, so seid Ihr verpflichtet hinzugehen. Redet vorher mit Eurer Anwältin drüber oder nehmt sie am besten mit. Auch da habt Ihr Möglichkeiten, z.B. wenn ihr selbst ein Verfahren habt, was im Zusammenhang mit der ZeugInnenaussage steht. Dann müßt Ihr nix sagen.
3. Auch wenn Ihr der Meinung seid, Ihr habt nix gemacht, seid fotografieren, kochen oder Sanis gewesen, schadet Ihr auch anderen, wenn Ihr etwas aussagt, nämlich denen, die nicht fotografiert, behandelt oder gekocht haben. Du gibst den Bullen damit die Möglichkeit, uns in "Gute" und "Böse" zu spalten. So etwas kannst Du immer noch in einer Gerichtsverhandlung vorbringen. Damit es möglichst viele peinliche Prozeße gibt.

Falls Ihr andere durch Eure Aussagen versehentlich in etwas reinzieht, so wendet Euch am besten direkt an sie, nur so ist der Schaden zu begrenzen!
Anna und Arthur halten Maul, keine Aussagen bei Bullen und Justiz!

Aufruf zu einer antinationalen Demonstration anläßlich der ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. 12.1990 in HH.



Am 2.Dezember werden die deutschen StaatsbürgerInnen an die geeinte Wahlurne treten, die Konstituierung des neuen Deutschlands durch ihr Kreuz besiegeln und die bereits vollzogene Annexion der DDR durch die BRD im nachhinein legitimieren. Das Ergebnis wird Spiegelbild des parteiübergreifenden Konsenses und der Zustimmung der zum Kreuzchen-Machen aufgerufenen Bevölkerung sein.

Welcher Umstand hat diese gesamtdeutsche Wahl ermöglicht? Die Sowjetunion (SU) hatte unter Gorbatschow schon lange den Weg der Kooperation mit dem Westen eingeschlagen, als die Bevölkerung der DDR die Straße für sich entdeckte. Die Nationale Volksarmee stand in den Startlöchern, hatte allerdings aufgrund der Entwicklung im ehemaligen "sozialistischen Bruderland" keine Rückendeckung mehr, um militärisch vorzugehen. Als sich abzeichnete, daß die Flüchtlinge in Ungarn in den "goldenen Westen" entlassen würden, verstärkte sich der bürgerliche Protest in der DDR, gefordert wurde mehr Freizügigkeit und demokratische Mitbestimmung. Als der SED-Staat nicht mit der üblichen Repression reagierte, ging ein großer Teil der Bevölkerung vom Bürgersteig auf die Straße und erhob unter der Parole "Wir sind das Volk" die Forderung nach demokratischen Wahlen und Abkehr vom "Staatssozialismus".

Zunehmend lauter wurden die Stimmen nach Teilhabe am kapitalistischen Reichtum des Westens und der Vereinigung mit der BRD. Die gegen die Partei-Oligarchie gerichtete Parole "Wir sind *das* Volk" verwandelte sich allmählich in "Wir sind *ein* Volk"; darin manifestierte sich ein starkes nationalistisches Engagement der DDR-BürgerInnen.

Im Zuge der Auflösung des Ostblocks mußte auch die DDR baden gehen. Somit war es keine friedliche Revolution eines selbstbewußten Volkes, sondern der überfällige Erdrutsch der herrschenden Verhältnisse im antiquierten Plan-Staat.

Die beinahe panische Eile, mit der die Annexion der DDR von der westdeutschen Politprominenz forciert wurde, läßt für die Zukunft einiges erahnen. Durch die gezielte Zerstörung der DDR-Ökonomie und die Überschwemmung des DDR-Marktes mit Westprodukten, wurde innerhalb weniger Wochen aus dem zehntreichsten Industrieland der Welt, ein um Wohlfahrtshilfe bettelndes Kollektiv gemacht.

Das Wechselspiel für die DDR-Bevölkerung, zwischen etikettierten politischen Aussagen - alle Deutschen sollen in Saus und Braus leben - und eigentlicher Intention: Ausbau der politischen und ökonomischen Vormachtstellung des BRD-Kapitals in Europa und die Neuordnung des internationalen Machtgefüges, ging auf.

Durch die Revidierung der Ergebnisse des 2.Weltkrieges, die Zerfallserscheinungen der SU und die sich manifestierende deutsche Vormachtstellung in Europa, ist ein zentrales Kriegsziel des faschistischen Deutschlands im nachhinein realisiert worden. Damit einher geht die Revision der Geschichtsschreibung von faschistischer Vergangenheit, von der Schuld an zwei Weltkriegen und an Auschwitz. So erleben zentrale Elemente des deutschen Imperialismus die neben den ökonomischen Ursachen zu Faschismus, zu Auschwitz und zwei Weltkriegen geführt haben, mit der Wiedervereinigung ihre Wiedergeburt: Nationaler Größenwahn, dummdreiste Überheblichkeit, Rassismus und Intoleranz, antisemitische Tendenzen, völkische Großmachtpolitik gegen Osten und die Verhöhnung vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Opfer deutscher Großmachtpolitik.

Die Herstellung eines nationalen Konsenses im Windschatten eines Siegerimperialismus erfaßt große Teile der Bevölkerung und reicht bis in die Linke hinein. Diesem nationalen Größenwahn kontrastiert die bestehende Angst in der Bevölkerung vor materieller Verelendung. Der ausbleibende Wirtschaftsboom in der DDR läßt die Unzufriedenheit in der dortigen Bevölkerung wachsen, dem solidarischen Geklingel der BürgerInnen-Bewegung folgte die Ernüchterung. Ein explosives Gemisch aus knallharter Ellenbogenmentalität und reaktionärer Deutschtümelei braut sich da zusammen. Diese Mischung entlädt sich als Hass auf die vermeintlich Schuldigen. Am deutlichsten eskalierte dieses neudeutsche Gefühl am Tag des Gewinns des WM-Titels durch "unsere Jungs". In vielen Städten des neuen Reichs kam es unter dem Motto "Wir sind Deutsche und Ihr nicht" zu schweren Übergriffen auf Linke, AusländerInnen und alles, was nicht so recht ins Bild paßt.

Dieser Terror vollzieht sich täglich, z.B. Angriffe auf Asylantenheime, nur nicht so geballt und ist somit alles andere als eine Randerscheinung. Diese völkische Stimmung geht einher mit der Konstituierung Großdeutschlands als einer völkischen Gemeinschaft aller "Deutschen". Während Teile der Bevölkerung Westpolens wegen deutscher Ahnen" als Abkömmlinge deutschen Bluts angesehen werden, erfahren Nichtdeutsche und "Andersartige" Ausgrenzung, Verweigerung des Wahlrechts oder werden ausgewiesen.

Allein dies wäre schon Grund genug, die Legitimationswahl des rassistischen Deutschlands abzulehnen. Nicht nur wachsender Rassismus, Verschärfung von Asyl- und Ausländerrecht gehen mit der Wiedervereinigung einher, sondern im reaktionären Klima erfolgt ebenso die zunehmende Verfolgung jeglicher unliebsamer Minderheiten. Einige Beispiele:

- *Verabschiedung neuer Sicherheitsgesetze*
- *Vertreibung von Roma und Sinti*
- *die Lancierung von Staatsschutz-lügen über die RAF-Hafenstraßen-Connection.*

Den Frauen droht, speziell in der DDR, durch Rausschmiß aus der Produktion, der Entzug einer gewissen ökonomischen Sicherheit. Hierin manifestiert sich für sie die Verwertung entsprechend ihrer zugewiesenen gesellschaftlichen Funktion im Reproduktionsbereich. Die wiederaufgegriffene Diskussion über die Einführung eines sozialen Pflichtjahres für Frauen und den § 218, untermauern diese Entwicklung.

Stellt sich der neudeutsche Alltag nach innen für uns so dar, ist kaum damit zu rechnen, daß der deutsche Imperialismus gewillt ist, die Freude über die Wiedervereinigung in Form von Geschenken gegenüber den Völkern und Staaten der Welt zum Ausdruck zu bringen. Die Entsendung von Truppen der Bundesmarine ins Golfkrisen-Gebiet läßt einige Rückschlüsse auf künftige Machtansprüche des deutschen Imperialismus zu.

Die Wiedervereinigung ist durch die Zerfallserscheinungen der SU ermöglicht worden. Durch den Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der damit verbundenen Auflösung des Ost-West-Konfliktes, ist eine weltpolitische Situation entstanden, derer es, historisch betrachtet, immer eines Krieges bedurfte. Während die Gewinner des letzten Weltkrieges ihr Einflussgebiet soweit ausdehnten, wie ihre Truppen marschiert sind, besteht derzeit ein gewisses Machtvakuum. Der deutsche Imperialismus wird dieses Machtvakuum für sich zu nutzen wissen. Die volle Souveränität ist hergestellt, der Wirtschaftsgigant BRD wird auch militärisch, je nach politischen und ökonomischen Interessen, direkt eingreifen. Die Entwicklung friedenspolitischer Initiativen sind von diesem Deutschland nicht zu erwarten, stattdessen Destabilisierung und Erhöhung der Kriegsgefahr. Die wachsende Kriegsgefahr und besondere Aggressivität Großdeutschlands ergibt sich zum einen aus der Möglichkeit, daß der politisch-ökonomische Siegeszug der BRD, hier vor allem die Annexion der DDR, mittelfristig doch zu einem wirtschaftlichen Fiasko führen könnte, mit negativen Auswirkungen auf das wirtschaftliche Gefüge hier und einer Verschlechterung der Stellung im Weltmarktgefüge. Bei dem zunehmenden Chauvinismus könnten die dann entstehenden innergesellschaftlichen Konflikte schnell nach außen gekehrt werden.

Die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzung kann aber ebenso aus einer ökonomisch und politisch stabilen Lage erwachsen. Die Tatsache einer im Grunde von keinem Staat der Welt ernsthaft behinderten Wiedervereinigung, im Gegenteil, die mehr und mehr, vor allem international geforderte weltpolitische Verantwortung der Deutschen, könnte sehr wohl auch als Ermunterung zum militärischen Vabanquespiel mißverstanden werden. Mit dem neuen starken Deutschland werden die Interessen zwischen den imperialistischen Kernländern zukünftig schärfer aufeinanderknallen.

ES GEHT SCHLICHTWEG UM DEN PLATZ AN DER SONNE!

Die BRD ist dabei, sich für die möglichen Auseinandersetzungen den Osten als Hinterland aufzubereiten. Dies zeigt sich in der Aufteilung der verschiedenen Staaten des nicht mehr existierenden "realen Sozialismus". Die Beute des Zusammenbruchs des Ostblocks, wird, je nach politischem und ökonomischem Bedarf verwertet. Wurde die Einverleibung der DDR noch in panischer Eile vollzogen und können sich die verschiedenen industrialisierten Teile des ehemaligen Ostblocks (CSFR, Ungarn, Baltische Republiken) noch berechtigte Hoffnungen machen, ein kleines Stück vom westlichen Wohlstand zu erlangen, wird der Rest der ehemaligen "sozialistischen Staaten" eher völlig verelenden und dem Trikont zufallen. Damit erweitert sich die Front zwischen 1. und 3.Welt direkt nach Europa. Der Hunger und das Elend werden dann nicht nur per Fernseher in die vorweihnachtlichen Wohnzimmer getragen, sondern die Verelendung von Polen, Rumänien, usw., wird sich direkt im Alltag der BRD-Metropole bemerkbar machen. Am Beispiel der DDR - also "innerdeutsch" - wird vorgeführt, daß nichtdeutsche Staaten in Osteuropa und im Trikont nicht etwa Hilfe, sondern rücksichtslose deutsche Vorteilnahme zu erwarten haben: Zerstörung jeglicher eigenständiger Grundlagen zugunsten des westdeutschen Kapitals ebenso, wie der Arbeits- und Lebenszusammenhänge der Menschen.

Während das bei dem Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" entstandene Machtvakuum zwischen den imperialistischen Kernländern in Zukunft zu verschärften Widersprüchen führen wird, hat dies jetzt schon direkte Auswirkungen auf die Entwicklung des Trikonts. Gab es durch die Existenz der beiden Machtblöcke einen begrenzten Spielraum, so ist dieser inzwischen hinfällig geworden. Den letzten nichtkapitalistischen Staaten, wird die ökonomische Unterstützung entzogen werden und sie stehen wie Kuba auf der internationalen Abschußliste.

Im Rahmen von Krisensituationen, wie derzeit im Golfgebiet, stehen nicht nur die Existenz einiger Staaten, sondern der ganzen Region auf dem Spiel. So hat der Aufmarsch türkischer Natotruppen verheerende Auswirkungen auf den kurdischen Befreiungskampf.

Wir haben hier ganz bewußt versucht die Wiedervereinigung global einzuordnen, da dieser Prozeß nicht losgelöst von der weltpolitischen Entwicklung betrachtet werden kann, sondern die Wiedervereinigung erst aus ihr hervorgehen konnte.

Blicken wir auf die Wahlen und die vermutlich im Parlament vertretene "Linke" (PDS und Grüne), zurück. Standen sie bei Maueröffnung der Wiedervereinigung ablehnend oder zumindest skeptisch gegenüber, wandelte sich das Bild bei Fortschreitung der Entwicklung schnell. Fand Modrow an der Parole "Deutschland einig Vaterland" immer mehr Gefallen, entdeckte die Grüne Vollmer die Verantwortung ihrer Partei, die Weltmachtstellung Deutschlands konstruktiv mitzugestalten. Mit solchen Aussagen werden bewußt die Gefahren deutscher Großmachtpolitik verschleiert und verharmlost. Die Grünen und die PDS betreiben im Moment eine Politik, die völlig auf die anstehenden "nationalen Fragen" zurückgeworfen ist und bekennen sich offen zu konstruktiver Mitgestaltung. Sie reihen sich in den nationalen Konsens ein und versuchen, wie alle anderen, im Parlament vertretenen Parteien, der Restwelt beizupulen, daß von Deutschland jetzt und in Zukunft keine Gefahr ausgehe. Die Deutschen nehmen ja schließlich nur ihr "natürliches Recht" auf Selbstbestimmung wahr und dies in einer Phase höchster demokratischer Integrität Deutschlands.

Für uns als revolutionäre Linke ist es, im Gegensatz zu den Grünen und der PDS, notwendig, uns aus dem nationalen Konsens auszuklammern und eine klare antinationale Position zu beziehen. Unsere Nichtbeteiligung an der Reichstagswahl ist kein Boykott im herkömmlichen Sinne. Wir wissen, daß wir keine WählerInnenschar davon abhalten können, den Parteien ihre Stimme zu schenken. Der Parlamentarismus befindet sich innerhalb der Linken weniger denn je in einer Legitimationskrise - umgekehrt scheint er hier für viele zur letzten Hoffnung geworden zu sein. Uns geht es darum, der deutschnationalen Politik aller kandidierenden Parteien eine Absage zu erteilen und deutlich zu machen, daß wir nicht mitmachen. Wir wollen zugleich möglichst viele davon überzeugen, daß dieses Deutschland nicht mitgestaltet, sondern bekämpft gehört. Den Zustimmungswahlen für die Weltmacht Deutschland messen wir insofern eine bedeutende Rolle zu: Nicht weil es Wahlen sind, sondern weil es diese Wahlen sind.

Über die Wahlen hinaus ist es für die revolutionäre Linke zwingend notwendig, in einen organisierten Diskussionsprozeß einzusteigen. Nur eine inhaltliche und theoretische Diskussion kann die Defizite der Linken beseitigen, ansonsten ist ein effektives Eingreifen linksradikaler Politik und Praxis, in vom ökonomischen Gedanken geleitete machtpolitische Prozeße, nur schwer denkbar. Gefragt sind dabei keine schnellen Antworten auf schwierige Fragen, gefragt ist ein inhaltlicher und theoretischer Streit!

WIR RUFEN AUF, ZU EINER ANTINATIONALEN DEMONSTRATION AM 2.DEZEMBER 1990 IN HAMBURG UND FORDERN ALLE GRUPPEN UND EINZELPERSONEN DIE, DIE NEUDEUTSCHE ENTWICKLUNG ALS BEDROHUNG AUFFASSEN, AUF, SICH DARAN ZU BETEILIGEN.

- ANTINATIONAL GEGEN DEUTSCHE GROß-MACHTPOLITIK
- DEUTSCHLAND FINGER WEG VOM GOLFGEBIET
- WIR SCHEISSEN AUF DAS VATERLAND



Euch zur Beteiligung und zur Verbreitung des Aufrufs auf. Dieser wird in Buchläden und Treffpunkten ausgelegt, ansonsten kopiert ihn einfach. Weiterhin finden die regelmäßigen Vorbereitungstreffen mittwochs 19 Uhr 30 in der Flora statt. Beteiligt Euch auch daran!

Für eine (laut-)starke antinationale Demo! VENCEREMOS!

Einige Infos aus Leipzig

NACH DEN TOTESSCHÜSSEN VON LEIPZIG,KÖNNTE DER EINDRUCK BEI EUCH ENTSTEHEN DAS IN LEIPZIG NUR FASCHISTISCHER TERROR HEERSCHT.ICH MÖCHT MICH JETZT EINER BEWERTUNG DER SCHÜSSE ENTZIEHEN SONDERN VIELMEHR BERICHTEN WAS SONST IN LEIPZIG DIE LETZTEN TAGE UND WOCHEN LOS WAR.
AM 25.II.WURDE VON LEIPZIGER PUNK-UND HARDCOREBANDS EIN SOLIDARITÄTS KONZERT FÜR DIE MAINZERSTRASSE VERANSTALTET.DER ERLÖSS SOLL FÜR RECHTSANWALTKOSTEN E.T.C.SEIN.ZUM GLEICHEN ANLASS WURDE AM I6.II. EINE SITZBLOCKADE IN DER INNENSTADT MIT FLUGBLATTVERTEILUNG DURCHGEFÜHRT.DESWITEREN WURDE MIT SPRÜHEREIEN DARAUF HINGEWIESEN DAS MENSCH SICH MIT DEN BESETZERN AUS DER MAINZER SOLIDARISIERT.NOCH VOR DEN EREIGNISSEN IN DER MAINZER WURDE AUCH WIEDER EIN NEUES HAUS BESETZT.ZU DEM ICH PERSÖNLICH EIN SEHR GUTES GEFÜHL HAB,GRENZEN SIE SICH DOCH NICHT WIE MANCH ANDERE HÄUSER(DIE MIT STADT UND PARTEIEN ZUSAMMEN ARBEITEN)VON DER LINKEN SCENE AB,SONDERN SIND BESTANDTEIL DIESER.AUF DIESEN WEG ALSO LIEBE GRÜSSE AN"LOCH NESS". DANN WURDE VOR CA.4-5WOCHEN DIE VERTRIEBSSTELLE DER BILDZEITUNG ANGEGRIFFEN.AUFMERKSAM WURDE MENSCH DARAUF ALS MEHERE FASCHOS INS BESAGTE HAUS GINGEN.WIE SPÄTER BEKANNT WURDE HAT DER CHEF VON DEM HAUS FASCHOS AUS LEIPZIG(WIKINGJUGEND,FAP'ler E.T.C.)ALS WACHSCHUTZ GEORDERT UND DIE SCHWEINE MIT WAFFEN FÜR 2500,-DM AUSGERÜSTET. FAZIT:DIE WAFFEN WURDEN DEN FASCHOS ABGENOHMEN,DAS HAUS ZERTRÜMMERT UND EIN SCHADEN VON I,2 MILLIONEN DM HINTERLASSEN.DARUNTER ZWEI DEMOLIERTE BILDAUTOS UND EIN AUSGEBRANNTER BILDBUS.LEIDER MUSS MENSCH DAZU SAGEN,DAS DIESE AKTION VON ZU VIEL BLINDEN AKTIONISMUS GELEITET WURDE.ZUM EINEN WAREN ZU VIELE LEUTE ANGETRUNKEN B.Z.W. WURDE Z.B.EIN COMPUTER SAMT DISKETTEN ZERSTÖRT ANSTATT IN MITZUNEHMEN.BESSER DIE AKTION EIN PAAR TAGE DARAUF.FASCHOS HATTEN EIN HAUS BESETZT.EIN PAAR BEHERZTE FITE LEIPZIGER KONNTEN DIESE ART VON HAUSBESETZUNG LEIDER NICHT DULDEN UND SO FLOGEN DIE FASCHOS WIEDER AUF DIE STRASSE,DENN EINE WEITLINGSTRASSE SOLLTE ES NUN NICHT AUCH NOCH IN LEIPZIG GEBEN.EINE WEITERE AKTION(NACH DEM VORFALL MIT DEM TOTEN FASCHO)WAR DIE VERSCHÖNERUNG DES STADIONS.WAS PRAKTISCH BEDEUTETE DAS DIE FASCHOS SCHON AN DEN STRASSENBAHNHALTESTELLEN MIT "GEGEN NAZIS" SPRÜHEREIEN EMPFANGEN WURDEN.VON DEM SCHOCK WOHL NICHT SO RICHTIG ERHOLT WURDEN SIE AUF DEM GESAMTEN WEG INS STADION MIT DEN GLEICHEN SPRÜHEREIEN B.Z.W. MIT EINER VIELZAHL VON SPUCKIS BEGLEITET.ABER NICHT GENUG.EIN BILD DES GRAUENS MUSS ES FÜR DIE FASCHOS GEWESEN SEIN INS STADION ZU KOMMEN.DENN ÜBERALL WO EIN FLECK FREI WAR FAND SCHWEIN "GEGEN NAZIS" SPÜHEREIEN UND SPUCKIS BIS HIN ZUR ANZEIGETAFEL UND CA. 7mal I5 m AUF DEM TRIBÜNENDACH(GEGENÜBER DEM FASCHOSTELLPLATZ).DIESE AKTION SOLLTE ZEIGEN,DAS JETZT SCHLUSS IST MIT DEM FASCHISTISCHEN TERROR UND DAS MENSCH SICH JETZT ZUR WEHR SETZT.UND BITTE ERSPART MIR DISKUSIONEN DAS DAS DOCH BLOSS HOLLS SIND WENIGER FASCHOS(HAB ICH ZU HÖREN BEKOMMEN).Z.B. HATTEN DIESE HOLLS EINE WOCHE VOR DEN TOTESSCHÜSSEN EINEN LINKEN CLUB UND BESETZTE HÄUSER ÜBERFALLEN UND PLANTEN AN DEM BESAGTEN TAG DER SCHÜSSE WIEDER CLUBS UND HÄUSER ANZUGREIFEN.DOCH ES KAM DURCH DIE UMSTÄNDE NICHT MEHR DAZU.UND LASST EUCH BLOSS NICHT VON DEM "FRIEDLICHEN" TRAUERMARSCH BLENDEN.ANSONSTEN WERDEN FASCHOS JETZT ÖFTER MAL AUF DER STRASSE DARAUF HINGEWIESEN,DAS ~~ME~~ JETZT SCHLUSS IST UND DAS MENSCH NICHT MEHR GEWILLT IST SICH FASCH.AUFNÄHER REINZUZIEHEN.ANSONSTEN GIBT ES NOCH EIN UNABHÄNGIGES KULTURPROJEKT,DAS I ODER 2 MAL IM MONAT HARDCOREKONZERTE VERANSTALTET(REAKTION).DIESE KONZERTE WERDEN VON DEN LEUTEN SELBST GEMACHT UND LAUFEN TOTAL UNABHÄNGIG.VON JEDEM KONZERT WIRD DANN GELD FÜR UNTERSTÜTZENSWERTE SACHEN ABGEFÜHRT.SO WURDEN Z.B.ORDNUNGSSTRAFEN FÜR LEUTE,DIE NACH DEM ANGRIFF AUF DEN REPPARTEITAG GESCHNAPPT WURDEN,BEZAHLT.ES GING Z.B.AUCH GELD AN DIE ANTIFA,TIERSCHUTZVEREINE E.T.C..DAS ES AUCH EIN HAUFEN NEGATIVER MELDUNGEN GIBT,HABT IHR JA ÜBER DIE MEDIEN MITBEKOMMEN.DESHALB HAB ICH HIER AUCH MAL ÜBER EIN PAAR ANDERE AKTIVITÄTEN BERICHTET. . ANSONSTEN CIAO UND ALLES LIEBE EIN FREUND

Hinweis auf einen Prozeß

Am 5. Dezember hat um 11.30 der Neofaschist Oliver Schweigert in der Turm Straße, Raum 863 Prozeß. Grund: §86a (Amtsarsch-Deutsch): "Verwendung Kenzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen". (Auf normal-Deutsch: Faschistsche Propaganda)

Da Oliver Schweigert bei weitem keine unwichtige Person bei den Faschisten mehr ist, sollten sich viele Leute ihn und seine Kameraden zwecks kennen und erkennen, life ansehen.

Zur kurzen Erläuterung aus dem "Antifa-Infoblatt" Nr. 12 eine Beschreibung mit kleinen Ergänzungen.

Oliver Schweigert: Bekannter Neofaschist aus Westberlin. Er ist zwar kein intelligentes Licht bei den Nazis, jedoch bei vielen Sachen dabei. Im Herbst 1988 und '89 nahm er am Nazi-Pilgermarsch zum Grab von Rudolf Heß teil. 1989 durfte er sogar in der ersten Reihe die Fahne, natürlich in den Reichsfarben schwarz-weiß-rot, tragen.
Am sogenannten Volkstrauertag, Sonntag den 18.11.1990, nahm er zusammen mit ca. 300 Faschisten aus **FAP**, **Wiking-Jugend (WJ)**, **Nationaler Alternative (NA)**, **Deutsche Alternative (DA)** und anderen, an einem Aufmarsch auf dem "Helden"-Friedhof in Halbe/ex-DDR teil. Schweigert führte dort den **"Berliner Block"** als Chef der berliner **DA** an. In Halbe wurde im April / Mai 1945 die Faschisten-Armee "Wenk" von der Roten Armee fast vollständig vernichtet. Für Schweigert und seinesgleichen natürlich eine vortreffliche Pilgerstätte.
Als **FAP-Mitglied** stand er schon häufiger vor Gericht, wo er sich als wahre geistige Größe zeigte, indem er sich und ahnungslose Kameraden mit herzerfrischenden Ausagen munter belastete. Im Süden Westberlins ist er bekannt durch seine brutalen Schlägereien gegen Schüler- und AusländerInnen. Im österreichischen Neonaziblättchen "Sieg" (Nr.11/12-89) unterschrieb er einen Nachruf auf den rechten Anwalt Röhmel als ***"Kameradschaft Schweigert"***.
Er ist fast von Anfang an in der Weitlingstraße 122 dabei und hält sich dort fast ständig auf. Seit der ersten Juli-Woche ist er stellvertretender Vorsitzender der **NA-Tarnorganisation "Bürgerinitiative Wohnraumsanierung"**, **BI-Wosan**. Laut dem Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt vom 20. Juli 1990 ist er von **Kühnen** zu Jahresbeginn zum **"Reichsleiter-Ost"** ernannt worden.

Liste der REP-Kandidaten zur Bundestags- und Abgeordnetenhauswahl

Name	Straße, Hausnr.	PLZ Ort	Telefon
Kracht, Werner	Boizenburger Str. 3	1144 Berlin	
Kruck, Christiane	Nestorstr. 52a	1000 Berlin 31	8924761
Kückelhahn, Detlef	Bossestr. 9	1017 Berlin	
Kükemück, Gabriela	Wörthestr. 25	1000 Berlin 20	3625674
Küsel, Hans-Werner	Spandauer Str. 102a	1000 Berlin 20	3660504
Lange, Dieter	Seidelbastweg 62	1000 Berlin 47	6617115
Löschmann, Dieter	Kantstr. 26	1000 Berlin 12	3135665
Mahn, Detlef	Marienfelder Allee 195	1000 Berlin 48	7211888
Marschall, Wilfried	Rixdorfer Str. 58	1000 Berlin 42	
Maschmann, Michael	Trojanstr. 8	1195 Berlin	
Michael, Claus-Peter	Barbarossastr. 54	1000 Berlin 30	243790
Miosga, Richard	Sulzaer Str. 16	1000 Berlin 33	8262527
Mohlau, Fred	Borgsdorfer Str. 7	1000 Berlin 26	4153586
Motschmann, Markus	Ahrweiler Str. 12	1000 Berlin 33	
Müller, Dr. Werner	Mehringer Str. 52	1000 Berlin 28	4017096
Müller, Mike	Prenzlauer Allee 186	1055 Berlin	
Oguntke, Ursula	Lütticher Str. 14	1000 Berlin 65	4539711
Olboeter, Gerhard	Breitunger Weg 23	1000 Berlin 47	731547
Otremba, Dr. Joachim	Hildegardstr. 20d	1000 Berlin 31	8535326
Pagel, Carsten	Ritterlandweg 54a	1000 Berlin 51	4915967
Panteleit, Karl-Heinz	Geibelstr. 34b	1000 Berlin 49	7424784
Peters, Harry	Götelstr. 93	1000 Berlin 20	3610288
Pfalzgraf, Bodo	Müllerstr. 98	1000 Berlin 65	4526531
Pfalzgraf, Marion	Müllerstr. 98	1000 Berlin 65	4526531
Podzuks, Joachim	Weinmeisterhornweg 8	1000 Berlin 20	
Pohlke, Sigrid	Rathausstr. 53c	1000 Berlin 42	7064854
Pöppel, Guido	Miraustr. 107	1000 Berlin 27	4338424
Reen, Klaus	Feurigstr. 17	1000 Berlin 62	7841167
Reich, Günter	Koenigsallee 81	1000 Berlin 33	
Reppin, Harald	Slabystr. 7	1160 Berlin	
Reppin, Heike	Slabystr. 7	1160 Berlin	
Richter, Peter	Sebastianstr. 72	1000 Berlin 61	
Rosenberg, Frank	Neuenburger Str. 22b	1000 Berlin 61	
Rößler, Christian	Archenholdstr. 17	1136 Berlin	
Ruhnke, Rainer	Kühlebornweg 1	1000 Berlin 41	
Schäffer, Alexander	Havelberger Str. 20	1000 Berlin 21	3952712
Schenk, Jörg	Brunnenstr. 28	1054 Berlin	
Schenker, Rudolf	Dimitroffstr. 141	1055 Berlin	
Schlade, Gerhard	Köpenicker Landstr. 238	1195 Berlin	
Schlade, Helmut	Köpenicker Landstr. 238	1195 Berlin	
Schmidt, Karl-Heinz	Breitunger Weg 25a	1000 Berlin 47	731684
Schmigotzki, Bernd	Thomasiusstr. 11	1000 Berlin 21	3925631
Schröder, Ralf-Martin	Fritzi-Massary-Str. 20	1000 Berlin 44	6842495
Schütt, Olaf	Am Fischtal 93	1000 Berlin 37	8137852
Schwerdt, Frank	Alt Heiligensee 98	1000 Berlin 27	4316574
Seifert, Ingeborg	Meisenstr. 15	1000 Berlin 33	
Slawik, Peter	Hagenstr. 12	1000 Berlin 33	8263495
Spies, Manfred	Traunsteiner Str. 3	1000 Berlin 30	2132176
Spratte, Hartmut	Eichhorster Str. 2	1143 Berlin	
Stark, Andreas	Egon-Schultz-Str. 62	1040 Berlin	
Thaler, Thorsten	Graunstr. 19	1000 Berlin 65	
Thom, Heinz	Paul-Gerhardt-Ring 13	1000 Berlin 20	3732167
Thomas, Marianne	Eichhorster Weg 33	1000 Berlin 26	
Tonn, Jürgen	Nürnberger Str. 7	1000 Berlin 49	
Tscheak, Eckart	Rathenower Str. 5	1000 Berlin 21	3947267
Voigt, Dr. Konrad	Käthestr. 9	1000 Berlin 28	4046383
Voigt, Manfred-Ulrich	Oderstr. 12a	1035 Berlin	
Vollmer, Friedrich-Georg	Puttbusser Str. 45a	1000 Berlin 65	
Voss, Hermann	Wirmerzeile 8	1000 Berlin 13	
Warnst, Peter	Kirchhainer Damm 50g	1000 Berlin 49	7448199
Winkler, Danilo	Dierhagener Str. 10	1093 Berlin	
Wobrig, Rita	Wendenschloßstr. 17	1170 Berlin	

Liste der REP-Kandidaten zur Bundestags- und Abgeordnetenhauswahl

Name	Straße, Hausnr.	PLZ Ort	Telefon
Bath, Dr. Matthias	Tietzenweg 30	1000 Berlin 45	
Baumbeck, Ralf	Mauerweg 105	1000 Berlin 47	
Becker, Reinhard	Buchholzer Str. 21	1058 Berlin	
Behrendt, Anneliese	Odenwaldstr. 22	1000 Berlin 41	8511021
Behrendt, Wolfram	Odenwaldstr. 22	1000 Berlin 41	8511021
Behring, Heinz	Kugler Str. 20	1071 Berlin	
Block, Olgerd	Mahlsdorfer Str. 56a	1170 Berlin	
Bönisch, Rita	Lüdenscheider Weg 11e	1000 Berlin 20	3349424
Böttger-Hilbert, Maria	Hüttenweg 27	1000 Berlin 33	8311531
Braun, Ewald	Heinrich-Rau-Str. 290	1142 Berlin	
Brege, Helga	Frauenfelder Weg 10	1000 Berlin 51	4551053
Brehm, Uwe	Septimer Str. 7	1000 Berlin 51	4555463
Broschell, Stefan	Franz-Körner-Str. 105	1000 Berlin 47	6065695
Bruschke, Bernd	Wermuthweg 3	1000 Berlin 47	6046955
Clauß, Christian	Dunker Str. 90	1058 Berlin	
Conrad, Heinz	Reichweindamm 15	1000 Berlin 13	3458015
Czerlinski, Gerd	Schmückertstr. 13	1000 Berlin 37	8029847
Dallmann, Joachim	Ramsteinweg 31a	1000 Berlin 37	8158964
Degen, Frank	Daumstr. 26a	1000 Berlin 20	
Demant, Manfred-Walter	Kurfürstendamm 146	1000 Berlin 31	
Dressler, Detlef	Gallwitzallee 39	1000 Berlin 46	7757239
Elbern, Christa	Lortzingstr. 12	1000 Berlin 49	7446583
Elbern, Dr. Stephan	Lepsiustr. 18	1000 Berlin 41	
Encke, Ingo	Guineastr. 38	1000 Berlin 65	4525156
Fahringer, Georg	Schudomastr. 9-10	1000 Berlin 44	7520563 ?
Frank, Sven	Ostpreußendamm 43	1000 Berlin 45	
Gehring, Heinz	Sülzhaynerstr. 20	1000 Berlin 44	6818955
Girnus, Horst-Dieter	Prinzenstr. 95	1000 Berlin 61	6141147
Gober, Horst-Jürgen	Simplonstr. 17	1035 Berlin	
Grauert, Gabriele	Truseweg 6	1000 Berlin 44	
Gutschmidt, Günter	Stockumer Str. 12	1000 Berlin 27	4324485
Hainke, Frank	Pannierstr. 22	1000 Berlin 44	6246198
Hardel, Karl-Heinz	Borussiastr. 12	1000 Berlin 42	7529971
Harder, Wilfried	Ringbahnstr. 31	1000 Berlin 42	7517855
Härle, Ralf	Schlegelstr. 9	1040 Berlin	
Harms, Andreas	Baldersheimer Weg 88	1000 Berlin 47	
Häusler, Michael	Renatenweg 15	1000 Berlin 46	7757183
Hempelmann, Olaf	Harlingeroder Weg 12	1000 Berlin 10	3447895
Herzog, Matthias	Neuruppiner Str. 6	1152 Berlin	
Herzog, Nicole	Neuruppiner Str. 6	1152 Berlin	
Hirsch, Roland	Zwinglistr. 25	1000 Berlin 21	3926609
Hobuß, Marco	Laubestr. 6	1000 Berlin 44	6864092
Hoffmann, Maik	Pablo-Neruda-Str. 18	1170 Berlin	
Höhn, Wolfgang	Crailsheimer Str. 10	1000 Berlin 46	7748460
Horn, Wolfgang	Martin-Wagner-Ring 19	1000 Berlin 47	6024918
Horsel, Friedrich-Wilhelm	Oberhofer Weg 1	1000 Berlin 45	7722630
Hosse, Thomas	Brunsbütteler Damm 103	1000 Berlin 20	
Ihle, Thomas	Rheinsberger Str. 41	1020 Berlin	
Jeschke, Marieluise	Gritznerstr. 25	1000 Berlin 41	7925145
Jochim, Dieter	Neuendorfer Str. 79	1000 Berlin 20	3352925
Juhnke, Bernd	Reginhardstr. 114	1000 Berlin 51	4912575
Kaindl, Gerhard	Lauterstr. 7	1000 Berlin 41	8513781
Kavemann, Tarik Abdul	Tile-Brügge-Weg 37	1000 Berlin 27	4338502
Kefer, Bernd	Hagenower Ring 13	1095 Berlin	
Kendzia, Rudolf	Beifußweg 26a	1000 Berlin 47	2629454
Kliefoth, Sebastian	Lützowufer 2	1000 Berlin 30	2626571
Kliemann, Manfred	Sickingenstr. 40	1000 Berlin 21	
Kocak, Gerlinde	Köpenicker Landstr. 238	1195 Berlin	
Kochmann, Herbert	Scharnweberstr. 6	1162 Berlin	
Kock, Thomas	Waldstr. 103	1000 Berlin 51	4123584
Koesling, Johannes	Wilhelmshöher Str. 13	1000 Berlin 41	
Koschel, Manfred	Putbusser Str. 43	1000 Berlin 65	4642665

Liste der DDD-Kandidaten zur Bundestags- und Abgeordnetenhauswahl

Name	Straße, Hausnr.	PLZ Ort	Telefon
Andres, Bernhard	Spandauer Str. 105a	1000 Berlin 20	
Binda, Karl-Heinz	Hainleiteweg 13	1000 Berlin 20	3728549
Bönisch, Thomas	Breitehornweg 23	1000 Berlin 22	3652560
Fehlig, Heinz-Dieter	Forststr. 13	3201 Söhre	
Fischer, Harald	Nordhauser Str. 32	1000 Berlin 10	
Friedrich, Erika	Hofackerzeile 14b	1000 Berlin 13	3817931
Jahnke, Hartmut	Markelstr. 34	1000 Berlin 41	8213866
Krüger, Marianne	Piransenser Str. 21	1000 Berlin 20	
Kühne, Karl-Heinz	Wilhelm-Guddorf-Str. 8	1130 Berlin-Lichtenb.	
Matthes, Helmut	Heilmannring 60a	1000 Berlin 13	3815060
Matthes, Rene	Heilmannring 60a	1000 Berlin 13	3815060
Müller, Fred	Gartenfelder Str. 110	1000 Berlin 20	
Nowak, Marc-Oliver	Zeppelinstr. 98	1000 Berlin 20	
Rieger, Peter	Straßburgerstr. 47	1000 Berlin 20	
Schaaf, Wilhelm	Blankenbergstr. 4	1000 Berlin 41	8521127
Straube, Oliver	Waltraudstr. 26	1000 Berlin 37	

Liste der PfD-Kandidaten zur Bundestags- und Abgeordnetenhauswahl

Name	Straße, Hausnr.	PLZ Ort	Telefon
Braukmüller, Peter	Wahnfriedstr. 5	1000 Berlin 28	
Friedrich, Elke	Rosenthaler Str. 40/41	1020 Berlin	
Friedrich, Peter	Rosenthaler Str. 40/41	1020 Berlin	
Hellenbroich, Anno	Ulmenstr. 18	6501 Klein-Winternh.	
Pagel, Roland	Rautenstr. 28	3000 Hannover 1	
Schmidt, Thomas	Ho-Chi-Minh-Str. 3	1156 Berlin	
Weißbach, Michael	Saarstr. 43	6200 Wiesbaden	

Liste der NPD-Kandidaten zur Bundestags- und Abgeordnetenhauswahl

Name	Straße, Hausnr.	PLZ Ort	Telefon
Alleritz, Ingeburg	Zangengasse 49	1000 Berlin 26	4114787
Cholewa, Detlef	Mühlbergstr. 22	1197 Berlin	
Eriksson, Steffen	Berliner Str. 54a	1000 Berlin 27	4328783
Gutjahr, Hans-Joachim	Jasmunder Str. 7	1000 Berlin 65	4638504 ?
Kabus, Tilo Martin	Eichdamm 3a	1000 Berlin 27	4313673
Lück, Klaus	Frankenwaldstr. 26	1000 Berlin 20	
Markau, Andre	Wilhelmsruher Damm 99	1000 Berlin 26	4151878
Marks, Walter	Düsseldorfer Str. 14	1000 Berlin 15	8818230
Müller, Rudi	Hainleiteweg 7	1000 Berlin 20	3713017
Neumann, Kurt	Jahnstr. 14	1000 Berlin 28	4043666
Ott, Thomas	Schulzenstr. 15	1000 Berlin 20	3729762
Pahncke, Otfried	Heerstr. 371e	1000 Berlin 20	3613340
Reichel, Lutz	Reginhardstr. 166	1000 Berlin 51	4915979
Schaffer, Dr. Ursula	Pr.-Friedrich-Leopold-Str. 52	1000 Berlin 38	8032852
Schmidt-Stölting, Hans	Hackerstr. 12	1000 Berlin 41	7919584
Storr, Andreas	Leberstr. 28	1000 Berlin 62	7817144

Liste der REP-Kandidaten zur Bundestags- und Abgeordnetenhauswahl

Name	Straße, Hausnr.	PLZ Ort	Telefon
Anger, Doris	Guineastr. 19	1000 Berlin 65	4516214
Antebach, Jörg	Eichhorster Weg 33	1000 Berlin 26	4154329
Bartel, Detlev	Wilhelmsruher Damm 91	1000 Berlin 26	4156903
Bartsch, Peter	Billerbecker Weg 48	1000 Berlin 27	4322747

Zur Herkunft der Liste:

Die Namen der Kandidaten der oben Angegebenen Liste sind entnommen aus dem Amtsblatt Berlin (40. Jahrgang, Nr. 57 & 58). In diesen Listen sind alle Kandidaten aufgeführt, die man in Berlin in den Bundestag bzw. ins Abgeordnetenhaus wählen kann **oder auch nicht** - letzterer ist sicher besser.

Zu den Parteien:

Die DDD - Bund der Deutschen Demokraten - wurde im vergangenen Jahr von Bernhard Andres gegründet, der zuvor bei den Reps rausgeschmissen wurde. In dieser Partei sind etliche ehemalige Reps, denen einmal der Führungsstiel Schönhubers nicht gefiel und denen die Reps als nicht rechts genug erschienen.

Die PfD - Patrioten für Deutschland - ist ein Ableger der von Helga Zepp-La Rouche geführten "Europäischen Arbeiter Partei". Prof. Emil Schlee kam über die PfD zum Landesvorsitz der Reps in Schleswig-Holstein.

Sonstige Anmerkungen:

Die Angaben der Telefonnummern sind nur für Westberlin einigermaßen vollständig. Falls hinter der Telefonnummer ein Fragezeichen steht, so ist diese Nummer noch zu überprüfen - also Vorsicht.

Falls sich jemand für Beruf und Geburtsjahr der oben angegebenen Personen interessiert oder an Listen der ÖDP bzw. DSU Interesse hat, so muß man sich zu Ordner bemühen.

Der Tod in Leipzig

Der nächste Tote ist ein Linker

Am 3. November ist in Leipzig ein achtzehnjähriger Hool von der Polizei erschossen worden. Wie es dazu kam, wird im Nachhinein kaum noch zu rekonstruiren sein. Fest steht aber schon jetzt, daß die Version der Polizei (wiedereinmal) die einzig gültige sein wird. Fest steht auch, daß der Schütze (wiedereinmal) mit einem Blauen Auge davon kommen wird. All das wiegt so schwer, daß mensch nicht einfach mit einem Schulterzukken darüber hinweggehen kann.

Da und dort ist zu hören: jetzt hat es halt einen von „denen" erwischt - einer weniger. Abgesehen vom menschenverachtenden Zynismus einer solchen Haltung, ist sie angesichts dessen, was geschah, auch kurzsichtig. Was aber ist geschehen?

In Leipzig stand eine unterbesetzte Polizei einer Meute Fußballfans gegenüber. Im Nachhinein hat es viele Begründungen für den Mangel an Polizisten gegeben. Verschwiegen wurde dabei allerdings, daß es am selben Tage, zur selben Zeit in Berlin möglich war, eine friedliche Demonstration der Radikalen Linken mit 15oo Polizisten einkesseln zu lassen. Für diese Diskrepanz gibt es nur eine Erklärung: die Führung der Sicherheitskräfte im „neuen" Deutschland hat ein direktes Interesse an der Verschärfung der Gewalt auf der Straße. Die neue Qualität im Aufeindertreffen von Demonstraten und Polizisten in den großen Städten des Landes ist ein von den Herrschenden gewünschtes, um nicht zu sagen geplantes Ereignis.

Das Verhältnis breiter Kreise der Bevölkerung der ehemaligen DDR zu den „Schutz- und Sicherheitsorganen" ist von großem Mißtrauen gekennzeichnet. Vielen Menschen ist nur zu gut in Erinnerung, daß die vorgebliche Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mißbraucht wurde, um politische Gegner des stalinistischen Regimes zu disziplinieren. Sicher, die Worte haben sich geändert. Innensenator Päzold (SPD) spricht jetzt von einer Gefahr für die öffentliche Ordnung, die eintrete, wenn nicht schnell und unbürokratisch die Polizeiverbände gestärkt werden. Dahinter aber steht nichts anderes, als daß der bürgerliche Staat keine andere Antwort auf soziale Spannungen hat, als mit Polizeibeamten Macht zu demonstrieren und handgreiflich durchzusetzen. Und wenn die Legitimität schwindet, muß man sie eben neu schaffen – und sei es mit Toten. Auf diese Art werden sowohl die „Randalierer" von Leipzig als auch die ihnen gegenüberstehenden Polizisten für die Herrschaftsinteressen instrumentalisiert. Sie werden Mittel zu Zweck einer Politik der Stärke nach innen.

Diese Entwicklung ist nicht neu. Erinnert sei nur an die Diskussionen um sogenanntes CS-Gas als Beimischung in Wasserwerfertanks (mitlerweile Praxis) oder die chemische Keule als mögliche Distanzwaffe der Polizei. Davor lag der Streit um Gummigeschosse, der durch die verheerenden Erfahrung aus ihrem Einsatz bei den Protestbewegungen in der Schweiz Anfang der Achtziger Jahre abgebrochen wurde. Aber gerade auf dem Gebiet der fünf neuen Bundesländer ist man in einem Begründungsnotstand, was eine polizeiliche Aufrüstung anbelangt.

Daher ist die neue, nächste Umdrehung der Spirale der Gewalt von der Polizei in Gang gesetzt worden. Die Polizeiführung hat das genau kalkuliert und ohne Rücksicht auf die eigenen Kollegen sowie auf Menschenleben bewußt herbeigeführt. Wenn man das martialische Auftreten der Polizei, besonders bei friedlichen Demonstrationen in Berlin gegen das herrschende System in der letzten Wochen mit in die Betrachtung einbezieht, wird die Stoßrichtung dieser Taktik klar. Der nächste, der auf dem Gebiet der ehemaligen DDR von der Poilizei erschossen oder sonstwie zu Tode gebracht werden wird, wird ein Linker sein.

Widerstand ist nötiger den je. Es gibt eine ungebrochene Linie von den Neubewaffnungsmillionen, die Innenminister Diestel der Polizei verschafft hatte, hin zu den Bemühungen um eine scheindemokratische Grundlage für neue, noch brutalere Polizeitaktiken zu schaffen. Die Auseindersetzungen der nächsten Jahre werden nicht mehr an Bauzäunen, im freien Gelände stattfinden, wo man den Bürgerkrieg ohne große Scheu proben kann. Die nächsten Auseindersetzungen werden sich in den Zentren der großen Städte abspielen, da wo die Herrschenden am verletzbarsten sind. Die Generalprobe dazu läuft schon.

Dies ist keine Polemik dafür, in dieser Auseindersetzung die Gegensätze und die Auseindersetzung gerade von Antifas gegenüber Hools angesichts eines potentiellen neuen „Feindes" – der Polizei – zu verwischen. Im Gegenteil. Aber gerade Linke sollten in der Lage sein, das Wesen der Dinge erkennen zu können. Das heist dann auch: zu begreifen, welche Funktion Hools und Rechtsradikale für das herrschende System in der Auseindersetzung mit seinen linken Gegnern zugewiesen bekommen.

Ein Mensch ist getötet worden. Das ist zu betrauern, auch wenn es auf anderen Ebenen der Auseindersetzung ein politischer Widerpart war. Trauer aber reicht nicht – und auch nicht Wut. Die Mörder sind unter uns, die Mörder tragen Uniform. Auch wenn sie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR einstweilen noch Rechte treffen, ihre Waffen zielen auch hier auf die linke Opposition.

lupo

Unabhängiges Antifaplenum Berlin

Wir hatten ein vorläufiges Konzept zum Plenum schon in der Interim Nr.112 veröffentlicht. Da aber dies noch im Sommerloch war und bisher noch nicht die Massen an unabhängigen/autonomen Antifagruppen zu unseren ersten Treffen gekommen sind, wollen wir noch mal auf das Plenum aufmerksam machen!

Bei unserem letzten Treffen haben wir folgendes besprochen:

- Da wir nur eingeschränkte Kontakte haben und zu bestimmten Anlässen kurzfristige und größere Mobilisationen angebracht sind, wollen wir Telefonketten aufbauen. Sonstige Mobilisierungsmöglichkeiten können über die Treffen des Plenums laufen.
- Zur Unterstützung von strukturschwachen Stadtteilen (Marzahn, Hohenschönhausen, Lichtenberg, Reinickendorf usw.) wollen wir diese Unterstützen und gemeinsame Aktionen planen.
- Um die Antifa-Arbeit besser zu koordinieren und voranzutreiben, wollen wir alle möglichen Infos sammeln & austauschen (Faschoüberfälle, -strukturen, Antifa-Aktionen, u.a.).
- Das Plenum soll vor allem unsere Strukturen stärken & somit es uns ermöglichen, gemeinsam Antifa-Aktionen zu organisieren (z.B. Demos, Blockaden, dezentrale Aktionen, antifaschistischer Selbstschutz usw.).
- Wir finden das Plenum insbesondere wichtig für eine Zusammenarbeit der Antifagruppen aus Ost- und Westberlin. Deswegen seien hier nochmal ostberliner Antifas besonders angesprochen!

Um das Treffen noch effektiver zu machen, wäre es wichtig, wenn sich noch mehr Antifagruppen & -zusammenhänge an dem Plenum beteiligen würden. Auch Gruppen, die nicht nur Antifa-Arbeit machen, sind eingeladen! Wir wollen damit Gruppen ansprechen, die aus dem autonomen/unabhängigen Spektrum kommen und somit keine Parteimitglieder haben, nicht mit Kirchen, parteinahen Organisationen oder StalinistInnen zusammenhängen.

Wenn ihr Interesse habt und obige Kriterien gegeben sind, meldet euch bei:

Unabhängiges Antifaplenum, c/o Lunte, Weisestr. 53, 1/44





zur 3.11. Demo

Auf einem nachbereitungstreffen am 6.11. haben wir uns um eine einschätzung der fehler und politischen folgen der "**Der Tod ist ein Meister aus Deutschland**"-demo bemüht.

Für uns bleibt die demo widersprüchlich. Sie als reine niederlage zu bezeichnen ist genauso falsch wie das gegenteil zu behaupten. Die demo ist weit hinter unseren erwartungen zurückgeblieben. Offensichtlich konnte durch den aufruf nicht an die demo vom 12.5. in frankfurt angeschlossen werden. Für 'nie wieder deutschland' gehen zunehmend weniger leute auf die straße. Der spezielle bezug zum 9.11. (reichspogromnacht und öffnung der mauer) ist mehr oder minder, was die mobilisierung betrifft, untergegangen.

Als mitvorbereitende ziehen wir folgende konsequenzen:

1. Wenn eine demo auf so wenig resonanz während der vorbereitung stößt, wie dies hier in der stadt der fall war, kann sie nicht abgehen!
2. Ein projekt kann eine demo nur dort durchziehen, wo es auch als politischer zusammenhang fähig ist, für entsprechende organisation sorge zu tragen. Eine entsprechende 'radikale linke berlin' gibt's nicht. Das basteln eines breiten trägerInnenbündnisses ist ebenso gescheitert.
3. Durch die demo hatten wir uns erhofft, mehr interesse für das projekt radikale linke zu wecken. Das genaue gegenteil stellen wir (ohne selbstmitleid, aber selbstkritisch) fest.
4. Eine demo kann mißlingen, darf aber nicht als einziger grund rangezogen werden, einen politischen ansatz gänzlich zu verwerfen (wie in dem einen beitrag in der letzten interim). Auch andere gruppen haben schon demos in den sand gesetzt.

Ansonsten bleiben bei uns viele offene fragen:
War es sinnvoll, soviele rednerInnen schon am ehrenmal reden zu lassen?
War es richtig, die demo dort zu beginnen?
Und vor allen dingen: hat die demoleitung a) falsch und b) überhastet entschieden, die demoroute um den wesentlichen teil zu kürzen?
Letztere frage ist dabei ziemlich entscheidend. Die nicht-geschlossenheit der demo sprach einerseits dafür, gleich zum alex zu laufen. Andererseits hat die demoleitung den charakter der demo dadurch faktisch vernichtet.

Der taz war's so schließlich gut möglich, der radikalen linken das anzuhängen, was viele autonome eh' schon immer befürchteten: disziplinierung und zivilisierung der militanten.
Es wäre günstig, dem nicht auf den leim zu gehen, und stattdessen dort, wo politische übereinstimmungen sind, auch zunehmend gemeinsam zu diskutieren und zu handeln!

Wir werden weiterhin versuchen, diskussionsprozesse der projekts radikale linke in berlin einzubringen.
Ein anvantgarde-bestreben haben wir dabei beileibe nicht. Und andere bestehende zusammenhänge stellen wir nicht in frage! (wie auch)

Eine kritische frage zum schluß: gibt's vielleicht irgendwelche metropole-provinz-widersprüche im autonomen lager. Oder wie ist die starke beteiligung von autonomen aus verschiedenen regionen (rhein-main, süddeutschland) und das weg-bleiben vieler berlinerInnen zu erklären?

einige, die sich dem ansatz radikale linke mehr oder weniger verbunden fühlen

Frauen- und Lesbenblock zur Demo am 1.12.
"Kampf dem Rassismus, Wahlrecht für ALLE"

Der derzeit geführte Wahlkampf stellt selbst die bisher bekannten rassistischen Simmen von REP und CDU in den Schatten. Was hier an ideologischen Klima produziert wird, ist die Rechtfertigung und Aufforderung für die alltägliche rassistische Gewalt bis hin zum Mord.

Das jüngste Verfassungsgerichtsurteil, daß das Wahlrecht für sogenannte AusländerInnen als verfassungsfeindlich einstuft, ist Ausdruck dieser rassistischen Politik. Dabei wird Rassismus nicht nur von den eindeutigen Reaktionären getragen, sondern hat viele Gesichter: ob die SPD hinter der multikulturellen Gesellschft die Außenabschottung Europas verbirgt oder Teile der Grünen offen über neue Einwanderungsgesetze reden.

Uns ist klar, wenn Wahlen was verändern würden, wären sie schon längst verboten. Dennoch wollen wir, daß ALLEN hier lebenden Menschen die Entscheidung offen steht, ob sie nun wählen oder NICHT.

Kommt alle zur Demo gegen die rassistische Wahlkampfkampagne am Samstag, dem 1.12.90 um 13 Uhr, Adalbertstr. (am Mauerstreifen)

- Wahlrecht für ALLE
- Weg mit dem rassistischen Ausländergesetz
- Schluß mit sexistischer und rassistischer Gewalt
- Gegen ein neues Großdeutschland

Kommt zum internationalistischen Frauenblock!!!
(Treffpunkt beim schwarz-türkis en Transparent mit der Drachen-frau)
Samstag, 1.12.90, 13 Uhr, Adalbertstr. (Kinderbauernhof)

Dieser Text ist aus der Radi 141 von uns geklaut. Verfasserin ist das Frauen ZK der Radi. Er ist Antwort, Ergänzung und Erwiderung auf den Text von schweizer Frauen "Ein Stein in der Sonne - Feminismus ist der Klassenkampf von ganz unten gegen das gesamte System". Dieser Text ist ebenfalls in der Radi zu finden oder INTERIM 114, 30.august.

HI IHR LIEBEN SCHWEIZERINNEN

Wir haben uns riesig gefreut, als wir euer Papier in die Hände bekommen haben. Die linksradikale, feministische Szene tut sich schwer, Ziel, Inhalt und Methoden ihres Kampfes unter sich in die Diskussion zu bringen. Immer, wenn ein Text in der Richtung auftaucht, freuen wir und unsere Freundinnen uns doof und dusselig.

Zuerst gehen wir auf euren Text ein. Gleichzeitig beziehen wir uns dabei in Gedanken selbstkritisch auf unseren Text aus der 140. Kritik und Selbstkritik gehen fast immer Hand in Hand.

Ob's so schlimm war, werdet ihr im folgenden an unseren hoffentlich mehr oder weniger geistreichen Anmerkungen feststellen können...

Anschließend machen wir einen kleinen Ausflug, welche Richtung wir inhaltlich und praktisch gut fänden weiterzuverfolgen.

Ihr setzt euch mit zwei Frauen aus der Raf und dem antiimperialistischen Widerstand auseinander. Ihr sagt zu Beginn eure Schwierigkeiten, die ihr hattet, die Diskussion überhaupt anzuleiern.

Der 1. Grund, daß es ohne Diskussions- und Kommunikationsstruktur unter den Gefangenen nur sehr begrenzt geht, weil sich die RAF nicht als Gruppe oder die in der RAF organisierten Frauen nicht als Frauen geschlossen und zusammen zu Wort melden können, finden wir klar.

Wir sehen es auch als einen entscheidenden Punkt an, Strukturen innerhalb der Knäste und nach außen durchzusetzen, die Diskussion (nicht nur) mit Gefangenen aus RAF und Widerstand möglich machen. Eine Struktur dafür wäre die Zusammenlegung.

Den 2. Grund sehen wir weniger ein. *"Die engagierte Auseinandersetzung mit revolutionärer Politik...sowie die Solidarität mit revolutionären Gefangenen - existiert in unsererm feministischen Zusammenhängen höchstens am Rande."*

Na und? Das unterwühlt doch trotzdem nicht unser Selbstbewußtsein, unsere Analyse oder Herangehensweise richtig zu finden und sie so in die Diskussion miteinzubringen.

Von lange Warten, bis wir mal genug sind und eine mächtige Kraft darstellen, halten wir nichts. Im Gegenteil, wir gehen davon aus, daß sich das dialektisch entwickelt. Was heißt, wir bringen das, was in unseren feministischen Köpfen und Herzen subversiv vor sin hin brodelt, mal in der einen, mal in der anderen Form in die Öffentlichkeit, und daran entwickelt sich wieder was neues, werden neue angesprochen, angezogen, angepowert.

Wir gehen schließlich und endlich davon aus, daß eine öffentliche Diskussion mit der RAF und Gefangenen aus der RAF unter Frauen was in Gang setzt. Frauen können sich bei offen dargelegten Positionen viel eher und besser dann verhalten, als wenn wir uns nur darüber wundern, warum diese Gruppe der Linken fast am längsten die Patriarchatsdiskussion aussitzt.

Euer dritter Grund ist für uns keiner (Seite6, Absatz2).

Der Christian Geissler, laßt den mal weg. Soo wichtig war der weder vorher noch jetzt mit seiner Position. Er ist mit seiner Meinung für uns lediglich die Fortführung der breiten "Bündnispolitik" des letzten Hungerstreik. Damals hatte Frau an allen Ecken und Enden den Braten schon gerochen, daß diese Position bei vielen die Motivation war, die Forderung nach Zusammenlegung zu unterstützen.

Nun wird's unter anderem von ihm dummdreist vertreten.

Lassen wir ihn im Regen stehen! Wenn eine linksradikale Bewegung darauf nicht mit Souveränität reagiert, läßt Frau solchen Inhalten mehr an Boden, als die in der Lage sind, uns zu nehmen.

Souveränität besteht für uns darin, wenn wir sagen: hier haben wir politische Schwierigkeiten und Fragen: Laßt uns das gemeinsam diskutieren. Als Frage an die, die ernsthaft umstürzlerische Gedanken und Taten ausbaldowern, sich als Militante begreifen, was sich nicht auf spektakuläre Knalleffekte bezieht, sondern auf eine grundsätzliche Einstellung.

Bei so einer Diskussion über Fragen, die schon genug brennen, lassen wir uns nicht von solchen Leuten wie Geissler eins reinwürgen.

Genug - ihr habt ja trotz dieser Aufzählung euch entschieden, eure Herangehensweise und Kritik darzustellen, und das finden wir gut.

Eure inhaltliche Analyse hat uns über große Teile hervorragend gefallen.

Die Einführung des Begriffes "Zwischenklassen" hat bei uns zu einigen Heiterkeitsanfällen geführt. Das liegt hauptsächlich daran, daß wir an unsere werten Genossen denken mußten, die immer so ernsthaft über der neuesten "Klassenzusammensetzung" brüten. Die sich viel Mühe geben, neben der "Klasse" nicht die "Frauen" zu vergessen, und die nun mit diesem Begriff sehr eindeutig ihren Platz zugewiesen bekommen.

Gleichzeitig sind wir hier am Knackpunkt angekommen.

Einerseits fanden wir den Text unter dem Aspekt der Patriarchatsanalyse gut, aber er unterschlägt - wie unser Text der 140 auch - die Diskussionen, die unter Frauen schon länger zu Rassismus laufen.

Wie ihr richtig feststellt, gibt es nichts, was geschlechtsneutral ist. Ebenso klar ist auch, daß es nichts gibt, was nicht von der Hautfarbe abhängt bzw. der Herkunft.

Ein linksradikaler Frauenkampf, der sich Internationalismus auf die Fahnen schreibt, kann nicht der Form, wie ihr oder wie wir dies tun, die Unterdrückung durch Rassismus, die Geschichte von Kolonialismus und Imperialismus am Rande abhandeln.

Geschieht das, läuft es zwangsläufig auf eine Vereinnahmung von anderen Kämpfen hinaus. Andere Kämpfe werden ausschließlich aus der Perspektive der eigenen (weißen) Geschichte und daraus entwickelten Kriterien betrachtet und mit diesen dann bewertet.

Ihr sprecht über Solidarität mit Frauen der trikontinentalen Länder, redet über ihre Kämpfe...doch wie können wir sie einschätzen, ohne sie wieder einzuverleiben und in unsere Herangehensweise zu pressen?

"Was empfinden schwarze Frauen gegenüber der Frauenbewegung? Mißtrauen. Sie ist weiß, daher suspekt. Trotz der Tatsache, daß Befreiungsbewegungen in der schwarzen Welt Katalysatoren für den weißen Feminismus waren, haben zu viele Bewegungen und Organisationen bewußt begonnen, Schwarze einzubeziehen, mit dem Ergebnis, sie einzuwickeln. Sie wollen nicht schon wieder benutzt werden, jemandem zu helfen, Macht zu gewinnen - eine Macht, die ihnen gezielt vorenthalten wird...

Schwarze Frauen sind verschieden von weißen Frauen, weil sie sich selbst anders sehen, anders gesehen werden und ein anderes Leben geführt haben." Toni Morrison, 1971 (!), Beiträge 27, S. 27

Auf Seite8schreibt ihr von der Ausgrabungszeit, das sehen wir ähnlich. Aber gegraben wird nun wahrlich schon eine ganze Weile. Daß weiße Frauen jetzt mit der Nase auf die Rassismus-Auseinandersetzung gestoßen werden und nicht schon weitaus früher "von selber" drauf gekommen sind, macht deutlich, daß dahinter Machtverhältnisse stecken. Wo "wir" unsere Rolle nicht reflektiert haben.

"Als Gruppe befinden sich schwarze Frauen in einer ungewöhnlichen Position in dieser Gesellschaft, denn wir ... sind am schärfsten von sexistischer, rassistischer und klassistischer Unterdrückung betroffen. Gleichzeitig sind wir die Gruppe, die nicht dahingehend sozialisiert wurde, die Rolle des Ausbeuters/Unterdrückers anzunehmen: Uns wird kein institutionalisierter "Anderer" überlassen, den oder die wir unterdrücken könnten...

Weiße Frauen und schwarze Männer haben beide Möglichkeiten. Sie können als Unterdrücker oder als Unterdrückte handeln. Schwarze Männer mögen Opfer von Rassismus sein, aber Sexismus erlaubt es ihnen, als Ausbeuter und Unterdrücker von Frauen zu handeln. Weiße Frauen mögen Opfer von Sexismus sein, aber Rassismus verleiht ihnen die Fähigkeit, als Ausbeuter und Unterdrücker von Schwarzen Menschen zu handeln.

Beide Gruppen haben Befreiungsbewegungen geleitet, die ihre Interessen favorisierten und die anhaltende Unterdrückung anderer Gruppen unterstützen." Bell Hooks, 1984, in "Beiträge Nr. 27", S.47

Da kommt das Modell der "Zwischenklassen" ins Schwimmen. Es kommt immer auf den Standpunkt an, von dem aus Unterdrückung definiert und von daher die "Plätze zugewiesen" werden.

"Zwischenklassen" könnten wir die Klasse der proletarischen und kleinbürgerlichen Männer in Bezug auf das internationale Patriarchat nennen, das zwar verschieden ausgeprägt ist, aber als Grundlage die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen hat.

Dann müssen wir unter den "Zwischenklassen" nochmal differenzieren. Wie bezeichnen wir weiße Frauen als Gruppe in ihrer Stellung gegenüber schwarzen Frauen?

Weiße Frauen sind gegenüber schwarzen Männern privilegiert. Obwohl die Frauen von Männergewalt bedroht sind, werden rassistische Männerhorden auf der Straße als erstes "Ausländer klatschen". Auch wenn diese Männerhorden die größten Frauenfeinde sind, möchten wir diesen Unterschied festhalten.

Dabei geht es nicht um die Frage: Welcher geht es besser, welchen geht's schlechter (weißen Frauen oder schwarzen Männern).

Daß schwarze Männer, die hier leben, auch weiße Frauen anmachen, unterdrücken, sich über sie stellen, ist klar. Und die versuchen auch, das Rassismus-Argument gegen uns zu drehen: Vielen Frauen ist es schon passiert, daß ihnen der Mann, der sie in der U-Bahn anmachte, vorgeworfen hat: sie würde sich aus Rassismus wehren. ("Das machst du nur, weil ich Türke bin!" - "Du bist rassistisch, bei deutschen Männern würdest du dich nicht so anstellen!")

Klar ist, daß uns das nicht im Geringsten ein schlechtes Gewissen macht. Solche Situationen sind eindeutig sexistisch und dementsprechend verteidigen wir uns dann auch.

Uns geht es dabei um das Problem der Definitionsmacht. Wer hat das Recht zu definieren, wer wie stark unterdrückt wird, wer legt Rollen im revolutionärem Prozeß fest usw.

Z.B. der Spruch:"Alle Menschen sind Ausländer - fast überall!" trifft nicht den Kern der Sache. Der Spruch will eine "tolerante" Haltung gegenüber AusländerInnen fördern und erinnert daran, daß jede von uns in anderen Ländern auch nicht heimisch ist. Der Spruch unterschlägt aber, daß die Definition "Ausländer" seine volle Bedeutung im rassistischen Zusammenhang bekommt. Der Begriff hat Menschen aus einem westeuropäischen Land gegenüber eine andere Färbung als bei Menschen aus einem trikontinentalem Land oder aus Osteuropa.

Es existiert eine rassistische Wertehierarchie, die sich aus Geschichte (Kolonialismus/Faschismus) und der aktuellen weltweiten Hierachie von kapitalistischen/imperialistischen Industriemächten und von ihnen abhängigen Ländern des Trikont ergibt und ableitet.

In diesem System definieren weiße Männer und auch Frauen, wer "Ausländer" ist.

Wenn eine von uns in ein Trikontland reist, ist sie dort weniger "Ausländerin", als vielmehr eine Weiße aus diesem oder jenem Land. Natürlich ist sie auch "Ausländerin", aber ob das Definitionsmacht besitzt, sie das also zu spüren bekommt, hängt vom Kräfteverhältnis ab. Aktuell zu sehen ist das bei Südafrika. Die Schwarzen können dort aufgrund ihrer organisierten Stärke den Weißen praktisch zeigen, daß sie fehl am Platz sind. Vorher konnten sie das sagen, aber Konseuenzen folgen in einem Machtkampf nur aufgrund von Siegen und auf Stärke von unten.

Auf uns bezogen heißt das: Wir müssen als weiße Frauen Rassismus gleichwertig zu sexistischer Unterdrückung und Patriarchat miteinbeziehen. Wir können anderen Unterdrückten nicht unsere Definitionsmacht, die wir als Weiße haben, aufdrücken, wie weiße Männer dies uns

gegenüber lange genug getan haben, wenn sie uns als "Nebenwiderspruch" abtaten oder unsere Autonomie als Spaltung in Frage stellten.

Wie wenig die Auseinandersetzung mit Rassismus entwickelt ist, merken wir dann an Sätzen wie :"*Ausgebeutete Frauen müssen für ihre Befreiung den zentralen Repressions- und Ideologieapparat (Staat) zerschlagen, das Privateigentum an den materiellen Produktionsmitteln aufheben, den dezentralen Repressions- und Ideologieapparat (Machos und Männerbanden) zerschlagen, das Privateigentum von Männern an Frauen und Kindern aufheben und sich selbst aus der Stellung des Menschenproduktionsmittels und Sexualobjekts befreien. Ausgebeutete Männer müssen für ihre Befreiung "nur" den Staat zerschlagen und das Privateigentum an den materiellen Produktionsmitteln aufheben.*"

Der erste Abschnitt stimmt. Beim zweiten wird deutlich, daß ihr ausschließlich von weißen Männern redet. Die Erfahrung von schwarzen Männern geht über diese zwei von euch genannten Punkte hinaus.

Aus den Befreiungskämpfen schwarzer Menschen, wie in dem Zitat von Toni Morrison erwähnt, kommen eine Menge Erkenntnisse, wie Unterdrückung "nach innen "verlagert wird und so viel schwerer zu bekämpfen ist als ein konkret bestimmbarer, äußerer Machtapparat.

Fanon hat in den 50'ern viel darüber geschrieben:

> *"...Ich wollte Mensch sein, nur Mensch. Manche verbanden mich mit meinen versklavten, gelynchten Vorfahren: Ich beschloß, diese Vergangenheit auf mich zu nehmen. Auf der universellen Ebene des Intellekts verstand ich diese innere Verwandtschaft - ich war ein Enkel von Sklaven...*
>
> *In Amerika werden Neger abgesondert. In Südamerika peitscht man die streikenden Neger auf den Straßen aus und erschießt sie. In Westafrika ist der Neger ein Tier. Und hier, ganz in meiner Nähe, gleich nebenan sagt mir ein aus Algerien gebürtiger Kommilitone: "Solange man den Araber zu einem Menschen erklärt wie wir, wird es keine gangbare Lösung geben."*
>
> *"Weißt du, mein Lieber, das Vorurteil der Hautfarbe, das kenne ich nicht... Aber was denn, treten Sie doch ein, Monsieur, bei uns gibt es kein Vorurteil der Hautfarbe...Jawohl der Neger ist ein Mensch wie wir...nicht weil er schwarz ist, ist er weniger intelligent als wir...ich hatte einen senegalesischen Kameraden beim Regiment. Er war sehr feinfühlig..."*
>
> *...wo mich verkriechen?*
>
> *"Martiniquaner aus "unseren" ehemaligen Kolonien."*
>
> *"Schau den Neger da!..Mama, ein Neger!..." - "Still! Er wird böse werden..Achten Sie nicht darauf, Monsieur, er weiß nicht, daß Sie genauso zivilisiert sind wie wir..."*
>
> *Mein Körper kam ausgewalzt, zerteilt, geflickt zu mir zurück, ganz in Trauer an jenem weißen Wintertag. Der Neger ist ein Tier, der Neger ist schlecht, der Neger ist bösartig, der Neger ist häßlich; sieh mal, ein Neger, es ist kalt, der Neger zittert, der Neger zittert, weil er friert, der kleine Junge zittert, weil er Angst vor dem Neger hat. Der Neger zittert vor Kälte, jener Kälte, die dir die Knochen verrenkt, der niedliche Kleine zittert, weil er glaubt, daß der Neger vor Wut zittert, der kleine weiße Knabe wirft sich in die Arme seiner Mutter: Mama, der Neger will mich fressen.*
>
> *Ringsum der Weiße, oben reißt der Himmel den Nabel aus, die Erde knirscht unter meinen Füßen und ein weißes, weißes Lied. Das viele Weiß, das mich ausbrennt...*
>
> *Wo mich nun verkriechen? Aus den unzähligen Zersplitterungen meines Seins spüre ich das Blut in mir hochsteigen. Ich war im Begriff wütend zu werden. Seit langem war das Feuer erloschen, und abermals zittert der Neger.*
>
> *"Schau nur, er ist schön der Neger..."*
>
> *"Der schöne Neger scheißt auf Sie, Madame!"*
>
> *...Endlich war ich befreit von meiner Grübelei. Und gleichzeitig wurde mir zweierlei klar: Ich identifizierte meine Feinde und erregte öffentliches Ärgernis. Überglücklich. Man würde sich amüsieren können!"* Fanon, "Schwarze Haut und weiße Masken"

Eigentlich hatten wir nicht vor, einen Text zu Rassismus zu schreiben. Haben wir auch immer noch nicht vor. Andere haben dazu schon viel umfassendere Texte geschrieben und viel genauer, als wir das in der Kürze der Zeit könnten.

Wir haben nur mitbekommen, daß häufig in autonomen Frauenzusammenhängen die Auseinandersetzungen über Rassismus sehr auf der subjektiven Ebene verlaufen - bin ich eine Rassistin, weil ich eben gesagt habe: "Ich hätte gerne einen Negerkuß."? -

Das ist zwar eine wichtige Ebene, sich selber abzuklopfen, aber wir weigern uns, das zum nonplusultra der Diskussion zu machen. Wir halten das für die absolute Luxusposition, wenn nicht gleichzeitig die gesellschaftliche Ebene des Rassismus analysiert wird, wo er sich ausdrückt (Abschiebungen, Ausländergesetz, internationaler Weltmarkt etc.), und angegriffen wird.

Alleinstehend macht sie einmal mehr deutlich: Na, die Weißen haben jetzt in Zeiten des offensiven doitschen Machtzuwachses und nationalem Taumel nichts besseres zu tun, als wieder mal um ihren Nabel zu kreisen.

Im Ernst: Das Wichtigste an unserer Kritik/Selbstkritik ist für uns folgendes:

In dem Moment, wo wir doch hoffentlich alle übereinstimmen, daß Feminismus den Anspruch hat, alle Unterdrückungen und Ausgrenzungen vom Tisch zu fegen, müßten sich alle anhand ihrer eigenen Denkweise, Analyse und dementsprechender Praxis fragen, wie weit es damit her ist..

Eigentlich ist es doch der Hohn - Alle wissen, mit EG 92 wird der Großraum Europa gegen trikontinentale Frauen und Männer abgeschottet, es wird abgeschoben und wird hier auf der Straße eine rassistische Gewalt materiell, die total brutal ist, gibt es die institutionelle Entsprechung in Form von Ausländerbullen, Sozialstrategen, die den ausländischen Jugendgangs auf den Straßen hinterherjagen, gibt es die rassistischen Richterschweine, die alles juristisch absegnen...

Und wir? Wo ist die Frauenbewegung, wenn eingewanderte Frauen und Männer angegriffen werden?

Wie stellen wir uns das vor, uns internationalistisch zu organisieren, wenn - aus was für Gründen auch immer - wir praktisch die Solidarität verweigern und oft genug allein lassen, weil wir nicht von uns aus die Bedingungen anderer in unsere Überlegungen miteinbeziehen. Sondern nur schauen, was passiert gegen uns, als feministische Frauen, als Teil der radikalen Linken etc.

Das steht in keinem Verhältnis, wie sich über die eigene Psyche der Kopf gemacht wird - Bin ich eine, bin ich keine... - das interessiert keine, die angegriffen wird und damit erstmal allein steht.

Wir machen das doch auch nicht anders. Vertrauen bekommen wir nicht darüber, daß Männer ihre eigene Sprache feminisieren, daß sie sich beim Pissen hinsetzen , also "gute" aufgeklärte Männer sind. Seht her, ich bin ein "solidarischer Mann" - BÄH!

Nein, wir achten auf die Praxis, auf die Hände, auf die Augen, wo hat er seine Blicke - müssen Frauen auf Demos Männer anmachen, weil sie ihre Knüppel in "entspannten" Situationen demonstrativ zur Schau tragen und nicht unter die Jacke packen können, oder achten darauf auch Männer?

Gehen Männer dazwischen, wenn Frauen angemacht werden...beziehen sie darüber einen Teil ihrer Identität des starken, beschützenden Mannes, achten sie immer zuerst darauf, ob die Frau das selber klarmacht - Tritt in die Eier... - oder werfen sie sich gleich in die Arena ..? ("Komm Kleine, jetzt komm ich und schmeiß den Laden!")

So eine Sensibilität, so eine Praxis erwarten wir. Das ist unser Maßstab, unsere Basis, und ohne die läuft aber nix.

> *"Erst in dem Moment, wenn weiße feministische Aktivistinnen nicht nur den Rassismus in der Frauenbewegung eingestehen und auf persönliche rassistische Vorurteile verweisen, sondern der rassistischen Unterdrückung in unserer Gesellschaft grundsätzlichen aktiven Widerstand entgegensetzen, werden wir wissen, daß weiße Frauen sich dem Rassismus ernsthaft und auf revolutionäre Weise stellen. Wir werden wissen, daß sie sich gegen den Rassismus engagieren, sobald sie mithelfen, die Richtung der feministischen Bewegung zu verändern und daran arbeiten, die rassistische Sozialisation abzubauen, bevor sie Führungspositionen übernehmen, Theorien entwickeln oder den Kontakt zu farbigen Frauen suchen, um so nicht der rassistischen Unterdrückung weiterhin Vorschub zu leisten und nicht-weiße Frauen bewußt oder unbewußt zu mißbrauchen oder zu verletzen. Das sind die wahrhaft radikalen Gesten, welche die Grundlage für das Erleben politischer Solidarität zwischen weißen und farbigen Frauen schaffen."* Bell Hooks

Ja, so macht es uns schwer zu schaffen, daß bei Frauen in punkto praktischer Solidarität mit eingewanderten Frauen und Männern zur Zeit eine Lähmung festzustellen ist.



Eine theoretische Auseinandersetzung mit Rassismus halten wir für wichtig, da wir die fehlende Klarheit über Bedeutung und Verzahnung

anderer Unterdrückungsverhältnisse mit Sexismus und Patriarchat für eine Ursache halten, daß dazu wenig entwickelt wird.
Eine weitere Ebene ist, daß - wie beschrieben - entweder ausschließliche "Tiefenforschung" bei sich selber betrieben wird, anstatt Rassismus ebenso als gesellschaftliches Unterdrückungsverhältnis zu sehen.
Oder die Auseinandersetzung schwebt knapp unter der Zimmerdecke und läßt von daher keine praktischen Ansätze mehr sehen.
Was fällt uns dazu ein...(nicht so viel!)?
Straße - alltäglicher Rassismus - garstiges Bedienen von ausländischen Frauen und Männern im Obstladen oder im Supermarkt, Blicke: IIHH sind die dreckig; mitleidige Blicke auf türkische Frauen mit 1000'en Einkaufstüten auf dem Arm; Sozi: Sacharbeiter benutzen ihre Sprachgewandheit, damit die Türkin nix versteht und wenn sie sich umdreht, geht das Gehetze los: "Die sollen doch dahin, wo sie herkommen, Schmarotzer"...
Dann kommt dir Großdeutschland in den Sinn, und da sind sie und du hast sie im Kopf, und ein Wort wird groß "Konfrontation".
Sie, das sind Skins, organisierte Faschisten, faschistische Fußballfans, bräunliche Bürgers, Duckmäuser aber, wenn schlechte Laune, weil mieser Job, nach Untentreter, gegen alles-was-fremd-ist-Treter - AAARRRGGGHHH!!!
Die braune großdeutsche Sauce halt.
Du denkst weiter. Spots: "In der Nacht...wurde von mehreren Unbekannten das Asylantenlager... in ...mit Molotowcocktails und Steinen beworfen. Die Täter entkamen unerkannt, 1 kurdische Frau liegt schwerverletzt im Krankenhaus. Die Polizei tappt im Dunkeln."
Du gehst auf die Straße, da rempeln ein paar Doppelt-Deutsche einen Ausländer an: klopfen Sprüche. Du bist allein und traust dich nicht dazwischen - OHNMACHT - du sagst dir aber, das nächste Mal bestimmt...

In unseren Diskussionen sind wir oft bei Konfrontation gelandet, und dann waren wir schnell bei Angst.
Es ist unter Frauen die Argumentation verbreitet (nicht nur da), sie würden sich von den Faschos nicht die Ebene der Auseinandersetzung aufzwingen lassen.



- Das ist verquere Polit-Argumentation. Es ist natürlich richtig, genau eigene Kräfte und Möglichkeiten gegenüber dem Gegner abzuwägen und nicht in offene Messer zu rennen (im wahrsten Sinne des Wortes). Wir haben aber das Gefühl, daß damit die Probleme, daß viele sich nicht mehr sicher auf den Straßen bewegen können, daß die Existenz von der Willkür des Staates abhängt, der abschiebt und ausweist, damit nur verdrängt werden mit fadenscheinigen Argumenten.



Konfrontation macht Angst. Na klar, aber was heißt überhaupt Angst? Wär doch komisch, wenn die nicht da wär, es ist ja auch zum Fürchten. Oder denken wir Frauen,, wir sind alle als Kampfmaschinen auf die Welt gekommen - starke, funktionierende Frauen?!
Das kann doch nicht euer Ernst sein (hihi, Erna, gröhl!).
Aber sie ist real die Konfrontation. Selbst wenn wir sie nicht realisieren wollen, sei es aus politischer Unklarheit oder aus Verdrängung, für andere besteht gar nicht die Möglichkeit, zu verdrängen, die müssen reagieren.
Das sollte jede sehen und was draus machen.
Es geht um uns!
Wenn z.B. ein gemeinsamer Schutz für Flüchtlingslager organisiert werden soll...Da haben meist nur gemischt-geschlechtliche Gruppen vorerst Kontakte hin...mit denen haben wir wenig zu tun, die arbeiten zu Rassismus, haben zu Sexismus nichts im Kopf, also fehlt die Grundlage, ein Bündis einzugehen...aber was dann...
gar nichts dazu machen ...bei der Abgrenzung stehenbleiben - "außerdem sind bei so Angelegenheiten immer nur diese Macker vor Ort" - Wo tauchen wir dann auf als großer Haufen, sichtbar und stark, nicht untergehend?
Was hindert uns daran, fehlende Strukturen/Kontakte aufzubauen und ein eigenes Verständis von antirassistischem, feministischen Kampf zu entwickeln?
Es gibt sicher eine Menge Erfahrungen: von Frauen, die in Flüchtlingsgruppen gearbeitet haben, von Fantifa-Frauen, die feministische Antifa-Arbeit machen....diese Erfahrungen und Ansätze müssen zusammengetragen und ausgewertet werden, damit nicht immer alle so isoliert vor sich hinwurschteln!
Frauen bekommen alltäglich Gewalt zu spüren...Da schlagen wir zurück. Hier entwickeln wir den Ehrgeiz, Vergewaltiger zu jagen und auszuteilen für die jahrelange, permanente Erniedrigung, die uns entgegenschlägt.

Ja, es geht um notwendige Militanz, organisierte Militanz. Wir wollen neben dem notwendigen öffentlichen Präsent-Sein auf der Straße, die ausdrückt: Wir sind viele,die auf der Lauer liegen, falls einer was passiert, wir sind solidarisch miteinander, paßt bloß auf! noch viel mehr, z.B. die Ergänzung, heimlich, schlau und listig die Vergewaltiger auch wirklich zu bekommen. Das muß genauso organisiert werden.

Wir wollen die Diskussion und Praxis, die auch zielgerichtet die Schweine kriegt, die uns angreifen. Alle Schweine, die Vergewaltiger, die Faschos, die Schreibtischtäter, egal. Um beim Beispiel Vergewaltiger zu bleiben, wenn wir neben der öffentlichen Präsenz gleichzeitig überlegen, wie wir sie wirlich in die Hände bekommen und was wir dann mit ihnen machen können und wie sehr so eine Aktion auch anpowern würde, Mut machen, die Frauen auf die Straße treiben, dann denken wir, sowas von vielen organisiert, solche Überlegungen konsequent und ehrgeizig ans Ende gesponnen, würden uns einen großen Sprung weiterbringen.

Mit dieser sehr ehrgeizigen Haltung fänden wir es gut, wenn alle auch an die anderen "Themen" rangehen. Das betrifft dann wieder die praktische Solidarität mit anderen Unterdrückten.
Um diese Haltung kommen wir nicht drumherum, weil wir bis unter die Haarwurzeln angegriffen werden und es ziemlich nötig haben, uns wirkungsvolle Gegenstrategien auszudenken.
"Selbstbestimmtes Leben" und jetzt womöglich auch noch "selbstbestimmtes Angreifen" - das kann auch Zeichen dafür sein, daß wir uns eines Privilegs bedienen, nämlich weiß zu sein, das heißt, es uns an bestimmten Punkten aussuchen zu können, wann wir in eine Konfrontation gehen, während andere (z.B. eingewanderte Frauen und Männer) schon mitten in der Konfrontation stecken - ob sie wollen oder nicht. Das nur: von wegen "Selbstbestimmung".
Das ist für uns keine Frage von Moral ("Wie könnt ihr nur?"), sondern Ausdruck dessen, wie stark die Unterschiedlichkeit der Stellung von uns und anderen hier ist, warum es so schwer ist, gemeinsam was zu machen, wo die Gräben liegen, wo das Mißtrauen...
Eine ehrliche Diskussion um Ansätze, Perspektiven und Methoden des radikalen, feministischen Frauenkampfes ist mehr als überfällig - Hallo ihr alle - Packen wir's an!

Wir ergänzen noch 2 Kritikpunkte an dem Papier von den Schweizerinnen, die auch miteinander zusammenhängen.
Das wär zum einen, daß wir nicht ganz verstanden haben, wie ihr nun die Methode des bewaffneten Kampfes beurteilt und begreift.
Ihr trefft da sehr absolute Aussagen, die wir immer relativieren würden. Aussagen wie:"*...daß der bewaffnete Kampf zugleich die wirksamste Form der politischen Propaganda in nicht-revolutionärer Periode ist*" oder "*Ob die Chance genutzt wird, ob Teile der Zwischenklassen (Proletariat und Kleinbürgertum) in einen antipatriarchalen Kampf ge-*



zogen und andere neutralisiert (scheußliches Wort übrigens) *werden können, hängt ganz und gar von der autonomen Kraft eines revolutionären Feminismus ab. Diese Kraft beruht absolut nicht auf verbaler Emanzipationshilfe, aber ganz und gar auf dem bewaffneten Kampf gegen Kapital, Staat und resistent patriarchalen Teilen der Zwischenklassen."*



Wir würden immer dazu sagen, daß der bewaffnete Kampf zur wirkungsvollsten Methode werden kann, wenn die inhaltliche Ausrichtung treffsicher in die Situation paßt. Wenn es ihm gelingt anzupowern, Mut zu machen, Kopfkrämpfe zu lösen (bei den Linken), Blicke zu entschleiern und den Feind zu verwirren. Eine Aktion muß natürlich nicht alle Kriterien auf einmal erfüllen. Oft reichen schon weniger aus, um die Aktion zu einer starken Wirkung zu bringen, aber von der Grundlinie her wären das für uns wesentliche Grundbedingungen.

Eine weitere wichtige Voraussetzung ist, daß er optimale Effekte erzielt, wenn er eingebettet ist in Ansätze eines revolutionären Konzeptes, wenn er nicht allein mit diesen Ansätzen steht oder isoliert ausschließlich von der Gruppe selber nur getragen wird (aber auch da gibt es natürlich Ausnahmen, wo man drauf scheißen muß, wie 77, wenn eine ganze Linke sich verabschiedet und entsolidarisiert, kann an dem Punkt natürlich nicht die Methode an sich in Frage gestellt werden, also eine völlige Abhängigkeit von einer so schwankenden Szene wie hier, darf auch nicht sein), sondern sich organisch einbindet in den Diskussionsprozeß der radikalen Linken.

Kriterien gäbe es da noch mehr, und dies ist auch eine Diskussion an sich, aber ihr seht, eure spärlichen Bemerkungen dazu sind uns zu wenig.

Dann haben wir nämlich Schwierigkeiten mit der Absolutierung, da sie gefährlich auf eine Stilisierung hinausläuft, auf eine Stilisierung der Methode und letztlich auch der AkteurInnen selber.

Warum redet ihr nicht auch von "militantem Kampf", was noch mehr an Aktionsformen und -möglichkeiten einschließen würde. Dann müßtet ihr auch nicht ständig betonen, daß bei euch in der Schweiz das "technologische Niveau" so niedrig ist. Das ist sicher auch ein Problem, aber sicher ist es vor allem ein inhaltliches? An dem Punkt ist uns aufgefallen, daß ihr so gut wie gar nichts zu den Frauenkämpfen selber sagt in der Schweiz. Wir kennen uns da nicht so gut aus. Es wäre sicher wichtig, da mehr drüber zu wissen, dann könnte auch besser eine Diskussion über Methoden und welche sind "angemessen" und welche nicht stattfinden. So schwebt das nur als Aussage im Raum.

Um beim Beispiel zu bleiben, wenn ihr mehr von militantem Kampf reden würdet, könnten wir euch gleich erwidern, genau, da liegt u.a. eines unserer Hauptprobleme in der BRD, daß es so wenig Militante gibt. Wenn aber die einzigen Militanten die von der Guerilla wären, dann säßen die und die ganze Linke aber ganz schön auf dem Trockenen - wenn wir bei dem Bild eines "organischen Konzeptes" bleiben - politisch und nicht strukturell gemeint. Militanz insgesamt und überall, Subversion in der Luft, im Herzen und in jeder unserer Handlungen!

Die Kraft beruht natürlich nicht auf emanzipativer Argumentationshilfe, aber absolut auf der inhaltlichen Ausrichtung des Kampfes, der Entwicklung der Persönlichkeiten der Kämpferinnen und Kämpfer und der parallel entwickelten revolutionären Kampftechnik.

Wenn ihr dann vom *"fortgeschrittensten Beispiel in dieser Richtung"* die *"bewaffneten Gruppen schwarzer Frauen in Südafrika, die Vergewaltiger liquidieren"* heranzitiert, um eure These der Bedeutung des bewaffneten Kampfes zu belegen, werden wir ziemlich stinkig. Wir finden es dreist, das Beispiel so herauszugreifen, ohne ansonsten mehr über den Prozeß von schwarzen Frauen in Südafrika zu erfahren, wie dort ihre Strukturen aussehen, wie sie mit Repression umgehen, wie "tragfähig" die Zusammenhänge sind etc. - was bleibt ist die Radikalität der Methode. In der Form, wie ihr das aus dem Zusammenhang rausreißt, ist das eine Instrumentalisierung der Kämpfe der Frauen dort.

Aus diesem schrägen Verhältnis zum bewaffneten Kampf resultiert dann für uns euer opportunistisches Verhältnis zur RAF.

Auf der einen Seite kritisiert ihr sie sehr stark inhaltlich (Seite 7), wenn auch schon fast durch die Blume.

Wir wetten 10 Kästen Bier, Sekt, Selter oder Saft, daß bei sämtlichen anderen gemischt-geschlechtlichen Zusammenhängen ihr bei solchen inhaltlichen "Korken", wie die von euch analysierten, nur noch mit dem Holzhammer draufhauen würdet.

Wenn schon eine inhaltliche Polemik beginnen, dann richtig und ordentlich. Die kann auch solidarisch sein.

Ihr würdet einer dermaßen ignoranten Haltung nur mit der absoluten Mißachtunge begegnen und sagen, pah, wir sprechen uns in 10 Jahren wieder, wenn der militante Frauenkampf auch dem letzten Trottel eine Macht in den Weg gestellt hat, daß kein Vorbeikommen mehr möglich ist. Diese Diskrepanz ärgert uns außerordentlich.

Die Äußerungen der Gefangenen sind auch nicht ständig aus eurer Kritik herausnehmbar, wie ihr das tut:

"Der gemeinsame radikale Bruch und die sich dann erschließende revolutionäre Politik bedeuten ohne jeden Zweifel die Tiefste aller Beziehungen"..."Ihr nennt die Voraussetzungen befreiter, "menschlicher" Beziehungen klar und deutlich: "der radikale Bruch mit dem System Alltag". Aus eurem Mund heißt das: bewaffneter Kampf mit all seinen Konsequenzen. Abseits vom radikalen Bruch (= ausschließlich bewaffneter Kampf?!? Protest!!!) *abseits vom kontinuierlichen und bewußt vorantreibendem Kampf...gibt es nichts als den öden Kreiskauf links-alternativer Reproduktion der Arbeitskraft."*

Da haben wir noch einmal Heiterkeitsanfälle gehabt. Natürlich gehört es zu unserem Selbstverständnis, sowas wie einen "radikalen Bruch" zu leben, das auch kontinuierlich und bewußt...und vorantreibend. Aber mit den Beziehungen untereinander - vielleicht findet ihr es jetzt frech, daß wir uns jetzt mit der Guerilla "vergleichen"? - wir denken, das liegt doch auf der Hand, daß dir vor allem in Streßsituationen, die eine solche Arbeit mit sich bringt, die patriarchale Scheiße nur so um die Ohren fliegt (zisch!). Das hat nichts damit zu tun, daß die Beziehungen nicht außerordentlich "tief" sind (auch wenn das dann auch nicht für alle gilt, wie das halt bei Gruppen so ist). Es zischt immer wieder.

Dann gibt es keine Zeit, die Streitigkeiten aufzulösen, weil Termine eingehalten werden müssen, du Verpflichtungen anderen gegenüber hast usw.

So hat es zwei Seiten: auf der einen Seite verbindet das Projekt, auf der anderen Seite erschweren die Bedingungen die Möglichkeiten, bis ins Letzte oder Vorderletzte "genau" miteinander umzugehen - auch oft nicht dann, wenn du das willst, sondern wenn das Projekt es dir erlaubt. Du kannst die Männer, wenn sie Scheiße gebaut haben, oft ja nicht einfach sitzen lassen, weil du vielleicht grad was am koordinieren bist und daher aufeinander angewiesen, dann bist du genervt, gereizt, die auch na Halleluja!

Jede Stilisierung der Guerilla finden wir daher aus unseren Erfahrungen falsch. Da ist sicher genauso wenig Friede, Freude, Eierkuchen, wie woanders auch nicht. Selbst wenn sie es behaupten würden - wir würden es nicht glauben, weil es allen Erfahrungen entgegensteht und auch der objektiven Seite: Daß es nicht um einen einmaligen Bruch geht und danach ist klar Schiff, sondern es ein mühsames Ringen umeinander ist, was an die Substanz geht und absolut nichts Glattes ist.

Das wollten wir euch zum Schluß noch sagen.

Wenn ihr euch nicht nochmal öffentlich meldet, dann schreibt uns doch zumindest mal einen Brief!!!!

GEGEN DIE DEUTSCHE EISZEIT !

FEUER UND FLAMME

Dieser Text ist aus der BARRIO Nr 8 (Zeitung aus Bielefeld) geklaut.

FÜR STAAT UND PATRIARCHAT !!

EIN DISKUSSIONSBEITRAG

Der fast schon beängstigende und längeranhaltende Zustand von Orientierungslosigkeit in autonomen und radikalen Zusammenhängen wirft Fragen auf, über die wir diskutieren sollten. Das betrifft nicht nur die zerklüfteten, zerstrittenen oder abgezirkelten Kleingruppenpolitik autonomer Kräfte, die hier in dieser Stadt beziehungslos vor sich her dümmpeln, die zu kaum einer gemeinsamen(!) spontanen Aktion in der Lage scheinen. Die Situation autonomer Gruppen scheint mir auch in anderen Stödten, abgesehen von einigen High-Lights, nicht die Beste.

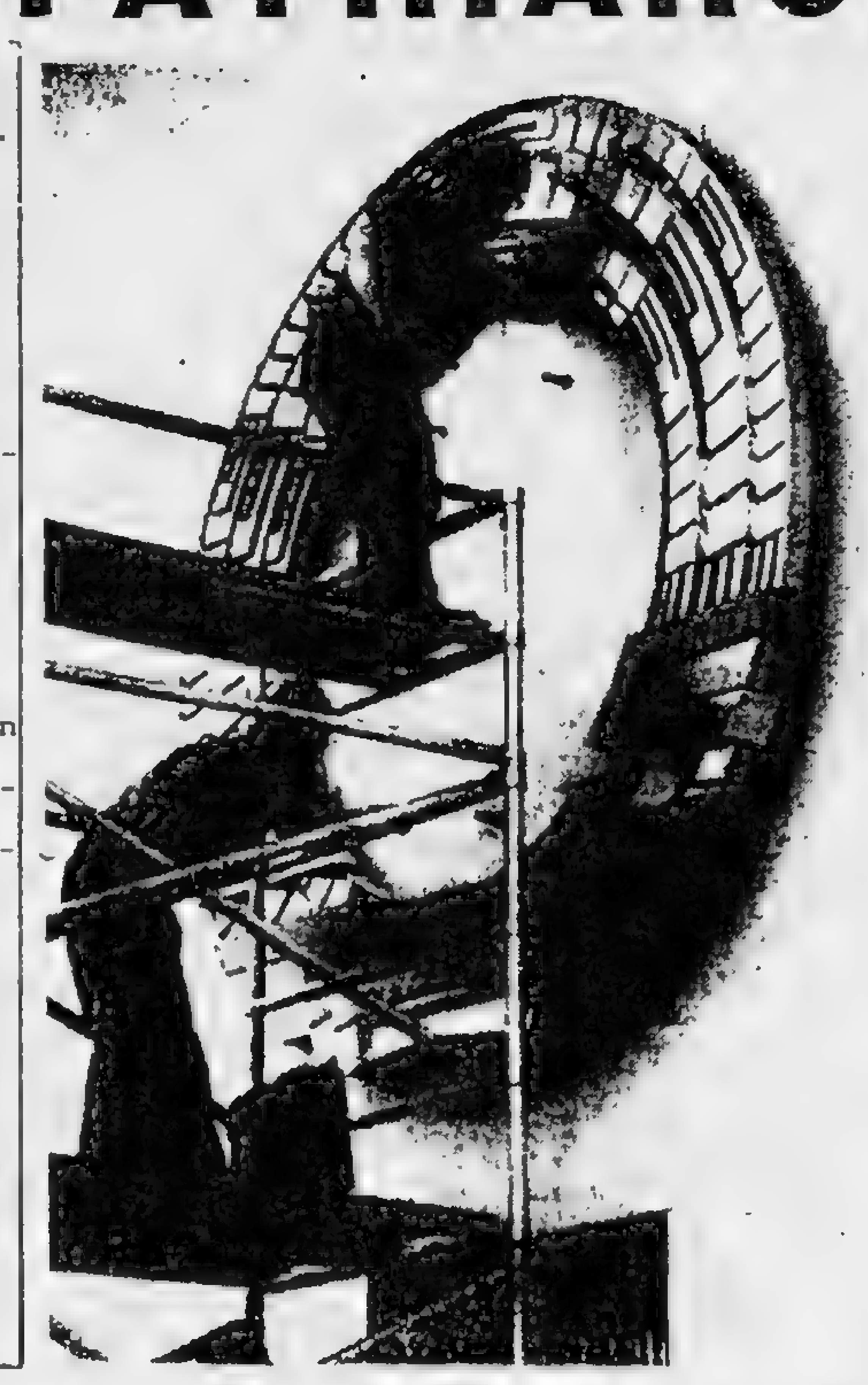
Dabei stellen wir noch immer eine gewisse politische Kraft dar, im Gegensatz zu vielen anderen politischen Gruppen.
Wir müssen weder, wie die selbsternannte "Radikale Linke", unsere parlamentarische Vergangenheit bewältigen noch wie viele K-Gruppenreste den Zusammenbruch des realunsozialistischen Systems verarbeiten, der politischen Orientierung beraubt.
Auch wenn es unter uns ausgeprägte patriarchale Machtstrukturen gibt, schlagen wir uns immerhin nicht mit einer Parteihierachie rum, bzw. mit einer schwer zu mobilisierenden Basis.
Die Probleme anderer hinter uns lassend, wenden wir uns den eigenen Fragen zu.

Der Verlauf des Artikels den Du/Ihr jetzt in den Händen haltet, versucht eine kurze globale Einschätzung der Großdeutschen Situation. Möglicherweise erlaubt uns die Einschätzung der Situation Klarheiten für Interventionsfelder autonomer/anarchistischer Politik.
In dem Zusammenhang werdet Ihr die "Soziale Frage" thematisiert finden. Zu guter Letzt werdet Ihr den Versuch vorfinden, die Situation in dieser Stadt zu reflektieren und einige Fragen anzureißen, die zur Beantwortung drängen.
Der Beitrag versteht sich insgesamt als Beitrag für eine Diskussion, die möglichst kreuz und quer geführt wird, um wieder in eine gemeinsame Offensive zu kommen.

Der Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen ist dazu notwendig, es bleibt die Suche nach den Wegen.

Vorab ein Zitat von Ingrid Strobl. Die Gute wird ja mittlerweile von allem möglichen Linken bemüht, wenn es um die Untermauerung der eigenen Positionen geht. Da sie aber einige Sachen schlauer zu sagen weiß, sei´s drum:

"Angesichts dieser Situation, angesichts dieses umfassenden Etappensieges des Imperalismus und damit auch von Sexismus und Rassismus, liegt es nahe, zu resignieren. Liegt es nahe sich am Wettrennen um die letzten Nischen im System zu beteiligen, und das schlechte Gewissen damit zu beruhigen, daß Widersatnd gegen diesen überlegenen Gegner selbstmörderisch wäre.
Ich will hier keine Durchhalteparolen aus dem Knast plärren. Ich kann hier keine konkreten Handlungsvorschläge machen. Ich weiß nur, daß angesichts dieser Situation, oder gerade aufgrund dieser Situation, weiterhin Menschen geben wird, die Widerstand leisten. Die die praktische Solidarität mit den ausgesonderten nichtarischen und nichtweißen Menschen nicht nur fortsetzten sondern intensivieren werden. Nicht als edle Ritterinnen und Ritter, sondern weil sie selbst unter den herrschenden Verhältnissen nicht atmen können. Wir müssen uns warm anziehen, aber so, daß wir dabei beweglich bleiben können." (Anhang: 1)



FEUER UNTER DEN ÄRSCHEN DER HERRSCHENDEN ?

EIN DISKUSSIONSBEITRAG, NICHT NUR FÜR AUTONOME UND ANARCHISTINNEN...

DEUTSCHLAND..UND WAS MACHT DAS VOLK

Die Hoffnung einiger Linker, in dem Vakuum des zusammenbrechenden Staatssozialismus würde etwas in unserem Sinne positives entstehen, wurde schnell gedämpft. In dem Vakuum konnte sich nur die Propaganda des "Einen Deutschlands", des Konsums und der Wunsch nach Teilhabe an der Macht, durchsetzen. Zu schwach war unsere(?) eigene Position, als daß wir die Kraft der Ausstrahlung hätten, die nötig gewesen wäre, um Alternativen aufzuzeigen.

Aber andererseits; wie hätte in der DDR ein Bewußtsein in der Stärke entstehen können, welches Frauen und Männer beflügelt hätte, eine Neudefinition von Sozialismus auf den Trümmern des Staatssozialismus und dessen Hierachie und Unterdrückung zu wagen. Zu stark hatte eben jener "Sozialismus" die Oppositionellen Kräfte unterdrückt und verfolgt und eine Unterwürfigkeit und Anpassung an die Linie der herrschenden Männerriege abverlangt, so daß eine Opposition nur langsam Stärke enzwickeln konnte. Und diese reichte gerade mal aus, als vorreitende Kraft den ganzen, in Rassismus und Sexismus gehaltenen Menschen den Weg durch das Brandenburger Tor zu bahnen.

Alles, alles geht kaputt....

Der überfällige Zusammenbruch des Staatssozialistischen System kündigte sich bereits vor Jahren in form der Perestrojka an. Die Unterwerfung der Sowjetunion, welche nach dem Faschismus nicht militärisch gewagt wurde und lange Zeit nur in Stellvertreterkriegen seinen Ausdruck fand, wurde letztendlich auf dem wirtschaftlichem Schlachtfeld gewonnen.

"Die Entspannungspolitik war niemals diese treuherzige Aussöhnung mit der Realität des sozialistischen Blocks, als was sie sich verkaufte. Im Gegenteil: Der Ostblock hatte sich für das Linsengericht seiner Anerkennung als Handels und Verhandlungspartner und der damit vermeintlich verbundenen Anerkennung seiner Existenz den schleichenden Zugriff des "freien Westens" auf seine ökonomische und politischen Strukturen eingehandelt"...(Anhang 2)

"Die sowjetischen Führer müssen wählen zwischen einer freiwilligen Änderung ihres kommunistischen Systems in die vom Westen verfolgte Richtung oder in den Krieg ziehen." (Anhang 3)

"Hinter dem Willen zur Unterwerfung auch dieses letzten Bereichs des Globus unter kapitalistischen Verwertungs und Akkumulations(=Anhäufung)bedingungen scheint das Projekt der Zukunft herrauf. Denn eine dem westlichem Imperalismus gänzlich zur Nutzung unterworfene Welt ermöglicht auch ganz andere Formen der Reichtumsakkumulation und der Herrschaftssicherung." (Anhang 4)

Die Perestrojka war und ist der Ausverkauf der Sowjetunion. Daß ein Teil der Linken, deren Orientierung an der UDSSR/DDR verlief, jetzt in eine (orientierungs-)krise fallen, ist zwar traurig, aber auch gut so. Zulange besaß der Staatssozialismus eine ihm völlig ungebührende Ausstrahlungskraft in den Köpfen und in der Praxis der Linken, einschließlich einiger autonomer Gruppierungen.
Selbst die Unterstützung von Befreiungsbewegungen auf internationaler Ebene waren taktischer Natur. Wenn auch für diese nicht unwichtig, waren sie trotz allem nur die Trümpfe in den Händen der sich bekriegenden Großmächte, die sich wirtschaftliche, politische und militärische Einflußbereiche erhalten wollten.



Auch wenn so einige Linke durch den Zusammenbruch an politischer Orientierung verloren haben, ist doch aber Platz für neue utopische Ansätze entstanden.
Revolutionäre feministische und anarchistische Positionen werden für die Entwicklung herrschaftsfreier Utopien und den Kämpfen darum an Bedeutung gewinnen.

...und die Feindbilder...?

Das entstandene Vakuum des Zusammenbruchs im Osten wird sichtbar vom Westen ausgefüllt. Der Kapitalismus, mit seinem wirksamsten Propagandamittel, dem Konsum als Ideologie, ist Gewinner im Kampf zweier patriarchalen Systeme (hüben wie drüben Männerideologie an der Macht).

Eine schwache revolutionäre Linke steht gleich mehreren Problemen gegenüber. Das erste betrifft ihr eigenes Überleben als (wenn auch zugegebenermaßen schlecht) organisierte Kraft. Der Zusammenbruch des "Ostens" bedeutet den Wegfall eines wichtigen Feindbildes, welches lange Zeit die Funktion hatte, das "Westvolk" in Abgrenzung zu den "Roten" mobilisieren zu können. Diese Feindbildmobilisierung wird in Zukunft auf internationale Ebene noch stärker auf die Trikontländer (sogen. 3 Welt) abzielen.

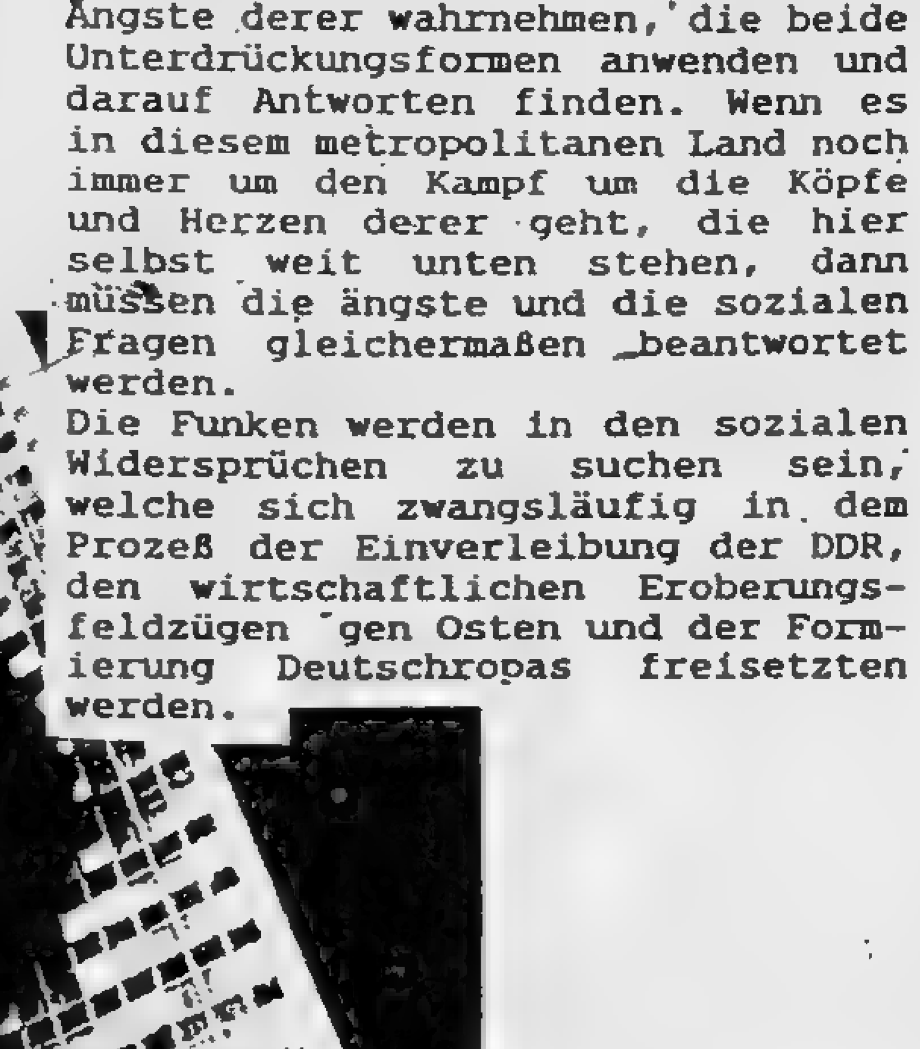
Gerade aber auch die sich möglicherweise entwickelnden sozialen Spannungen, die sich durch die Dynamik der Einverleibung der DDR und der gleichzeitigen Formierung Europas ergeben könnten, machen auf nationaler und europaweiter Ebene die Notwendigkeit neuer Feindbilder aus. Es geht dabei um die konterrevolutionäre Mobilisierung der (unzufriedenen) Menschen gegeneinander. Vorrangig werden dies vor allem Nicht-EG-"AusländerInnen" zu spüren kriegen. Möglicherweise aber auch Schwule, Lesben, nichtangepaßte Frauen, sozialschwache Gruppierungen, Krüppel, sowie eine Linke, die das Wörtchen "Radikal" nicht nur als Schlagwort gebaruchen. Also all jene, die der dummdeutschen Norm widersprechen und jene die am politischradikalen Widerstand festhalten und neue theoretische und praktische Ansätze suchen.

Eine Linke, die in dem Umgestaltungsprozeß Deutschropas noch in der Lage ist mobilisierend in soziale Spannungen einzugreifen und Orientierung durch Inhalte und weitervermittlung von Erfahrungen zu bieten, muß den Herrschenden ein Dorn im Auge sein.

In diesem Zusammenhang bekommen die europaweiten Angriffe auf Strukturen der Linken einen ganz anderen Sinn. Es sind die ersten Ergebnisse der Aufstandsbekämpfung im "Schengener Abkommen" festgehalten. Die Isolierung von spanischen Gefangenen sind ein Teil der Ergebnisse aber auch die Angriffe auf autonome und anarchistische Strukturen. Da gehören die Räumungen in Mailand (Centro Sociale) erwähnt, ebenso die besetzten Häuser in Kopenhagen und in den Niederlanden (Groningen). In den Niederlanden wurden die sich wehrenden HausbesetzterInnen sogar über Wochen inhaftiert und anschließend mit 129 § ähnlichen Verfahren überzogen, die an ihnen juristisch erprobt wurden. Auch die in der TaZ durch Hamburgs Verfassungschef Lochte bis Ende dieses Jahres angekündigte Räumung der Hafenstrasse ist in diesem Zusammenhang zu sehen, wenn er von der Zerschlagung der Zusammenhänge spricht. All das läßt die europaweiten Dimensionen der Angriffe erahnen, die da noch ausstehen können.

Vom Funken zum Steppenbrand...

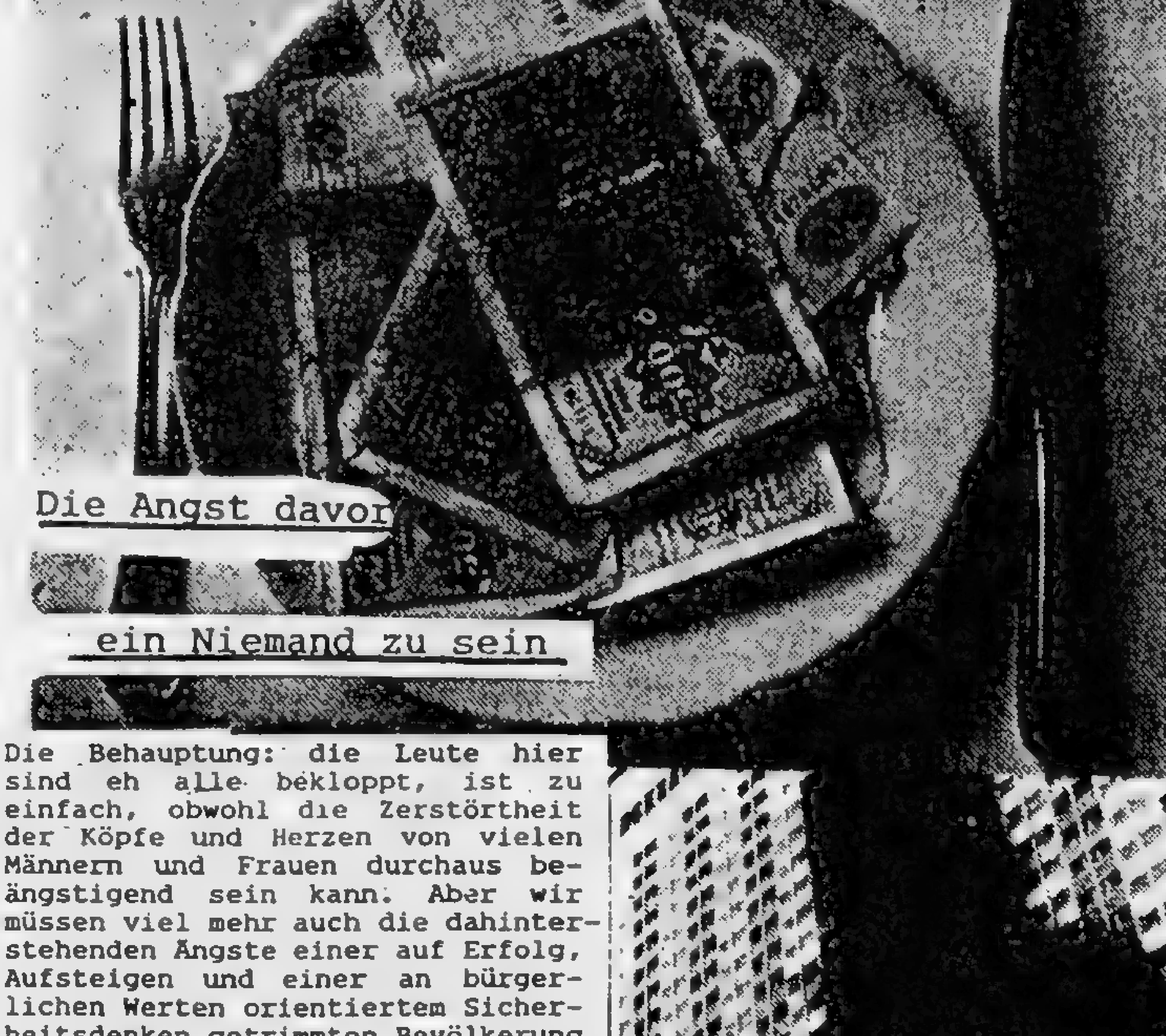
Jetzt in Resignation zu verfallen, wäre bereits ein unverzeihlicher Fehler. Ebenso wie das Kaninchen auf die Schlange der Repression zu starren, um hinterher trotzig unser " Da seht ihrs, wir hatten Recht", wäre ein vorzeitiges Aufgeben und zudem reichlich unpolitisch.



Die Herrschenden wissen auch um die Gefahr des Funken zum Steppenbrand. Genau darüber sollten wir uns mehr Gedanken machen ohne den Schutz unserer Strukturen zu vernachläßigen.

Der sowieso permanent vorhandene Sexismus, Rassismus und Nationalchauvinismus werden mit den momentanen Unzufriedenheiten anwachsen. Die Unzufriedenheiten werden von den Herrschenden kanalisiert werden.

Die Pornoindustrie hat längst die ersten Läden in der DDR eröffnet und der Frauenhandel am Alex gehört schon genauso zur Realität im Osten, wie die Prostitution auf dem Polenmarkt. Auch Übergriffe durch Skins und Faschos auf besetzte Häuser sind in Ostberlin Alltag sowie die Jagd auf AusländerInnen.



Die Angst davor ein Niemand zu sein

Die Behauptung: die Leute hier sind eh alle bekloppt, ist zu einfach, obwohl die Zerstörtheit der Köpfe und Herzen von vielen Männern und Frauen durchaus beängstigend sein kann. Aber wir müssen viel mehr auch die dahinterstehenden Ängste einer auf Erfolg, Aufsteigen und einer an bürgerlichen Werten orientiertem Sicherheitsdenken getrimmten Bevölkerung wahrnehmen. Die Angst ist sozialer Art und bemißt sich an dem: Ich bin , was ich habe (und wer noch noch alles unter mir steht). Es ist in diesem reichen Land (noch?) nicht die Angst vor dem Hungertod, sondern die Angst davor, daß da welche kommen könnten, die uns alles wegfressen. Niemand will unten stehen, und an dem am Konsum orientierten Werten nicht mehr teil haben können.

Um den Sexismus und Rassismus bekämpfen zu können, müssen wir, meiner Meinung nach, auch die Ängste derer wahrnehmen, die beide Unterdrückungsformen anwenden und darauf Antworten finden. Wenn es in diesem metropolitanen Land noch immer um den Kampf um die Köpfe und Herzen derer geht, die hier selbst weit unten stehen, dann müssen die ängste und die sozialen Fragen gleichermaßen beantwortet werden.

Die Funken werden in den sozialen Widersprüchen zu suchen sein, welche sich zwangsläufig in dem Prozeß der Einverleibung der DDR, den wirtschaftlichen Eroberungsfeldzügen gen Osten und der Formierung Deutschropas freisetzten werden.

Sexismus und Rassismus

Bei der gesamten Auseinandersetzung darf Sexismus und Rassismus nicht als Schmiermittel des Kapitalismus interpretiert werden. Der permanente historische Fehler der männlichen Linken, Rassismus und Sexismus zum Nebenwiderspruch zu verdammen, wird der Bedeutung patriarchaler Männerherrschaft nicht im geringsten gerecht. Die Beantwortung der sozialen Fragen lassen sich von der AUseinandersetzung um Rassismus und Sexismus nicht trennen

(für weiße Männer nach wie vor ein blinder Fleck).

Wat is´n die soziale Frage...?

Autonome Praxis ist zu oft von einem subjektiven Herangehn geprägt, daß uns unsensibel für die Situation anderer menschen macht, auf die es sich politisch zu beziehen gilt. Nach wie vor fällt es uns schwer zu Themen kontinuierlich zu arbeiten oder uns spontan zu verhalten, wenn diese wenig mit unserer Alltagssituation zu tun haben. Das aber darf eigentlich kein Maßstab sein, solange wir an der Entwicklung gesellschaftlichen Widerstandes festhalten.

Es gibt unter uns ein mangelndes Bewußtsein, der Bedeutung der sozialen Frage für eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Es kann nicht darum gehen, alle Männer wie Frauen zu Autonomen zu machen, sondern als autonome Kraft in gesellschaftliche Entwicklungen miteinzugreifen, und den Kampf mit anderen gesellschaftlich unterdrückten Gruppierungen gegen die Herrschaft zu entwickeln und voranzubringen.

am Beispiel des autonomen Antifabegriffs...

Der gängige autonome Antifabegriff hat den "reformistischen" Gruppen insofern einige Klarheiten voraus, als daß er sich (militant) gegen den Staat bestimmt. Faschisten sind Teil der herrschenden Gesellschaftsstrukturen. In gewissen Zeiten wird auf ihre flankierende Hilfe zur Einschüchterung oppositioneller Kräfte und vermeintlicher AußenseiterInnen, zurückgegriffen. Der Terror kann sich bis zu den Todesschwadronen entwickeln. 1933 sorgten Teile des deutschen Großkapitals dafür, daß die Staatsmacht in die Hände der Faschisten floß.

Eine Verbotsforderung an den Staat bezüglich faschistischer Gruppen verkennt deren Zusammenhänge. Problematisch an dem von uns praktizierten Antifabegriff ist allerdings, daß er sich weitgehenst nur an den Faschisten reibt. Inhaltlich ist er bei der Organisierung von Gegenangriffen und/oder Selbstschutz stehen geblieben. Die richtige Parole "Ausländer(innen)" bleiben, Nazis vertreiben" findet nicht ihre Umsetzung, diese Worte bleiben zur Hälfte Anspruch...

und seine inhaltliche Erweiterung..

Die Überlegungen autonomer Antifa-Gruppen müssen über die (militante Gegenwehr hinaus um eine antirassistische Praxis kreisen, die sich an der sozialen Situation anderer Gruppen orientiert, im Bestreben, gemeinsame Kämpfe gegen die staatliche Gewalt zu entwickeln.

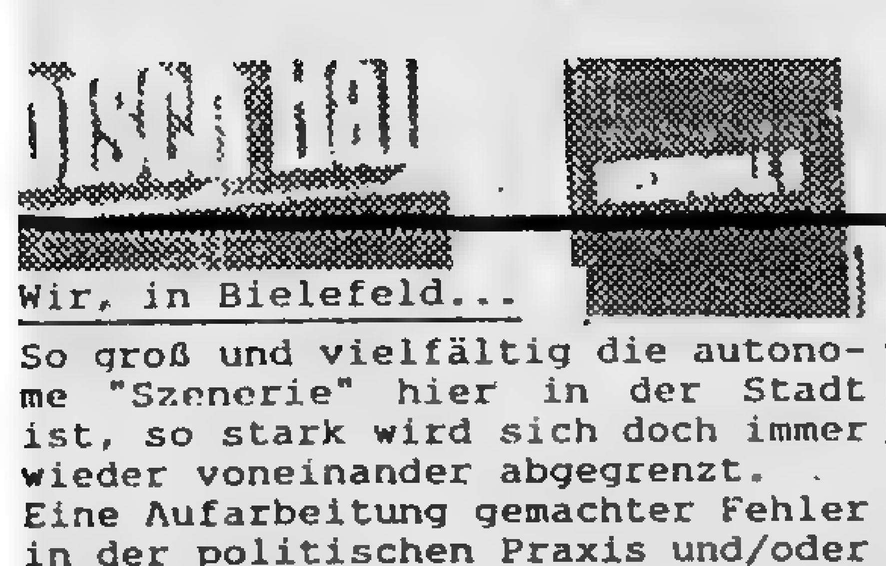
Ziel solcher Überlegungen müßte der Aufbau eines politischen Drucks sein, der den Angriffen von Parteien, Behörden und den Bonzen derart entgegensteht, sodaß z.B. Abschiebungen nicht, oder nur zu einem hohen politischen Preis, durchgesetzt werden können. Dazu gehört zudem die Herausbildung eigener Strukturen, die insofern eine Ausstrahlung und Perspektive für rassistisch verfolgte Frauen, Kinder und Männer bietet, als das wir in der Lage sind, z.B. ausgewiesene Menschen dem Zugriff des Staates entziehen zu können.

Die Begehung von "Ausländer(innen)"ämter, als die Institutionen der Erfassung und Aussonderung, die Gerichte als unrechtsprechende Organe, derenRichterInnen und Staatswälte, Wohnungs- und Hausbesetzungen, die die Erzwingung anderer Unterkünfte zum Inhalt haben, Aneigne- und Umverteilaktionen als sozial Schwache und Flüchtlinge, sind genauso als Teil von antirassistischer Antifa-Arbeit zu verstehen, wie die praktizierte Zerschlagung faschistischer Organisationen und die Störung von Propaganda(veranstaltungen) und Aufmärsche.

Theoretische Erkenntnisse aus linksradikalen Publikationen sind Windeier, wenn nicht gleichzeitig die Auseinandersetzung um die Situation von "AusländerInnen" in der eigenen Stadt läuft. Wo werden welche Gruppen wie behandelt, wieviel Geld, was für Unterbringungen, was sind ihre alltäglichen Angriffe durch Behörden, Bullen und Faschos. Warum sind autonome Gruppen in der Regel nur Deutsche? Was sind spezielle Situationen von Frauen wie Nichtanerkennung sexistischer Fluchtgründe, sexistischen Angriffen in der BRD durch (Ehe-)männer und Heiratszwang.

Antworten auf diese Fragen werden über persönliche und politische Kontakte von den betroffenen Frauen, Männern und Gruppen kommen. Schaffen wir also diese Kontakte, beziehen wir uns politisch weiter, als nur zum Rand autonomer Suppenschüsseln. Ein relevanter, gesellschaftlicher Widerstand, wird nur über die "sozialen Fragen" möglich werden, hier am Beispiel autonomer Antifa-Politik zu verdeutlichen versucht. Alles andere bedeutet unsere eigene Isolierung, bietet den ReformistInnen Platz zur Verschleierung der Wirklichkeit und wird zu unserer eigenen Zerschlagung mit beitragen...





...Feuer und Flamme für...

Wir, in Bielefeld...

So groß und vielfältig die autonome "Szenerie" hier in der Stadt ist, so stark wird sich doch immer wieder voneinander abgegrenzt. Eine Aufarbeitung gemachter Fehler in der politischen Praxis und/oder an unseren inneren Strukturen, wird im autonomen Rahmen seltenst unternommen. Ein Lernen bleibt infolgedessen individuell und wird nicht zu einem gemeinsamen Prozeß.



Kamphof- und HausbesetzerInnen-Block bei Rathausdemo

Bei der Herausbildung wirklicher Gemeinsamkeiten versetzten wir uns in die Lage auch gemeinsam handeln zu können. Unsere versprengten Kräfte ließen sich bündeln und hätten mehr Wirkung.
Also das Fazit, kurz und schmerzlos: Diskutieren wir mehr miteinander statt gegeneinander !!

Gruppen kommen, Gruppen verschwinden. Offene kontroverse Diskussionen bleiben Kleinstzirkeln vorbehalten. Und die sind meist eh einer Meinung. Verschiedene Positionen werden nicht miteinander diskutiert. Unterschiede stehen im größeren Rahmen nur als unausgesprochene, somit undiskutierbare inhaltliche (und persönliche?) Differenzen im Raum. Es folgen Abgrenzungen. Der weg zur Angiftelei ist oft übergangslos... Mann/Frau treibt es soweit, sich zum Teil nicht mehr zu grüßen...

über autonome Antifa...

Sang und klanglos verabschiedete sich die autonome Antifa aus dem Leben. Woran sie scheiterte, bleibt im Dunkeln autonomer Geschichte. Waren es überhöhte Ansprüche, zu revidierende politische Orientierungen und/oder patriarchale Strukturen...

..und Kamphof mit und ohne Hütte...

Auch die Hütte wurde meiner Meinung nach nicht nur vom SEK geräumt, sondern bereits zuvor von ihren BenutzerInnen aufgegeben. Eine ebenfalls angebrachte Aufarbeitung dessen, ist mittlerweile als heißes Eisen zur Bedeutungslosigkeit verglüht. Mann und Frau orientierten sich um. Und so ist es nicht verwunderlich, wenn uns die so liebgewordenen schrillen Töne aus dem Kamphof bisher ausgeblieben sind.
Mit Ende der Hütte kam auch das Ende eines losen, zu Begin so lebendigen Zusammenhangs, der sich zum Schluß hin noch gerade seiner/ihrer Verantwortung bewußt, dahin schleppte.
Ohne schmerzliche Auseinandersetzungen zweier Projekte krampfhaft erzwingen zu wollen, läßt sich vielleicht für zukünftiges noch daraus lernen. So hätte ich konkrete Kritik von außerhalb für die Hütte sinnvoll gefunden.

Und die Steine der weisen Frauen und Männer...

Bekanntlich(?) hat niemand die Weisheit um den richtigen Weg in eine herrschaftsfreie Gesellschaft mit Löffeln gefressen. Und die Steine der weisen Frauen und Männer werden von keiner Gruppe isoliert gefunden werden können, sondern entwickeln sich im Verlauf der Auseinandersetzungen und Lernprozeße um die eigenen Fehler, das verarbeiten von Kritik (und Loben natürlich!) durch andere Gruppen. Mit der Erkenntnis wachsen auch die Steine in unseren Händen und die Wucht, mit der wir ihre Ziele bestimmen. Unsere Diskussionskultur ist aber sehr gering. Widersprüche werden kaum ausgehalten, bzw. positiv verarbeitet. Abgrenzungen sind schneller bei der Hand, als die ehrliche Feststellung, selber unklar und unsicher zu sein. Auch die Gefahr, zerpfügt zu werden, wenn Mann und Frau unklare Positionen in den Raum stellt, ist nicht gering. Gerade an der Klärung von Widersprüchen liegen aber die Chancen, unsere Politik und Strukturen(!) positiv weiterentwickeln zu können.

Wat's happen in town...

Für alle, auch für uns als Propagandisten des Wahlboykotts (weil untaugliche Alternative zur sozialen Revolution..hüstel) kam der Machtwechsel im Rat äußerst überraschend und traf uns unvorbereitet. Verunsicherung war bei vielen von uns die erste Reaktion. Die Finanzspritzen, mit der die RatsSPD an der Harmonisierung von Widersprüchen und der Integration von kulturellen und politischen Projekten mit Duldung von Grünen arbeitete, saßen tief im Fleisch einer trägen und kritischen "links/progressiv" orientierten Szenerie.
Das drohende Ausbleiben dieser ach so beliebten Spritzen ins dickgewordene Gesäß trieb immerhin 5000 Menschen auf die Straße. Aber sowohl bei der Hüttendemo, bei der Demo von "AusländerInnen" gegen Verschärfung der Gesetze, als auch bei den nachfolgenden Kürzungen im Sozialbereich wurde angesichts fehlender Motivation und Beteiligung der dünne Boden sichtbar, auf dem die "Rathausdemo" des Bündnis stand. Vielen ging es eben doch nur um "ihr" Projekt. Es fehlte sowohl an praktizierter Solidarität, als auch an dem Verständnis, existenzielle Probleme anderer Gruppen und Menschen zum eigenen zu machen.

Doch wie weiter...

Trotz aller Kritik gelang dem Bündnis eine Demo mit ca. zu Begin 2000 Leiten gegen das Prestigeprojekt der Stadt. Nur unter dem Schutz ihres miesen SonderEinsatzKommandos(SEK), zu jeder Schweinerei bereit, konnte das Fresse durchgeführt werden (Siehe an anderer Stelle in der Barrio). Und auch wenn in der Stadthalle alles weitgehend unter Kontrolle blieb, so war unser Spektakel vor der Tür doch ein Ärgernis.
Trotz innerer Widersprüche im Bündnis (Autonome verließen dieses zeitweilig) bewieß es Mobilisierungsfähigkeit. Die Beteiligung möglichst möglichst vieler linksorientierter Gruppen bleibt solange wichtig, wie das Bündnis Ort außerparlamentarischer oppositioneller Ideen und Aktivitäten bleibt.
Problematisch allerdings ist die bisherige inhaltliche Ausrichtung zu betrachten. Mit der bisherigen Anti-Rotstift-Politik, die in der Rathausdemo und auch bei der Stadthalle zum Ausdruck kam, läßt sich langfristig kein politischer Boden gewinnen. Ein Großteil von Kürzungen sind abgeschlossen, einige werden noch folgen. Folglich wird sich daran auch kaum ein weiterer Widerstand entwickeln lassen.
Um dem wirtschaftsreaktionärem "Bürgerblock" aber weiterhin die Stirn zu bieten und daraus auch Stärke beziehen zu können, müssen wir an die Projekte und Schweinereien politisch ansetzen, wo die Bonzen und Unternehmer, Bullen und

...gischen Punkten sollte nicht nur das Bündnis präsent sein, sondern auch Autonome/Anarchistische Gruppierungen, und entsprechende Inhalte angemessen rüberbringen.

Abschiebungen verhindern...

So war und ist es richtig, daß sich das Bündnis zu den bevorstehenden Abschiebungen verhällt und deren Verhinderung überlegt. Dem Ausmaß rassistischer Hetze und Stimmungsmache gegen Flüchtlinge, kann zur Zeit nur noch mit einer gemeinsamen Initiative begegnet werden.

..und die Nazibanden zerschlagen..

Mit der Etablierung einer wirtschaftsreaktionären Partei im "Bürgergewand" gelang dem in faschistoider Tradition wirkende Oetkerklan (Kosolvsky, Wahlkrampfunterstützung der NPD 1967, BüM) auf dem parlamentarischem Parkett ein Erfolg. Vorangegangen war dem bereits die erfolgreiche Errichtung des NF-Zentrums in der Bleichstraße. Trotz der weitgehenden politischen Isolierung (Erfolge politischer Gegenarbeit) des Zentrums steht es als gewaltätige Drohung gegen "AusländerInnen", Linke, Schwule, Lesben und unangepaßte Frauen sowie Punx ebenso im Raum wie die gegen uns und sozialschwache Menschen gerichtete Politik des "BürgerMobs" im Rat.
Wenn in Berlin Hatz auf alles gemacht wird (oder in Halle), was nicht der dummdeutschen Norm widerspricht, oder im Faschohaus in Ostberlin Bielefelder Neonazis ausgemacht werden, oder wenn eine sowieso schon erbärmliche, staatliche Unterkunft für Flüchtlinge in Bayern von NF-lern niedergebrannt wird, dann wird deutlich, daß das Faschohaus in der Bleichstraße nach wie vor weg muß! Wir haben wohl oder übel in dieser(!) Stadt die Verantwortung, darüber nachzudenken wie wir die Schliessung dieser Organisationstätte erzwingen können! Auch in einer Kampagne gegen Abschiebungen gehört die Schließung der Bleichstraße als politische Parole dazu.

....und die Formierung der Bonzen behindern...

Und wo gerade bei neuralgischen Punkten sind:
Einerseits wird in dieser Stadt auch in sozialen Bereichen weggestrichen, was nur möglich erscheint. Und andererseits formiert



sich bereits die ganze Zeit, aber auch speziell im Januar, ein Bündnis heimischer Unternehmer, welche das "WIR"-Gefühl der BielefelderInnen stärken wollen. Die Gängster mit dem Scheckbuch beabsichtigen das Ganze als "Bielefelder Konsens" auszugeben und haben sich zum Ziel gesetzt, Bielefeld attraktiver für wirtschaftliche Neuansiedlungen und NeubürgerInnen mit Geld zu machen. So wir es zulassen. Was das für uns heißen kann, sollte klar sein . AtTraktivität ist die Attraktivität der Herrschenden. Das heißt, weniger Punx's in der Innenstadt, mehr Yuppies, mehr Sternberg's und SchikiMickyläden, teurere Innenstadtmieten und die Ausdehnung von den Innenstadtbereichen (z.B.in dem Westen) und in Außenbezirke abgedrängte sozialschwache MieterInnen. Das heißt aber auch noch mehr Prestigeprojekte unter dem Deckmantel der Kultur, Kunst und Gemeinnützlichkeit und bei uns, bedrohte Gegenkultur, Projekte und Zentren. So ist auch das "Bertelsmannprojekt", welches die Kulturverwaltung management-mäßig durchstrukturieren will, nicht nur eine gewinnträchtige Sache, sondern kann auch zu einem Angriff auf selbstbestimmte Kultur von Unten werden. Keine Frage, daß der Rat dem Projekt am 25.Oktober zustimmte. KulturInis sind hier zur Auseinandersetzung aufgefordert.
Bleiben wir aber bei dem "Bielefelder Konsens"...Es ist durchaus eine Überlegung wert, diesen "Konsens der Macht und des Geldes" konsequent im Ansatz der Entstehung zu durchkreutzen und uns inhaltlich auf die ganzen Schweinerein zu beziehen, die Alltag sind. Ob bei der Wohnungssuche als Alleinerziehende, als Hippie oder Punx, als "AusländerIn", ob auf dem Sozialamt oder dem Arbeitsamt, ob als "Obdachlose/r oder PennerIn...und und und..eben überall wo der Widerspruch zwischen Reichtum und Armut im Alltag für uns Bedeutung hat, um deutlich zu machen, daß es mit den Reichen keinen Konsens geben kann...Die Gruppe heimischer Unternehmen, welche bis in die Gewerkschaftskreise hinein mobilisiert, wird sich übrigens in der Stadthalle formieren...Gemachte Erfahrungen können dort sozusagen erweitert werden !

Damit beende ich einfach diesen Beitrag und hoffe das er einiges von den brennenden Fragen dieser zerrissenen Zeit anreißen und etwas Perspektive aufzeigen konnte und Euch/Dich zur Diskussion anregt...

Molina

Anmerkungen:
1) Ingrid Strobl in Interim (6.12.89) Osteuropas reaktionäre Sauce quillt über. S.14
2) Der Weg zum Erfolg: RZ/Rote Zora; Krise, Krieg und Friedensbewegung 1984, Seite 442
3) Wie Anhang 2: Seite 424, Zitat des US-Außenministeriums (Richard Pipes)
4) Wie Anhang 2 : Seite 424

Begriffserklärung:
Warum "AusländerInnen" immer mit Anführungsstrichen versehen sind: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten, was so viel heißt das es in unserer Utopie keine Deutschen und "AusländerInnen" mehr geben wird.

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE

SPENDET FÜR DEN KAMPF DER ROMA!

Am 9.11. wollten etwa 1000 Roma aus Deutschland und den Niederlanden mit 10 Bussen und PKW nach Genf fahren, um dort bei dem UNO - Hochkommisariat für Flüchtlinge (UNHCR) die Ausstellung von UN-Flüchtlingspässen zu fordern und so ihr Bleiberecht in D und NL durchzusetzen. Am Grenzübergang Weil/Basel wurde ihnen von den Schweizer Grenzbehörden die Einreise verweigert, weil sie vorgeblich über keine gültigen Reisepapiere verfügten. Daraufhin besetzten die Roma bis Sonntag, 10.11., mittag den Grenzübergang. Danach zogen sie sich auf den angrenzenden Parkplatz zurück, um einer Konfrontation und drohende Räumung durch das mittlerweile angerückte Großaufgebot der Bullen zu entgehen. Verhandlungen einer Delegation der Flüchtlinge, die vor allem aus Jugoslawien kommen, mit einem UNHCR-Vertreter führten zu keinem Ergebnis, da die Roma als Staatenlose nicht unter die Flüchtlingskonvention von 1951 fallen und sich die UNHCR-Vertretung daher für "nicht zuständig" erklärte. Die Roma wollten ihre Aktion solange fortsetzen, bis ihre Forderungen erfüllt werden.

D E R   H I N T E R G R U N D   D E R   A K T I O N

Unmittelbarer Anlaß war ein kurz vor der Unterzeichnung stehendes Abkommen der SPD-geführten NRW-Regierung und der jugoslawischen Regierung. Dieses Abkommen soll durch erhebliche finanzielle Mittel für sogenannte "Reintegrationsprogramme" die Massenabschiebung von Roma nach Jugoslawien rechtfertigen. Die Gelder werden dabei wohl eher in den Taschen von korrupten Beamten landen, als daß sie ein besseres Leben der Roma in dem auseinanderbrechenden Jugoslawien ermöglichen würden. Die rassistische Verfolgung der Roma dort bleibt gänzlich davon unberührt.

Mit vielfältigen Aktionen und 2 Bettelmärschen hatten die in NRW lebenden Roma in den letzten Jahren die Landesregierung unter Druck gesetzt und sich so eine Atempause verschafft.

Vor dem Hintergrund zunehmender rassistischer Angriffe, des Inkrafttretens des neuen Ausländergesetzes, der Diskussion über die Einrichtung von Sammellagern, Einstellung der Sozialhilfe usw. spitzt sich die Situation der Roma und aller anderen Flüchtlinge zu. Der tief in der Gesellschaft verwurzelte Rassismus gegen "die Zigeuner" macht es den staatlichen Organen bei ihnen besonders leicht, die neuen Formen der Flüchtlingspolitik exemplarisch durchzusetzen. Deshalb hat der Kampf der Roma für ihr Bleiberecht eine besondere Bedeutung.

B U L L E N T E R R O R   G E G E N   R O M A

Die Bullen versuchten von Anfang an durch massive Einschüchterung die Aktion der Roma zu beenden: nachts wurden die Roma durch Kontrollen schickaniert und tagsüberpatrouillierten Streifen auf dem Platz. Später wurde das Gelände total abgeriegelt, die Busse beschlagnahmt und weggeschafft. Durch das Wegschaffen der Busse spitzte sich die katastrophale Situation - die meisten der 240 Kinder litten an Erkältung, Durchfall und Erbrechen außerdem fehlten Lebensmittel.- zu, sodaß die Roma gezwungen waren die Aktion zu beenden.



S P E N D E N A U F R U F

Da die Roma selbst über keine finanziellen Mittel verfügen, insbesondere die Busse eine Menge Geld gekostet haben, wird dringend Geld benötigt. Überweist die Kohle auf folgendes Konto:

VölkerVerständigungsZentrum
Vereinskto.-Nr 8603973000 oder
Vereinskto.-Nr 8603973001
Volksbank Paderborn

BLEIBERECHT FÜR ALLE



Autonome Flüchtlingsgruppe
Bielefeld

Brutale Zwangsverlegung von Stefan Wisniewski

erstmal ein paar facts zur vorgeschichte:

seit ungefähr einem jahr war der gemeinschaftsraum in unserem und in anderen häusern geschlossen, das wurde nach einem ausbruch noch mit dem einbau neuer stahlgitter begründet, doch auch nachdem die gitter drin waren und trotz immer wieder versprechen wurde er nicht geöffnet damit wurde uns der ort für kommunikation geschlossen, wo gefangene sonst gemeinsam tischtennis, schach oder maumau spielen oder in die glotze gucken oder was auch immer, was vor allem für neu eingefahrene und alle gef. wichtig war, die niemand hatten oder kannten zum "umschluß" (bis höchstens 3 gef.) auf einer einzelzelle. am 27.8.90 hat sich ein gef. am hellichten tag in unserem haus (6) aufgehängt, er war erst 3 tage vorher verhaftet und in eine beobachtungszelle (für beamte sone art aquarium) gesteckt worden. er war nicht der erste und nicht der letzte, der sich in diesem jahr in ossendorf aufgehängt hat.
montag und freitag wurden w. angeblichem "beamtenmangel" als besuchtstage gestrichen, was für die angehörigen an den restlichen 3 besuchstagen oft stundenlanges warten u. streß bedeutet, besucherinnen mit richterlichen sondergenehmigungen werden deswegen immer häufiger abgewiesen es gab dienstaufsichtsbeschwerden u. unterschriftssammlungen gegen einen rassistischen beamten (held), die die anstaltsleitung ignorierte. ein gef. aus palästina (suleiman) wurde, bloß weil er sich beim sani über schlechte medizinische versorgung beschwerte, dafür gleich ne ganze nacht in den bunker gebracht. keine "ausnahmen".
die schreie, die nachts aus den bunkern unter der erde dringen, die gef., die immer wieder still u. heimlich im hochsicherheitstrakt verschwinden, sie gehören wieder mehr denn je zum festen bestandteil eines auch von sozialdemokraten durchorganisierten vollzugsalltags.
die vorbereitungen zum "fest" der deutschen wiedervereinigung haben dann die stimmung vollends aufgeheizt: ein mit nato-stacheldraht auf den dächern "verzierter" hof, tags davor inspizierten schon thönessen (anstaltsleiter), thewald (stellvertr. al, genannt monaco franze), wuttke (polizeiinspektor), beuys (adl), einsatzleiter der polizei von draußen u. a. wie feldherren an der front die dächer, aus unzähligen löchern u. vom hof schallte ihnen dabei ein einziges BUUUUHHH entgegen.
und zu guter letzt wurde uns auch noch die 2. hofstunde (die es sowieso nur werktags gab, freitag als "wochenende" mit 16 uhr nachteinschluß davon abgezogen, und die 2 duschtage in der woche meist auch) aus "sicherheitsgründen" platt gemacht.
der köllsche klingelpütz hat insges. 17 häuser, die hofgänge einzelner häuser ließen sie seit dem 3.10. nur noch zu verschiedenen zeiten (haus 3 u. 11 sogar zeitweise im hst) laufen. es sollte damit eine angebl. (laut poli wuttke, der deswegen mit verlegungsdrohungen zu mir u. anderen gef. kam) gemeinsam geplante dachbesteigung verhindert werden. es wurde nicht mit den 4 gef. aus haus 7 diskutiert, die mit der forderung nach amnestie eine woche davor auf die flachdächer gingen, sondern zumindest einer der 3 türken davon wurde brutal zusammengeschlagen, oder die frauen, die bis freitags spät in der nacht auf dem dach des jugendbaus ausharrten, lautstark unterstützt von anderen gef., um (wieder) auf- und umschluß u. a. zu kriegen, sie wurden teilw. auch nur mit leeren versprechungen abgespeist; gefragt u. gesucht wurden von der al polizeitstaatslösungen.
am montag, dem 15.10.90, hatten wir in haus 6 dann endgültig die schnauze voll: nachdem wir zum x-ten mal mit dem versprechen einer "normalisierung" des hofgangs vergackeiert wurden, haben wir uns den platz unter freiem (!) himmel einfach selber geholt
der grüne, ein ehem. u-offizier der bundeswehr, der an diesem tag zum hofgang einrücken auf seinen kleinen blechkasten klopft, klopft, sicherheitshalber nochmal klopft, wir rufen "nochmal", versteht plötzlich seine kleine befehlsempfängerwelt nicht mehr: 40 gef. von ca. 47 die draußen waren, trotte(l)n nicht mehr in ihre löcher zurück.
(nebenbei gesagt: wenn es eine "von langer hand geplante" aktion gewesen wäre, wie uns danach unterstellt wurde, dann wären es bestimmt noch mehr von den ca. 70 gef. im haus geworden, einigen waren beim kraftsport zu der zeit, einige haben den hofgang einfach verpennt und waren stocksauer deswegen, trotzdem: kein schlechter schnitt). unsere minimalforderungen:
- unsere 2. hofstunde zurück
- öffnung des gemeinschaftsraumes, das sog. "hobby"
- aufhebung der 3-mon. arreststrafen für die rheinbacher dachbesteiger (von letzteren wurden 12 nach ossendorf verschubt, einer davon in unser haus)

darüber wollten wir mit al thönnessen verhandeln, dem allerdings die courage dazu fehlte. zuerst ließ er uns über seinen schwabbeligen bereichsleiter müller ausrichten, er sei auf ner "wichtigen sitzung", danach hieß es, er müsse zu 'nem "wichtigen termin" nach draußen und zum schluß, wir sollten erstmal reingehen und morgen würde er dann mit 3 (später noch auf 7 erhöht) von uns ausgesuchten gef. reden...
"konsequenzen" hätten wir in diesem fall nicht zu befürchten, wie verlockend? für gefangene, die mit solchen versprechungen (die rheinbacher dachbesteiger können auch ein lied davon singen) schon wer weiß wie oft getäuscht wurden und danach erst recht die hucke voll bekamen, keineswegs! herr thönnessens versprechungen wären vielleicht etwas glaubwürdiger gewesen, wenn er sie vor den gef. selber vertreten hätte. aber was hindert einen anonymen technokraten der staatsmacht daran, die dort versammelten aus den untersten schichten der knastgesellschaft, nicht zufällig viele davon ausländer, kurden, türken, italiener, yugoslawen, sinti und roma u.a. anzuhören und ihnen (durch seine dunkel getönte mafiosibrille) offen ins gesicht zu sehen??
es gab in der situation auch niemand, der andere für sich "delegieren" wollte, oder der von anderen "delegiert" werden wollte. das war nichtmal ein thema, konnte es nicht sein, in dieser "unorganisierten" zusammenballung von gefangenen.
(es gab zwar einzelne gef., die meinten, ich solle sprechen, weil ich der an einem streifen längste gef. in ossendorf war und ich darum die geschichte am besten kenne u. mir niemand was vormachen könne, andere meinten wiederum, ich solle mich besser zurückhalten, da ich sonst gleich wieder als "rädelsführer" abgestempelt sei... doch das bezog sich nur auf den hof, und da konnten alle das wort ergreifen und viele haben es auch getan...).
wir haben in den 6 1/2 stunden eine andere erfahrung gelebt, gef. haben miteinander geredet, die sonst kaum was miteinander zu tun haben (wollen), wir haben den tabak u. das essen u. die wolldecken geteilt, das, was die hinter den gittern verbliebenen gef. zugesteckt haben, wir haben unsere schließfachhorizont unverschämt ausgeweitet, aus anderen häusern wurde uns mit den blechnäpfen zustimmung zugetrommelt... wir haben einen langen augenblick der gewaltmaschine getrotzt! wir hatten von anfang an klargemacht: von uns geht keine gewalt aus, aber was ist, wenn wir von der sich immer mehr zusammenziehenden bullenmeute geschlagen werden? darüber hat es unter uns einige heftige diskussionen gegeben, bei denen sich dann aber selbst diejenigen, die im knast schon aus geringerem anlaß verprügelt wurden

und die persönlich für eine direkte gegenwehr waren, eindeutig dafür entschieden haben, sich in dieser situation an den "schwächeren" zu orientieren, die sich körperlich nicht wehren konnten oder wollten oder ein "verfahren" deswegen fürchteten. es war eine gemeinsam getragene u. bis zum schluß durchgehaltene entscheidung, was hat sie uns gebracht?
kurz vor 19 uhr kam noch pastor esseer, unter dem beifall der gef., auf den hof, um uns unter den genannten bedingungen zum reingehen zu bewegen.... wir hatten noch 5 min., in der zeit hätten wir nichtmal mehr in all die verschiedenen sprachen unter uns übersetzen können, wir konnten nur noch die parole ausgeben "es ist jedem freigestellt reinzugehen", kein einziger ist reingegangen.
dahinter ist schon die bullenstreitmacht aus beiden zugängen zum hof gequollen, auf den hof schätzungsweise 100 b., insgesamt sollen 160 b. im einsatz gewesen sein, d. h. eine übermacht von 4:1.
die bereitschaftspolizei von draußen hat die dächer u. den hof abgeschirmt, in der hintersten reihe marschierte - wie sollte es anders sein - monaco franze neben dem polizeieinsatzleiter, ganz vorne wurden herr thönnessens "bluthunde" von der leine gelassen...
wir hatten uns dagegen eingehakt und erich (ommer) und ich wurden als erstes herausgegriffen. erich wurde buchstäblich aus meinen armen gerissen, arme u. beine bis zum geht nicht mehr verdreht, mit fußtritten u. knüppeln "bearbeitet", abgeschleppt, da mir gleich darauf der kopf auf den boden gedrückt wurde, stiefel u. knie wurden mir ins genick u. ins kreuz gestemmt, konnte ich nicht mehr weiter verfolgen, was mit ihm passierte. beide arme wurden mir auf den rücken gebogen, daran und gleichzeitig an den füßen wurde ich ungefähr einen 1/2 meter hochgehoben und dann wieder voll auf den brustkorb fallengelassen, so ging es mehrmals hoch und runter, dabei mußte ich den brustkorb immer selber durchdrücken, um nicht mit dem kopf zuerst aufzuknallen... in diesem zustand wurde ich über den hof u. ins haus u. eine treppe hoch in meine zelle geschleift...
es war nacht über ossendorf, die scheinwerfer gaben nur schwaches licht, und in der düsternis wurde "abgerechnet". zeynel (basgürboga), der bereits in türk. gefängnissen schwer gefoltert worden ist, wurde die nase blutig geschlagen. der junge, der in der zelle unter mir lag, hat wie ein paket gefesselt eine "abfuhr" durch den halben knast gekriegt. (sie wollen selber noch was dazu schreiben).
dienstagmorgen danach verlief erstmal normal, gegen mittag wurde dann meine zellentür aufgeschlossen, auf der schwelle steht das feiste mondkalbgesicht vom bereichsleiter müller und kommt mir damit: "herr thönnessen will mit ihnen in haus 1 sprechen", na sowas? ich hab ihm gleich gesagt, er kann mich nicht für blöd verkaufen, haus 1 ist transporthaus und sein herr t. müßte erstmal erklären, was er von mir will... "aber ich verspreche ihnen, sie werden nicht verlegt", vorsichtshalber guck ich um die ecke, wo bereits das rollkommando lauert, alles klar. ich kralle mich an meinem gitter fest, rufe u. verabschiede mich noch so gut es eben geht von meinen freunden: für ein ganzes leben lang, während von hinten bereits über mich hergefallen wird,. auf den betonboden gezerrt u. gewuchtet, raus auf den ganz gezogen... unten liegend wurden mir beide handinnenflächen mit aller gewalt nach außen gedreht, daran die "deutschen polizei"handschellen, die aus einem guß sind (d. h. ohne jeden bewegungsspielraum zwischen beiden händen), bis zum anschlag auf die handgelenke gedrückt. ein grüner, der einen kurzen augenblick damit zögerte, kam von rass (früher poli, jetzt stellvertr. des adl und "beauftragter" für besondere sicherheitsaufgaben") die ausdrückliche anordnung "genau so zudrücken", dabei machte er ihm eine handbewegung vor wie ab da hatten sie "freie hand".
zuerst wurde ich die "galerie" entlang getragen, die anderen gef. klopfen an ihre geschlossenen tresortüren, letzte aufmunternde u. herzzerreißende zurufe, "ich werde dich nie vergessen", "wir sehen uns in der freiheit wieder", "diese dreckschweine"..
dabei wurden mir schon die einzelnen fußzehen krumm gebogen,
kurz angesetzte schläge mit den knien u. fäusten auf meine nieren, so ging es in die langen kellergänge richtung haus l; dort unten durften sie sich dann austoben.
ich konnte in meiner lage nur noch sarkastisch werden, sie sollten mir doch gleich die fußzehen brechen, wenn ihnen's rumbiegen schon soviel spaß macht... (aber sie haben natürlich einige erfahrung damit: wie man mißhandelt und sowenig wie möglich spuren dabei hinterläßt). an diesem schlägertrupp war neben müller und rass auch zumindest noch beuys (adl) führend beteiligt, die unteren chargen (es werden so 10 bis 15 gewesen sein, aus meinem blickwinkel etwas schwierig zu überschauen) kenn ich kaum mit namen, bei ner gegenüberstellung würde ich sie aber sofort wiedererkennen.
ala nächstes wurde ich im haus 1 in einer leerzelle abgeworfen. erich war schon die nacht vorher hierher verschleppt worden, was für eine schöne überraschung, seine stimme nochmal durch die gitterstäbe hören zu können... so oft hieß es unter den gefangenen, da und dagegen "müsse endlich mal was gemacht werden", und nun wurde mal was gemacht, wir hatten nichts zu bereuen! zwischendurch hatte noch wuttke einen kurzen auftritt im türrahmen: verlegung nach bochum, er verpißt sich sofort wieder.
der hochsicherheitstraktleiter steckt mir etwas bedrückt einen brief und ne karte in die tasche, was für "gefechte" haben wir uns jahrelang im Knast geliefert, und nun ist er nach 7 jahren ossendorf der einzige beamte, der ein bißchen menschliche rührung zeigt.
den kath. pfarrern und der ev. pastorin wurde ein paar minuten zeit gegeben, sich von mir zu verabschieden, sie sind aufrichtig darum bemüht, wenigstens noch meine "verkehrtrum gefesselten" handschellen wegzukriegen, oder wenigstens noch ein paar schuhe für mich auf dem kalten boden zu kriegen, vergeblich! außer einigen schachteln "aktive" ziehen, können sie nichts mehr für mich tun.
das "finale" ist angesagt.
am türrahmen nimmt mich ein fettbäuchiger, grobschlächtiger und fast glatzköpfiger beamter in "empfang". an seinem haßverzerrten grinsen ahne ich was kommt. er packt mich und wirft mich direkt auf einen der tische im gang. dort drückt er mich wie ein wahnsinniger mit dem rücken gegen die wand, schlägt mir am pullover reißend einige male kurz u. trocken auf die brust, mit mehreren beamten zur unterstützung um ihn herum, obwohl oder grad weil ich mich durch die heimtückische handfesselung nicht wehren kann...; beine werden mir zusammengepreßt, fußfesseln angelegt. bei diesen fußfesseln, die beiden füße sind mit einer kurzen kette verbunden, kann man nur kleine (vielleicht 20cm?) schrittchen machen, ich werde damit vom tisch hochgerissen und richtung ausgang gestoßen, immer brutaler, immer schneller, ein glühender schmerz durchfährt meinen körper von den füßen bis zur schädeldecke, es sind nur noch ein paar meter bis rechts um die Ecke...
dort steht wuttke, mit seinem schmierlappenlächeln überwacht und dirigiert er den abtransport. auf gleicher höhe wie er, direkt um die ecke, werde ich von hinten mit ungeheurer wucht in die kniekehlen und in den rücken getreten, es haut mich auf die fresse. auf dem boden liegend, werde ich jetzt mit fußtritten zentimeter für zentimeter, stück für stück in den bereitstehenden transportbus getrieben und getreten...
meine einzige bewegungsmöglichkeit wo mir noch bleibt ist kriechen, dabei kann ich mich noch nichtmal mit den händen abstützen, wie eine giftige solange muß ich mich an den hohen stufen des transportbusses hochschlängeln! sie brauchen das, weil an-

ders konnten und können sie mich nie zum kriechen kriegen!
der beamte, der für wuttke & co. die hauptsächliche drecksarbeit gemacht hat, ist der tranportbusführer oder begleiter, ich habe ihn davor noch nie gesehen in meinem leben, in einer seiner kabinen sitzt nur eine stolz zischende kobra erhobenen hauptes die fesselung wird mir selbst in der sardinenbüchse nicht abgenommen. die rechte fußfessel ist so fest ins fleisch gezogen, daß kein blut mehr zirkuliert und ich panik kriege, der fuß würde bis bochum absterben. unterwegs steigt zufällig mein brüderchen goldy in der jva düsseldorf zu, er geht auf besuchsverlegung in die jva essen zu martha, wir können uns kurz durch die kabinentür verständigen. er gibt mir neue kraft und mut, was ich nach alldem besonders gut brauchen kann. ich mache protest wegen der rechten fußfessel, die mir aber erst kurz vor bochum um eine einzige zacke gelockert wird, wahrscheinlich nur, um hier kein "aufsehen" zu erregen. erst auf dem weg zur "kammer" werden mir die fesseln abgenommen und fußlatschen gegeben.
meine fuß- und handgelenke und vor allem mein rücken schmerzen noch viele tage danach, der arzt hat mir nur einen streifen psychopillen dagegen gegeben, den ich gleich in den abfalleimer geworfen habe. hier liege ich nun als "rädelsführer einer meuterei" auf der sicherheitsabteilung: einzelhofgang, einzelduschen - wie nach meiner verhaftung vor knapp 12 1/2 jahren!

bochum, 29.10.90 stefan wisniewski

ps: parallel dazu bekamen meine 4 genossinnen im frauenbau vom justizvollzugsamt die absegnung der ablehnung unserer besuchszusammenführung: "die besuchszusammenführung würde dem vollzugsziel zuwiderlaufen und auch eine gefährdung der sicherheit und ordnung der anstalt darstellen"... deutsches vollzugsziel, deutsche sicherheit und ordnung, ich kann schon allein diese worte nicht mehr hören!

Brief von Brigitte Mohnhaupt

jetzt soll die nächste kassiert werden, um dem staatsschutz zur verfügung zu stehen. das ist friederike krabbe, die sie nicht in der ddr abholen konnten, weil sie dort nicht war, sondern seit 13 jahren in einem arabischen land lebt.

wir machen das jetzt öffentlich, weil es für sie selbst so vielleicht noch ein schutz ist, und weil es eben auch genau in das ganze gehört, was jetzt neu gegen uns angelaufen ist.

ich schreibe es so auf, in der zeitlichen reihenfolge, wie es sich für uns abgespielt hat.
letztes jahr im oktober wurde ich in aichach zum anstaltsleiter geholt, der mir sagte, 'benz' vom vs sei dagewesen und wollte unbedingt mit mir sprechen. es ginge um illegale im ausland, zu denen der vs kontakt hätte.
ich war ganz platt und wütend, dass es nun schon wieder losging (benz war ja auch schon im hs in aichach aufgetaucht und anschliessend bei meinem anwalt mit der botschaft: wenn wir nicht mit ihm reden, gibt es keine zusammenlegung) - hab gesagt, dass ich es wirklich satt hab und bin raus.
kurz darauf stand benz im büro vom anwalt, wie gehabt. er hätte hoffmann (ein anwalt aus berlin, der anfang der 70er jahre auch politische verfahren gemacht und gefangene von uns und vom 2.6. besucht hatte, u.a. auch mich) angerufen und gefragt, ob er zu einer ehemaligen mandantin von ihm, die schon lange auf der fahndungsliste sei, für den vs einen kontakt machen könne. von dieser früheren mandantin sei dann über einen alten freund von ihr die antwort zurückgekommen, sie möchte genaueres wissen.
ausserdem habe dieser freund gesagt, er selbst hätte unabhängig davon auch einen kontakt zur 'kommandoebene' der raf, die im nahen osten sitzen würde, im eimer sei und nicht mehr weiter wisse. sie würden sofort aufhören, wenn von den gefangenen ein entsprechendes signal käme, etwa ein satz wie: macht ihr, was ihr wollt, es schadet uns nicht.
so einen satz sollte ich schreiben. hoffmann sollte mit einer vollmacht zu mir reinkommen und ihn mitnehmen. und dann, so benz, wäre auch das problem mit uns gefangenen vom tisch. keine raf mehr - keine gefangenen mehr nötig.
wir haben nochmal gesagt, benz soll zum teufel gehen und wenn er nochmal bei einem anwalt aufkreuzt, sollen sie ihn rausschmeissen. danach war auch erstmal ruhe.

natürlich haben wir überlegt, was der vs mit so einer irren geschichte will. sie konnte ja logischerweise nur auf die zehn zielen, die in der ddr waren, und der rest, das drumherum mit 'kommando-ebene'/naher osten war entweder das, was der vs glaubte, oder der versuch, einen stein ins wasser fallen zu lassen und dann an unserer reaktion etwas rauszukriegen.
egal auch. die 'fakten' in der benz-story jedenfalls sehen so aus: ein früheres mandat konnte hoffmann nur von angela luther oder christine dümlein gehabt haben. von angela wussten wir zu der zeit, als ich noch draussen war, dass sie sich seit 72 alleine durchschlägt, und christine war seit langem in der ddr, ihr haftbefehl ausserdem verjährt. dass sie sich mit dem vs zusammensetzen würde und damit die existenz von allen anderen dort gefährden würde, war schwer vorstellbar.
schliesslich der nahe osten, wo die raf die ganzen 20 jahre hingeredet wird: die einzige, die in einem arabischen land lebt, ist rima. so hiess friederike krabbe bei uns, und den namen hat sie auch dort, wo sie jetzt ist, behalten.
rima hat die raf im herbst 77 verlassen. sie war zuerst bei palästinensischen genossen und genossinnen, die wir gut kennen, und ist dann ungefähr nach einem jahr zu einer familie gezogen, mit der sie befreundet war.
also, das ist die realität zur benz-geschichte.



jetzt im juli, nach den verhaftungen in der ddr, geht sie weiter.
hoffmann erscheint im büro von meinem anwalt, es ginge um die alte sache, die 'kommando-ebene' wär ja noch immer im nahen osten, wartet auf antwort von uns, versteht nicht, warum es so lange dauert. der anwalt sagt, er soll ihn endlich in ruhe lassen damit, niemand von den gefangenen würde sich das nochmal anhören.
hoffmann, ganz beleidigt, will mit 'beweisen' wiederkommen.
zu den ddr-verhaftungen sagt er, er hätte keine ahnung gehabt, dass christine dort gewesen sei, aber sicherlich habe es der 'gewährsmann' gewußt, also der, der auch den kontakt zum nahen osten haben soll.
bevor er geht, richtet er noch von benz aus, für uns gäbe es nichts, keine zusammenlegung oder sonst eine veränderung, absolut null, solange wir nicht mit dem vs reden. und der letzte landeversuch im zusammenhang mit benz ist, dass christine dümlein jetzt bei gila pohl anruft (helmuts frau, die auch in der angehörigengruppe ist) - sie würden sich doch von früher, aus alten komiteezeiten, noch kennen, und gila müsste unbedingt zu hoffmann kommen, wichtig, dringend usw gila hat ihr gesagt, was sie davon hält.

klar ist also inzwischen. dass sie - dümlein - mit der 'früheren mandantin' gemeint war. ob das auch heisst, dass sie wie benz sagt schon ein dreivierteljahr vor den verhaftungen einen kontakt zum vs hatte, und so selber die bullen in die ddr gezogen hat, wissen wir nicht.
sicher ist aber, das benz jetzt bei ihr und thomas reuter, mit dem sie zusammenhängt, aus und ein geht. reuter ist der berühmte 'gewährsmann', der 'alte freund'. und reuter kennt auch rima - noch aus der ersten zeit 75/76, als die gruppe sich neu organisiert und zusammengefunden hat. er selbst wurde 76 in kenia mit einem palästinensischen kommando bei der vorbereitung einer aktion verhaftet, an israel ausgeliefert, wo er 10 jahre bekam, und später in die brd abgeschoben. reuter hat auch weiter kontakt zu palästinensischen gruppen und fährt dorthin. ich stell mir vor, dass er dort auch rima gesehen und ihr erzählt hat, sie könnte zurückkommen, ohne aussagen oder einen striptease in den medien machen zu müssen. dank dem vs-aussteigerprogramm, von dem die zehn aus der ddr jetzt wissen, dass es heisst: kronzeuge oder jahre knast. offenbar hat rima ihm gesagt, er soll zu einem anwalt von uns gehen und fragen, ob wir das für eine möglichkeit halten. aber reuter ist zum vs gegangen.
dass es vom vs dann wieder zu uns zurückgekommen ist, kann ich mir nur so erklären: vielleicht hat sie irgendeine sicherung eingebaut, einen bezug zu etwas, was wir zusammen erlebt haben und sonst niemand weiss, damit sie sich darauf verlassen kann, dass die antwort, die sie bekommt, wirklich von uns ist sonst, nehm ich mal an, hätten benz und reuter schon längst selber eine verfasst.

ich bin vollkommen sicher, dass rima nichts davon weiss dass an reuter der vs hängt. wenn sie das wollte, hätte sie es einfacher gehabt - sie hätte schon vor jahren zu einer deutschen botschaft gehen können.
und warum sind sie so hinter ihr her, warum wollen sie sie nach 13 jahren unbedingt haben?
rima soll eine lücke in den aussagen füllen, wo die in der ddr verhafteten sich auch bei grösster anstrengung nichts rausquetschen können, weil sie erst viel später zur raf kamen. und sie soll über die genossen unten reden, über ihre freunde, das land, alles.
es ist der gleiche grund, aus dem bei den anderen 10 jahre rückzug ins privatleben und die entsprechende entpolitisierung nicht genügt haben - weil sie jetzt den kahlschlag wollen, 'endsieg'.
(für rosenkranz in der taz: endsieg ist ein wort der nazis. wie endlösung.
und das ist es, spanien passiert. was sich hier zu den gefangenen abbildet nach 20 jahren ist das nicht 'wie 77'. alle äusserungen von zachert sagen das, von der baw, was benz abdreht, das gestorbene kommunikationsprojekt, unsere realität in den knästen aber bei dir wart ich drauf, dass du uns nach dem nächsten kaffee bei lochte zurufst: 'feiglinge! quatscht doch!', uns altmodischen gefangenen, die noch nicht mitgekriegt haben, dass verrat toll ist, der letzte wahre kick für den metropolenkretin. das ist das elend hier, das im hirn und im herz.)

rima hat einen haftbefehl wegen schleyer. es geht aber nur um eine wohnung in köln, die sie gemietet hat - also etwas, was so gut wie alle in der gruppe x-mal gemacht haben, logistik eben. in der 129a-sprache fällt das unter 'teil der mitgliedschaftlichen betätigung', d.h. es ist verjährt. schleyer, die drohung mit lebenslänglich ist nur das druckmittel - wie bei sigrid sternebeck, die keine kronzeugin werden will.* es würde für rima das gleiche bedeuten: hetze, druck und knast.
noch etwas wollen wir klar sagen: rima ist bei uns weggegangen, weil guerilla nicht ihre sache war. natürlich hat sie das, was sie hier nicht wollte, auch nicht woanders gemacht. die staatsschutzparole, die jetzt wieder überall zu lesen war - 'wer zu den palästinensern geht, muss weiterkämpfen' - ist der bescheuertste dreck überhaupt. niemals war das so. etwas wie die 'übernahme' von einer organisation in die andere gab es nicht, gibt es nicht.
aber sie haben uns immer geholfen, wenn jemand eine zeit brauchte, raum brauchte, um sich klarzuwerden, wie er oder sie weiterwill - grosszügig geholfen, mit viel verständnis und freundschaft, aus dem begriff, dass es das gibt, und dass wer hier kämpft sich sicher sein muss. rima lebt da, einfach nur das.
aber rankommen können die bullen nicht an sie. sie muss freiwillig zurückgehen.
lauf ihnen nicht in die hände, rima. du hast freunde dort, menschen, mit denen du verbunden bist durch die jahre zusammen. so vieles, was dir kraft und freude am leben geben kann. hier wartet nur der knast, wie bei den anderen. es wäre nach all den jahren weit weg ein harter kampf, die totale konfrontation wieder. vielleicht sieht es anders aus, wenn sie das erste mal mit ihrem stiefel steckengeblieben sind aber nicht jetzt. jetzt ist hier der durchmarsch, und der hat erst angefangen.
pass auf.

ende sept. 90 brigitte mohnhaupt

* ende sept. , als das geschrieben wurde, war es noch so.

Die Revolte der Gastarbeiter

Die Auseinandersetzung zwischen Tuareg und Regierung in Mali und Niger



Konförderationsgebiete der Tuareg. Aus: Gerhard Göttler, Die Tuareg, DuMont Verlag Köln

Man muß alle Tuareg zählen und sie (dann) vernichten ..." sagte der Präsident des UNC (Union Nationale des Coopératives) von Niger während einer Sitzung im Mai dieses Jahres, glaubt man dem Flugblatt der nigerischen Schülerunion, das in Niamey, der Hauptstadt Nigers, verteilt wurde. Die Schüler und Studenten vergleichen das Vorgehen der Regierung und der Armee gegen die nomadischen Tuareg im Norden des Landes mit den Praktiken von Diktatoren gegenüber der eigenen Bevölkerung und sprechen in Anspielung auf "Hitler" von Völkermord. Sie berichten von aktuellen Massakern, Folterungen, Vergewaltigungen, Exekutionen und Mord an nigerischen Bürgern, die durch nichts anderes begründet seien, als daß diese der Ethnie der Tuareg angehörten. In ihrem Flugblatt fordern sie die nationale und internationale Öffentlichkeit auf, dem Vorgehen der Regierung und der Armee in Niger sofort Einhalt zu gebieten.

Am 1. Juni meldet Amnesty International Massenverhaftungen von Tuareg im Niger (400 Verhaftete) und protestiert gegen "willkürliche Exekutionen" von mindestens 40 Personen. Einen Monat später muß ai seine Zahlen korrigieren und spricht jetzt von "mehreren hundert Toten" unter den nigerischen Tuareg.

Weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit scheint sich in den saharischen Regionen Nigers und Malis ein Drama abzuspielen, das bis heute schon viele hundert Tote unter der dortigen Tuaregbevölkerung gefordert hat. Während uns die Tuareg allenfalls als exotische - und fotogene - "Ritter der Wüste" bekannt sind, die mit ihren Kamelen von einer Weide zur nächsten ziehen, ist die Welt der Tuareg schon lange nicht mehr in Ordnung.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts verloren sie in langen und blutigen Kämpfen gegen die Kolonialmacht Frankreich die politische und ökonomische Kontrolle über den Transsaharahandel, der sie in eine Mittlerposition zwischen dem ackerbäuerlichen Süden und dem Mittelmeerraum gebracht hatte. Als Krieger, Räuber und Sklavenhändler waren sie von ihren bäuerlichen Nachbarn gefürchtet und werden deswegen auch heute noch von vielen gehaßt. Mit der Unabhängigkeit der afrikanischen Länder wurden die "Freien Männer", wie sie sich selbst nennen, auf die jeweiligen nationalen Territorien beschränkt und durch bürokratische Kontrollen in ihren Weidewanderungen behindert. Hohe Zollabgaben erschweren zudem den ehemals weitreichenden Karawanenhandel.

Schon zu Anfang der 1960er Jahre, unmittelbar nach der Unabhängigkeit des Landes, kam es deshalb zu einer zweijährigen Rebellion der Tuareg im Norden Malis, von der die Weltöffentlichkeit nichts erfuhr. Die damalige "sozialistische" Regierung Madibo Keita konnte den Aufstand in der Wüste blutig unterdrücken.

Während der großen Saheldürren zu Anfang der 1970er und 1980er Jahre flohen viele Tuaregfamilien, die ihre Tiere verloren hatten, an den Rand der großen Städte im Süden ihrer Länder, wo sie über Jahre von den Lebensmitteln der internationalen Nahrungshilfe leben mußten. Viele andere gingen nach Norden, nach Algerien und Libyen. Seit dieser Zeit bestehen mitten in der Sahara im Niemandsland zwischen Algerien und Niger und zwischen Algerien und Mali große Flüchtlingslager mit mehreren tausend Insassen, in denen die einst so stolzen Tuareg, zum Nichtstun verurteilt, auf ihre tägliche Lebensmittelration warten. Wieder andere zogen in die Städte des algerischen und libyschen Südens und suchten dort ihr Auskommen als Gelegenheitsarbeiter.

Algerien versucht schon seit Mitte der 80er Jahre diese Dürreflüchtlinge und Gastarbeiter aus den südlichen Nachbarstaaten loszuwerden. Als Grund werden eigene wirtschaftliche Schwierigkeiten angegeben, vor allem aber soll der Schmuggel subventionierter Grundnahrungsmittel aus Algerien in die südlichen Anrainerstaaten gestoppt werden.

Zunächst fing die algerische Polizei die illegalen Tuareggastarbeiter ein, fuhr sie auf LKWs über die Grenze und setzte sie in der Wüste ab. Nach internationalen Protesten gegen diese Praxis sollten in diesem Jahr Auffangstrukturen für die Rückkehrer in ihren Heimatländern geschaffen werden. Mit Hilfe der UNO und des Roten Kreuzes sollten Zelte und Lebensmittel bereitgestellt, Brunnen gebohrt und Tiere verteilt werden.

Viele Tuareg folgten dem Ruf ihrer Regierungen, allein nach Niger sollen in diesem Jahr 18.000 zurückgekehrt sein. Tatsächlich aber fanden die zurückkommenden Tuareg wenig Hilfe: Gelder waren veruntreut und bereitgestellte Zelte werden auf dem Markt der Hauptstadt Niamey verkauft.

Im Frühjahr dieses Jahres kam es daher im Niger zu Protesten der zurückgekehrten Tuareg. Nach Angaben der nigerischen Regierung soll eine Gruppe von 40 Leuten einen Aufstand vorbereitet und unter anderem geplant haben, die Uranminen von Arlit im Norden des Landes zu sprengen. Anstatt die Probleme der Rückkehrer anzugehen, reagierten die nigerischen Behörden mit harter Hand: 380 namentlich bekannte, möglicherweise jedoch weit mehr Tuareg wurden verhaftet, zum Teil auch gefoltert.

Seit Anfang Mai, genau seit der Nacht vom 7. zum 8. Mai überschlagen sich die Ereignisse: Eine Gruppe von Tuareg - so die nigerische Regierung - versucht Verhaftete aus dem Gefängnis von Tchin-Tabaraden im Nordwesten von Niger



zu befreien; dabei kommt es zu Verletzten und Toten. Die Tuareg selbst stellen die Sache anders dar: sie hätten ihren Verwandten im Gefängnis Essen bringen wollen, es sei zu einem Handgemenge gekommen, bei dem ein Gendarm erschossen worden sei. Die herbeigerückte Armee habe bei ihrer Suche nach den angeblichen Angreifern ein Massaker unter der Zivilbevölkerung der Umgebung angerichtet. Es sei zu Massenverhaftungen, Folterungen, Vergewaltigungen und Erschießungen gekommen. Die französische Zeitung "Le Monde" berichtet von mehreren hundert Toten.

Nach diesen Ergebnissen fliehen wiederum viele Tuareg: einige gehen zurück nach Algerien, andere flüchten nach Mali. Von diesen werden etwa 10 verraten und in das Gefängnis von Menaka, im Osten von Mali eingesperrt. Nach einer von in Frankreich lebenden Tuareg zusammengestellten Dokumentation besetzt Ende Juni eine Gruppe von bewaffneten Tuareg-Rebellen den Ort Menaka, nachdem sie sich vorher Waffen bei einem Militär-Posten und Fahrzeuge bei einer Entwicklungsorganisation beschafft hat. Bei diesen Aktionen kommt es zu 14 Toten.

Die herbeigerückte Armee-Einheit gerät in einen Hinterhalt der Tuareg-Rebellen, die ihre traditionellen Listen des Wüstenkrieges anwenden. So umwickeln sie Steine mit Turbanen und plazieren sie auf Dünenkämmen, um die Soldaten glauben zu machen, die Tuareg stünden vor ihnen, während sie tatsächlich von hinten zu schießen beginnen. Bei diesem Hinterhalt muß die Armee nach offiziellen Angaben aus Bamako den Verlust von hundert Soldaten und mehreren Schützenpanzern hinnehmen. Im Juli und August kommt es zu weiteren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der malischen Armee und den Rebellen, zu Toten und Verletzten. Die malischen Militärs wissen sich nicht anders zu helfen, als Rache an der Tuareg-Zivilbevölkerung zu üben, Unbeteiligte zu verhaften, zu foltern und zu erschießen.

Mittlerweile hat die malische Regierung über den gesamten Norden des Landes, die Regionen von Timbuktu und Gao, den Ausnahmezustand und eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Ausländer werden gewarnt, das Gebiet zu betreten, nachdem die Leichen einer dreiköpfigen Familie nur 60 km nördlich von Gao gefunden wurden. Zwar sind die Umstände des Todes des französischen Entwicklungshelfers, seiner Frau und ihres Kleinkindes noch unklar, man kann aber vermuten, daß die Familie in die Auseinandersetzungen zwischen Rebellen und Armee geraten ist. Unangenehm könnten für die Regierung in Bamako aber auch die Berichte Unbeteiligter sein. Ein französischer Tourist war - nach Le Monde - Zeuge öffentlicher Hinrichtungen in Gao. Anschließend soll ein Panzer über die Leichen der Erschossenen gerollt sein und sie zerstükkelt haben. Die Leichenteile seien dann vor die Häuser der noch in der Stadt lebenden Tuareg geworfen worden.

Anfang August beläuft sich die Bilanz der Auseinandersetzung zwischen malischer Armee und Tuareg-Rebellen auf 155 Tote auf Seiten der Armee und 125 Tote auf Seiten der Zivilbevölkerung. Die Verluste der Rebellen sind nicht bekannt. Im Niger hat es bisher schon zwischen 200 und 600, nach Angaben einiger Tuareg weit über tausend Tote gegeben, und die Auseinandersetzungen scheinen noch lange nicht zu Ende.

Der Auslöser und wichtigste Grund für die Rebellion der Tuareg aus Mali und Niger gegen ihre jeweiligen Regierungen ist sicherlich die Rückkehr tausender von Arbeitsmigranten und Dürreflüchtlingen aus Libyen und besonders Algerien. Dort waren die Tuareg-Migranten mit Staatskonzepten konfrontiert, die staatliche Herrschaft ideologisch durch Gegenleistungen an das "Staatsvolk" legitimieren: Zumindest theoretisch sollen Grundnahrungsmittel für alle zu (subventionierten) Preisen erhältlich sein, und das Recht auf Arbeit und Wohnung ist in den Verfassungen der beiden Länder festgeschrieben.

Die politische, soziale und ökonomische Realität in den Herkunftsländern der Tuareg-Migranten unterscheidet sich radikal von der in Algerien und Libyen; die Korruption in Mali ist endemisch, greift auch in Niger immer weiter um sich, und niemand in Mali (und Niger) erwartet eigentlich Gegenleistungen des Staates für die Forderungen (Steuern, Gebühren, Zollabgaben) an seine Bürger.

Allerdings waren die Tuareg-Migranten aus Mali und Niger keineswegs mit offenen Armen in Algerien und Libyen aufgenommen worden.

Für Algerien stellte die Versorgung der Dürreflüchtlinge in dem Camps an seiner Südgrenze eine schwere finanzielle Belastung dar. Zudem konkurrierten die Tuareg-Gastarbeiter in den Oasenstädten Süd-Algeriens mit Algeriern um Arbeitsplätze.

Wenn überhaupt, fanden sie nur (schlecht bezahlte) Gelegenheitsjobs. Viele von ihnen verlegten sich deshalb auf den "Schmuggelhandel" von (subventionierten) Grundnahrungsmitteln mit den südlichen Anrainerstaaten, durch den Algerien den Norden von Mali und Niger unfreiwillig subventioniert. Die Tuareg-Gastarbeiter fungierten als eine "ökonomische Diaspora", die Waren aus den stark kontrollierten Städten zu Karawanenhändlern und Schmugglern in der Wüste bringen konnte. Auch die Ausweisung vieler tausend "illegaler" Migranten und Dürreflüchtlinge aus Algerien Mitte der achtziger Jahre brachte Algerien der Lösung des Problems an seiner Südgrenze nicht näher: Viele Ausgewiesene kehrten nach einiger Zeit einfach zurück, und Algerien sah sich wegen des brutalen Vorgehens seiner Polizei und der entwürdigenden Umstände bei der Ausweisung internationalen Protesten ausgesetzt. Seit einigen Jahren versucht Algerien daher Druck auf Mali und Niger auszuüben, damit Auffangstrukturen geschaffen und die endgültige Rückkehr der "Tuareg"-Gastarbeiter möglich gemacht werden konnte.

Die Spannungen zwischen malischen und nigerischen Tuareg einerseits und Algerien andererseits haben neben ökonomischen Gründen aber auch andere Ursachen: a) die Tuareg sind mit einem zunehmenden arabischen Nationalismus konfrontiert, der durch Arabisierungsbestrebungen der algerischen (und libyschen) Regierung gefördert und durch einen latenten Rassismus der (arabischen) Bevölkerung gegenüber allen Nicht-Arabern, insbesondere Schwarzen, verstärkt wird; b) vor allem in Algerien werden die Tuareg mit Mißtrauen betrachtet, weil sie als Berbersprecher verdächtig sind, Verbindungen mit den oppositionellen Berbern der Kabylei zu unterhalten. Zudem verfolgt Algerien eine Politik der Seßhaftmachung seiner Nomaden, die die neuangekommenen nomadischen Tuareg konterkarrieren könnten.

Zwar war die ökonomische Lage der Tuareg-Migranten in Libyen weit besser als die in Algerien, mittlerweile aber sind die meisten Tuareg von dem ehemaligen "Hoffnungsträger" Khaddafi tief enttäuscht. Viele von ihnen wurden in die "islamische Legion" Khaddafis gepreßt und mußten Kriegsdienst im Tschad und im Libanon leisten. Die wirre Politik des Colonel, vor allem aber sein Verrat der Polisario[1] haben ihn in den Augen der Tuareg auch politisch diskreditiert. Einer Unterstützung von libyscher Seite wird allgemein mißtraut und würde der eigenen Sache - so glaubt man - eher schaden als nützen.

Die politische, soziale und ökonomische Lage in den Tuareggebieten Malis und Nigers unterscheidet sich in einigen wichtigen Punkten.

Niger erlebte von Mitte der siebziger bis Anfang der achtziger Jahre durch den Uranabbau im Norden des Landes einen wirtschaftlichen Boom, der einherging mit Infrastrukturmaßnahmen und Projekten der ländlichen Entwicklung vor allem im Département Agadez. Zwar profitierte auch die Tuaregbevölkerung in bescheidenem Maß von diesen Maßnahmen, mußte aber gleichzeitig eine verstärkte Präsenz der Verwaltung und eine schärfere Kontrolle durch die staatlichen Organe in Kauf nehmen. Wegen der ökonomischen Krise seit Anfang der achtziger Jahre und einer zunehmenden Verschuldung beschloß der Staat (auf Druck von IWF und Weltbank) Sparmaßnahmen, gegen die sich zuerst die Studenten und Schüler wehrten. Im Februar dieses Jahres ließ die Regierung eine große Demonstration in der Hauptstadt Niamey zusammenschießen (über 20 Tote). Landesweite Proteste und und ein Generalstreik haben die wirtschaftlich und politisch prekäre Lage der nigerischen Regierung noch unsicherer gemacht. Es paßt in dieses Bild, daß für die zurückgekehrten Arbeitsmigranten bereitgestellte internationale Gelder von Regierungsstellen veruntreut und Sachmittel (Zelte) nicht verteilt, sondern verkauft wurden. Die nigerische Regierung stellt die Auseinandersetzung mit den zurückgekehrten "Gastarbeitern" als ethnischen Konflikt dar, um von der eigenen Unfähigkeit abzulenken und die allgemeine politische und wirtschaftliche Notlage zu kaschieren.

Anders als Niger verfügt Mali über keine Rohstoffe, die (im Moment) rentabel abzubauen wären, sieht man von bescheidenen Goldvorkommen im Süden des Landes ab. Die ökonomische Lage Malis verschlechtert sich zusehends, was direkte Auswirkungen auf die staatliche Verwaltung hat. Staatsbeamte werden gering und nur unregelmäßig bezahlt, und daher ist die Korrup-

tion von den obersten Regierungsstellen bis zu den kleinsten Verwaltungsangestellten weit verbreitet. Einer kleinen Gruppe der Staatselite, angefangen bei der Familie des Präsidenten, ist es gelungen, durch Korruption, Veruntreuung ausländischer Gelder und den Schmuggel, immensen Reichtum anzuhäufen, der in scharfem Gegenssatz zur wirtschaftlichen Lage des größten Teils der Bevölkerung steht. Will man es verkürzt ausdrücken, beschränkt sich die Politik des Staatspräsidenten Moussa Traoré auf den eigenen Machterhalt. Moussa Traoré hat es verstanden, interne Interessenkonflikte geschickt für sich auszunützen und stützt sich als General und Oberbefehlshaber auf die Armee, die im Gegensatz zu den übrigen Staatsbeamten relativ gut und vor allem regelmäßig bezahlt wird. In den weit entfernten nördlichen Landesteilen Malis sind Verwaltung und staatliche Dienste wenig entwickelt, selbst polizeiliche Aufgaben wurden zum großen Teil den Tuareg überlassen. Die Tuareg lebten hier in einer relativen Autonomie, für die sie einen "Tribut" an den malischen Staat in Form von Steuern, Zollabgaben und gelegentlichen Gebühren (einschließlich der Korruption) zu zahlen hatten. Die "Freiheit" der Tuareg von staatlicher Reglementierung, allerdings auch von staatlichen Dienstleistungen, wurde aber relativiert durch eine starke Präsenz des malischen Militärs, das hier in zahlreichen, kontrollstrategisch schon von den Franzosen angelegten Militärposten vertreten ist.

Die zurückgekehrten Gastarbeiter verstärkten in Mali und Niger eine schon lange schwelende latente Unzufriedenheit der Tuareg-Bevölkerung und "traditionelle" Zwistigkeiten zwischen dem ackerbäuerlichen Süden und nomadischem Norden. Zwar hatten sich die "daheimgebliebenen" Tuareg mit der politisch und ökonomisch marginalen Lage in ihren Gebieten arrangiert - in Niger profitierten viele von den Geldern der Entwicklungshilfe, in Mali von der relativen "Freiheit" von staatlichen Reglementierungen - die Tuareggastarbeiter aber brachen das im Grunde labile Arrangement zwischen den jeweiligen Regierungen und der Bevölkerung, vor allem der Chefferie[2], endgültig auf.

Dafür gibt es in der Hauptsache zwei Gründe: Aktuell sind die zurückgekehrten Tuareggastarbeiter in einer Notlage, selbst die zur Überbrückung bereitgestellten Gelder und Sachmittel waren veruntreut. Aber auch mittelfristig sind ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten miserabel, weil die Ursachen, die die meisten von ihnen zur Migration gezwungen hatten, (u.a. Verlust ihrer Herden) nach wie vor bestehen. Zweitens sind sie auch politisch marginalisiert. Aus Algerien und Libyen als ungeliebte "Gäste" verjagt, sind sie als ebenso ungeliebte Flüchtlinge auch in ihren Herkunftsländern von jeglicher politischer Entscheidung ausgeschlossen.

Dennoch, die Proteste in Niger und die bewaffnete Rebellion in Mali müssen nicht nur dem äußeren Betrachter, sondern auch den Tuareg selber als ein letzter Verzweiflungsschritt erscheinen: Die Tuareg können kaum auf Hilfe von außen hoffen. **Algerien** will wegen eigener wirtschaftlicher Schwierigkeiten und wegen des Schmuggels an seiner Südgrenze möglichst alle Arbeitsmigranten und Dürreflüchtlinge loswerden. Für die Rebellen wird sich Algerien weder materiell, noch militärisch, im höchsten Fall politisch engagieren. **Libyen** hat in der Vergangenheit zwar viel Propaganda unter den Tuareg gemacht und mehrere Putschversuche in Niger unterstützt, ein politischer Druck von libyscher Seite aber wird der Sache der Tuareg eher schaden. Im übrigen sind die Tuareg (dem Araber) Khaddafi gegenüber mißtrauisch und erinnern noch gut seinen Verrat an der Polisario. **Niger** hat in einem völligen politischen Blackout alle Proteste blutig unterdrückt. In **Mali** hat der Konflikt den Charakter einer bewaffneten Auseinandersetzung angenommen, deren Ende nicht abzusehen ist. Der von den Militärs beherrschte Ein-Parteienstaat scheint nicht fähig, anders als mit einer militärischen Option zu reagieren.

In Mali könnte ein länger dauernder Guerilla-Krieg die politische Lage des Landes destabilisieren und insbesondere den Widerspruch zwischen der korrupten und in Luxus lebenden Staatsclique und der malischen Bevölkerung, auch über ethnische Grenzen hinweg, verstärken. Offenbar hoffen die Rebellen auf den Sturz der Regierung und streben eine Teilautonomie oder sogar vollkommene Souveränität der nördlichen Landesteile an. In **Niger** hat die Regierung - ganz offenbar nach dem Muster kolonialer Aufstandsbekämpfung - im Moment eine trügerische Ruhe wiederhergestellt. Werden die politischen, sozialen und ökonomischen Probleme aber nicht gelöst, könnte die malische Guerilla-Bewegung auch auf Niger übergreifen.

Vermutlich setzen die Rebellen auch auf politischen Druck des Westens, insbesondere Frankreichs. Zwar scheint Frankreich/die EG bisher eher an der Aufrechterhaltung des Status quo interessiert - erst jüngst glich Frankreich den malischen Staatshaushalt aus, damit Staatsbeamte bezahlt und Unruhe vermieden wird -, finanziell (und politisch) sind Mali und Niger aber in hohem Maß von Frankreich/der EG abhängig. Ein Eingreifen Frankreichs/der EG setzt allerdings voraus, daß die europäische Öffentlichkeit über authentische Berichte und vor allem Bilder für die Problematik interessiert wird. Das erscheint in Zeiten der Golfkrise und der Großdeutschlandeuphorie besonders schwierig, weil in diesem Teil der Welt weder materielle Interessen Europas berührt, noch europäische Menschenleben betroffen sind.

Die Tuareg-Rebellen in Mali können darauf hoffen, daß die Repression der Armee ihnen jeden Tag Zulauf bringt. Auf der anderen Seite spielt die Zeit nicht nur für, sondern auch gegen sie: Die malische Armee wird spätestens ab Winter ihre Taktik ändern. Sobald die offenen Wasserstellen, die den Rebellen (im Moment) größtmögliche Mobilität erlauben, ausgetrocknet sind, werden die Militärs die Zivilbevölkerung durch Terror und Zwang um Städte und Dörfer ansiedeln. Damit wird sie der Rebellion ihre materielle Basis entziehen. Gleichzeitig wird die Armee alle Brunnen besetzen und so die Rebellen auch in dieser Hinsicht "auszutrocknen" versuchen. Schon bisher richtet sich der "Kampf" der malischen Armee eher gegen die Zivilbevölkerung als gegen die (unauffindbaren) Rebellen. Wird nicht schnell eine Lösung gefunden, droht die Revolte der "Gastarbeiter" in einem Ethnozid zu enden.

Georg Klute

Anmerkungen:

1 Seit der libysch-marokkanischen Annäherung von 1983 und dem Unionsvertrag von 1984 gewährt Libyen der Polisario keine militärische Unterstützung mehr.

2 Die ursprünglich von der französischen Kolonialmacht eingesetzten lokalen "Chefs" ("Häuptlinge")



Tuareg-Frau

Mit dem Autor dieses Artikels findet am 7. Dez um 19[30] eine Veranstaltung statt. Zu Beginn gibt's einen Film über das Leben der Tuaregfrauen.
ORT: Babylonia, Curvystr. 23
Veranst: Buchladen Schwarze Risse / Babylonia



Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

"Jede Lösung muß das Recht auf Selbstbestimmung auch des kuweitischen Volkes berücksichtigen."

Egin-Interview mit Ahmed Al-Jamal. Er ist Mitglied im ZK der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP), im Palästinensischen Nationalrat und im Kommitee der PLO für die besetzten Gebiete.

Egin: Glauben Sie, daß Irak seine Truppen aus Kuweit zurückzieht, wenn es eine arabische Verhandlungslösung gibt, was Sie ja verfechten?
Ahmed Al-Jamal: Wir glauben, daß im Rahmen einer arabischen Lösung alles möglich ist, immer vorausgesetzt, daß sich die ausländischen Truppen vom Golf und der arabischen Halbinsel zurückziehen und unter der Bedingung, daß die Scheichfamilie nicht nach Kuweit zurückkehrt. Alles kann diskutiert werden und der Irak stellt keine festen Bedingungen. Aber als erste Bedingung für eine arabische Lösung müssen zuerst die ausländischen Truppen aus der Zone abgezogen werden. Das würde dem kuweitischen Volk die Sicherheit geben, in der es demokratisch über seine Zukunft entscheiden könnte. Jede Lösung muß das Recht auch des kuweitischen Volkes auf Selbstbestimmung berücksichtigen. Das schließt die Zurückweisung der Rückkehr der Königsfamilie ein. Das ist die optimale Lösung, aber es gibt auch andere Möglichkeiten im arabischen Rahmen.
E.: Was macht Ihrer Meinung solch eine arabische Lösung aus?

A.A.J.: Im Zentralkommitee der PLO sind wir uns einig über die Legitimierung aller Regierungen der Welt, und daß sie in erster Linie vom Recht auf Selbstbestimmung der jeweiligen Völker abhängt. Der Irak hat am 12. August eine Friedensinitiative vorgestellt, die die Lösung des Golfproblems mit der Palästinafrage verbindet. Dies fordert auch die PLO. Auf internationaler Ebene sollen Lösungen akzeptiert werden, die mit Hilfe von Maßnahmen erreicht werden, die für alle Regierungen gleich sind; das heißt, es darf nicht eine Vorzugsbehandlung für Israel geben und eine andere für die arabischen Länder. Wenn alle Probleme auf einmal zur Sprache gebracht werden, sind Lösungen möglich. Ich frage mich, wo die europäische Zivilisation ist, wo die Demokratie ist. Wenn das Luft-, Boden- und Wasserembargo über den Irak verhängt wird, warum wird keines über Israel verhängt, das palästinensischen Boden besetzt, das drei Millionen Personen zur Emmigration gezwungen hat und das die UNO-Resolutionen nicht erfüllt, sondern ganz im Gegenteil? Die israelischen Besatzungstruppen haben Massaker begangen. Wo sind die europäischen Demokratien, die nicht mal eine Delegation schicken können, um die Situation zu studieren und eine Resolution zu verabschieden? Gleichzeitig wurde der Hunger für die irakischen Kinder verabschiedet.
An diese Demokratie glauben wir nicht, weil sie die internationalen Gesetze mit zweierlei Maß anwendet.
E.: Nayef Hawatme, der Führer Ihrer Organisation, hat kürzlich erklärt, daß der Krieg unvermeidlich ist...
A.A.J.: Hawatme sagte in seinen Erklärungen, daß die USA schon für den Krieg vorbereitet seien. Die Amerikaner warten eine für sie günstige Zeit ab. Das könnte von Oktober bis April sein.
E.: Der Krieg würde alle Fronten der Schlacht eröffnen...
A.A.J.: Wir sind eine Volksorganisation und greifen die Fragestellungen auf, die von den Völkern ausgehen. Unser Volk wird dem Irak in einem Krieg gegen die Amerikaner unterstützen. Alle arabischen Völker stehen den USA gegenüber. Wir erwarten auch, daß das syrische und das ägyptische Volk sich im Schützengraben bei den restlichen Arabern einreihen. Wir glauben auch, daß das jordanische Volk sich gegen Israel stellen wird. Wir haben Informationen, daß Israel einen Angriff auf Jordanien plant. Unsere bewaffneten Kräfte im Libanon werden auch nicht mit verschränkten Armen zusehen, die libanesische Front zu Israel ist offen und auch die Intifada in den besetzten Gebieten wird sich ausweiten. Palästina wird kein ruhiges Hinterland sein.
E.: Aber im Fall eines Krieges sind die Steine der Intifada unbedeutend...
A.A.J.: Wenn ein Krieg ausbricht, hat die Intifada die Aufgabe, das israelische Militär möglichst stark zu zerstreuen und zu beschäftigen, mit Steinen oder was sonst zur Verfügung steht.
E.: Hat die palästinensische Unterstützung des Iraks dazu geführt, den Dialogprozeß mit den USA für eine Verhandlungslösung des Palästinaproblems definitiv zu beenden?
E.: Die USA gehen überhaupt nicht auf Friedensinitiativen in der Palästinaproblematik ein. Als sie keinen Vorteil aus der palästinensischen Initiative für eine friedliche Lösung ziehen konnten, haben sie sich dagegen gestellt. Die USA weigern sich immer noch, die PLO als einzige Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Wenn der Westen das bezweifelt, soll er eine internationale Delegation in die besetzten Gebiete schicken, um die Palästinenser auf ihrem Boden zu befragen, dann werden sie sehen, wie die PLO als ihre einzige legitime Vertreterin angesehen wird.



Wir sind auf Seite des Irak, weil er denen gegenüber steht, die eine Lösung des Palästinaproblems andauernd torpedieren. Das palästinensische Volk ist auf der Seite von Saddam Hussein, weil es als Volk weiß, wo seine Interessen liegen.
Wir von der DFLP sind für den friedlichen Weg und ziehen uns nicht aus der PLO zurück, aber wir werden auch nicht unser Recht auf Selbstbestimmung aufgeben und das Recht, einen Staat aufzubauen.
E.: Das Al-Aksha-Massaker und die Golfkrise haben der Intifada wieder Auftrieb gegeben?
A.A.J.: Wir sind absolut sicher, daß es so ist. Wir hoffen, daß das Massaker von Jerusalem allen Palästinensern, die gegen die israelischen Soldaten kämpfen, etwas klar gemacht hat. Auch für Israel wird es eine Lektion werden, damit sie begreifen, daß es keine andere Lösung gibt, als mit der PLO über den Frieden zu verhandeln.
E.: Die DFLP hat die Führung der PLO kritisiert, sie habe keine Einheitsfront aufgebaut und sie habe Tendenzen zu einer zweiten Version des Camp-David-Abkommens.
A.A.J.: Die DFLP hat nicht direkt die PLO-Führung angegriffen, sondern einige der Mitglieder der Führung, die einer Diskussion wie über den Baker-Plan den Vorzug geben. Es gibt einige Mitglieder und auch Führende in der PLO, die glauben, daß es mithilfe des Baker-Projekts eine Lösung geben könnte. Wir kritisieren das, weil wir meinen, daß dies nicht dem palästinensischen Programm entspricht. Und innerhalb der palästinensischen Demokratie stellen wir uns gegen diese Führer.





Azmi Al Khawaja: "Das palästinensische Volk wird Gebrauch machen von den Waffen, über die es in der Intifada verfügt."

Egin-Interview mit Azmi Al Khawaja, dem Sprecher und Mitglied des Politbüros der "Volksfront zur Befreiung Palästinas" PFLP.

Egin: Die vereinigte Führung der Intifada hat einen Aufruf an alle P.Innen der besetzten Gebiete gestartet, aufgrund des Gemetzels von Al Aqsa alle jüdischen Soldaten und Siedler/innen zu töten. Ist das tatsächlich ein qualitativer Sprung der Intifada?
A.A.K.: Ja, es ist ein qualitativer Sprung. Die Vorfälle haben gezeigt, daß es notwendig ist auf neue Formen zurückzugreifen um die Intifada auszubauen.
Egin: Aber bedeutet dieser Aufruf einen Rückgiff auf die Waffen um, wie es gestern ein Sprecher der PLO ausdrückte, das Leben der Zivilbevölkerung der Gebiete zu schützen?
A.A.K.: Ja, so ist es. Das palästinensische Volk wird Gebrauch von den Waffen machen, über die es in der Intifada verfügt. Wir müssen uns mit allen verfügbaren Waffen vor den Besetzern schützen.
Egin: Das bedeutet eine wichtige Veränderung. Ist das Gemetzel von Al Aqsa die einzige Erklärung für diese Radikalisierung?
A.A.K.: Das Gemetzel hat die Intifada gestärkt, und hat außerdem dazu geführt, daß in der Golfkrise einiges zugunsten des Iraks dargestellt werden mußte. Israel hat, dadurch daß es eine UN-Untersuchungskomission nicht zugelassen hat, einigen westlichen Ländern die Augen geöffnet über das paläst. Problem und über die Resolutionen und die Anwendung von Embargos gegen den Irak, während Israel weiterhin ungestraft terroristische Verbrechen gegen die P.Innen begeht. Es hat geholfen die Augen darüber zu öffnen.
Egin: Bedeutet das das definitive Ende der Verhandlungen mit USA und den Versuch eines direkten Einverständnisses mit Israel für die Lösung des paläst. Problems?
A.A.K.: Es hat Verhandlungen gegeben zwischen USA und PLO, aber im moment ist es ein Ding der Unmöglichkeit nach dem Gemetzel von Al Aqsa und der Golfkrise. Die PLO kann im Moment nicht mehr als einen internationalen Beschluß auf einem internationalen Gipfel akzeptieren. Andere Dinge können wir nicht mehr akzeptieren, weder Verhandlungen mit Israel noch mit USA. Die Lösung muß über die UNO laufen. Zwei lange Jahre lang hat Arafat sehr viel nachgegeben. Gespräche mit USA wurden aufrecht erhalten, aber trotz all der Konsessionen von Arafat hat es keinen Fortschritt gegeben, so daß inzwischen eine Lösung ohne UNO unmöglich geworden ist. Es hat sich gezeigt, daß sich die Situation nach zwei Jahren der Zugeständnisse nicht geändert hat.
Egin: In eben jener Zeitspanne hat es andere Veränderungen gegeben, wie die Wendung der wichtigsten paläst. Kräfte nach Jordanien, nach dem sie im Schwarzen September 1970 durch Schüsse vertrieben worden waren. Ist das ein Versöhnungsversuch oder eine konjunkturelle Toleranz?
A.A.K.: Alle Kräfte der PLO haben sich nach Jordanien gewandt, als Konsequenz der radikalen Veränderungen in Jordanien. Zum einen die administrative und gesetzliche Loslösung Jordaniens von den besetzten Gebieten. Diese Entscheidung veränderte die Beziehungen zwischen der jordan. Regierung und der PLO. Zum anderen die Auflösung der Abgeordnetenkammer in Jordanien, [illegible] von demokratischen Wahlen, was den Einzug bestimmter Gruppierungen ermöglicht hat, z.B. den der kommunistischen Partei oder der eigenen paläst. Gruppen. Die Loslösung von den besetzten Gebieten und die Wahlen waren ausreichend Grund für die Wendung nach Jordanien von George Habach (PFLP) und Nayef Hawatme (DFLP).
Egin: Was hat sich aufgrund der Golfkrise in der arabischen Welt verändert?
A.A.K.: In der arabischen Welt finden neue Veränderungen statt. Die erste ist die Teilung der pol. Regime in pro-USA und contra-USA. Auf der einen Seite ist eine gemeinsame Volksbewegung entstanden, gegen die USA, und das drückt sich aus durch die vielen Demonstrationen und andere Formen. Auch die Intifada ist durch die Golfkrise wiederbelebt worden. Andererseits ist zum erstenmal das Interesse aufgetaucht für eine Friedenslösung im Mittleren Osten. Das kam nach der Friedensinitiative von Saddam Hussein und dem darauffolgenden Vorschlags des frz. Präsidenten Mitterand, die Golfkrise zu verbinden mit einer Lösung der Konflikte im Mittleren Osten im besonderen des palästinensisch-israelischen Konflikts.
Egin: in welchem Maß hat die Golfkrise die palästinensische Sache beeinflußt?
A.A.K.: Die Golfkrise hat uns genutzt, und konkreter, hat der Intifada genutzt. Die Welt hat registriert, daß das paläst. Problem weiterhin besteht. Das zeigt und spiegelt wieder der Vorschlag von Mitterand. Die Golfkrise hat außerdem gezeigt, welche militärische Stärke der Irak besitzt, und das hat den Paläst:Innen in der Intifada Mut gemacht.
Egin: Auf alle Fälle könnte in einem eventuellen Kriegsfall die Niederlage des Iraks die paläst. Sache mit ins Verderben ziehen aufgrund der "Linientreue" ...
A.A.K.: Wir fürchten einen Krieg, weil wir die Ergebnisse fürchten, wie immer sie auch sein werden. Krieg ist immer zerstörerisch und es gibt immer Sieger und Besiegte. Aber wenn es Krieg gibt werden sich alle arabischen Völker auf die Seite Iraks stellen. Sowohl die Völker als auch die Regime einschließlich der syrischen und ägyptischen Armee. Wenn es Krieg gibt wird er lang sein, es wird keinen Blitzkrieg geben. Es ist schwer den Irak zu besiegen wegen seiner militärischen Stärke. Er besitzt ein hochentwickeltes Waffensystem. Außerdem verfügt der Irak über immense Ölvorräte. Seine dritte Kraft sind die arabischen Völker. Zum erstenmal seit Nassers Tod, kann man mit der Unterstützung der arabischen Völker rechnen. Alle arabischen Armeen werden sich verpflichtet sehen, mit dem Irak zu kämpfen, denn im Kriegsfall wird Israel auf Seiten der USA stehen.
Egin: Ihre Partei hat angekündigt, daß es ein Krieg an allen Fronten sein wird....
A.A.K.: Ein evt. Krieg wird tatsächlich an allen Fronten geführt werden. Aber wir richten uns nicht gegen Europa sondern gegen USA, konkret aus ökonomischen und militärischen Interessen, genauso innerhalb wie außerhalb der arabischen Welt. Hiermit wollen wir auf die nordamerikanischen Interessen hinweisen, da wo sie sind. Wenn es Krieg geben wird, wird jeder Teil alle in seiner Macht stehenden Kräfte gebrauchen. Dies ist kein Terrorismus. Wir sind nicht gegen die ZivilistInnen, sondern gegen die ökonomischen und militärischen Interessen in der Region.
Egin: Was hält die PFLP von der Haltung der UdSSR?
A.A.K.: Wir sind nicht einverstanden mit der Haltung der UdSSR indem ganzen Konflikt, denn auch sie decken die Politik der USA in dem Gebiet und eine größere ausländische Intervention. Die UdSSR sind nicht bereit die Golfkrise in Verbindung zu bringen mit dem paläst. Problem. Wir glauben, daß die politische Haltung Frankreichs in dieser Krise mehr vorantreibt als die sowjetische.



TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

jeden Tag

15.00 - 4.00 Schwule Wut, Schwules Überfalltelefon: 216 33 36

15.00 - 20.00, außer donnerstags, **Infocafé Lichtschranke.** In der Nostizstr. 49

21.30 **ab 1. Dez.** gibts jeden Tag ne Versteigerung aus unserem Adventskalender. Der Erlös geht an die Gefangenen. **Adventskalender Subversiv.** Im Infocafé Subveriv, Brunnenstr. 7

Di. - Fr. 15.00 - 21.00 **Infoladen "Bandito Rosso"**, Lottumstr. 10a, 1054

Donnerstag, 29. 11.

11.00 **Prozeß wegen Verdachts auf Widerstand gegen die Staatsgewalt** anläßlich einer versuchten Besetzung der Friedrichstr. 237 am 19. 10. 89. Im Amtsgericht Moabit, Raum 455

17.00 **Kiezdemo** für die sofortige Winterfestmachung leerstehenden Wohnraums und Belegung mit Menschen, die ihn dringend brauchen! Für die Enteignung von Stadt und Land. Karl Marx Platz

19.00 **Infoveranstaltung** zum Urteil über kommunales AusländerInnen wählrecht. Im Halk-Evi, Kottbusser Damm 74

HDK Lichtspiele
19.0 Video zur Räumung d. Marchstr.& Züri brennt
21.30 Zwischen Dachziegeln und Pflaster steinen HH

20.30 **ZWEI GESICHTER EL SALVADORS.**

40 MIN, VHS, 1990 RADIO VENCEREMOS DAS VIDEO SCHILDERT DIE SITUATION IN EL SALVADOR, BERICHTET UEBER DIE PROBLEME BEI DER GEWERKSCHAFTSARBEIT, AGITATION VON MILITAER UND BEFREIUNGSBEWEGUNG UND UEBER MILITAERISCHE AKTIONEN VOR DER GROSSEN OFFENSIVE 89. EIN NEUERES VIDEO UEBER DIE SITUATION NACH DER OFFENSIVE KONNTE BISHER NICHT IN DER OEFFENTLCHKET GEZEIGT WERDEN, DA DIE EL SALVADOR--SOLI-GRUPPEN DIE FASSUNG VON RADIO VENCEREMOS ALS "ZU MILITARISTISCH" ZUR NEUBEARBEITUNG ZURUECKGESCHICKT HABEN...

DIESELBEN HUNDE, NUR MIT ANDEREN HALSBAENDERN. TEIL II SCHMUTZIGER KRIEG UND TERROR GEGEN JUGENDLICHE IM BASKENLAND PETER KLEINERT,ASKATASUNA--GRUPPE,KAOS TEAM KOELN 30 MIN, FARBE, 1990

WENN DIE BRD-MEDIEN UEBER DAS BASKENLAND BERICHTEN. GEHT ES IN DER REGEL UM ANSCHLAEGE DER ETA. KAUM BERICHTET WIRD UEBER Dlh SITUATION DER 600 POLITISCHEN GEFANGENE AUS EUSKADI, NICHT UEBER SYSTEMATISCHE FOLTER DURCH POLIZEI UND GUARDIA CIVIL. HIERUEBER INFORMIERT DER ERSTE TEIL UNSERES VIDEOS: "VON FRANCO BIS GONZALES-FOLTER IM BASKENLAND".TEIL 2, UM DEN ES HIER GEHT, WURDE VON UNS WIE TEIL 1 IM JANUAR 1990 GEDREHT UND DURCH MATERIAL VON VIDEOMACHERN AUS DER UNABHAENGIGKEITSBEWEGUNG IN EUSKADI ERGAENZT. ZEUGENAUSSAGEN BELEGEN DIE BERICHTE UEBER DEN VON TEILEN DES STAATSAPPARATES GEFUEHRTEN SCHMUTZIGEN KRIEG GEGEN DIE POLITISCHE JUGENDBEWEGUNG IN EUSKADI. TERRORKOMMANDOS. DIE SICH SELBST"GRUPO ANTITERRORISTA DE LIBERACION"(GAL) NENNEN, ENTFUEHREN JUGENDLICHE AUS DER AUTONOMIE-, UMWELT-, FRAUEN- UND FRIEDENSBEWEGUNG, UEBER-- FALLEN SIE IN IHREN WOHNUNGEN UND VERSUCHEN SIE DURCH DROHUNGEN UND FOLTER EINZUSCHUECHTERN ODER ZUR KOLLABORATION ZU ZWINGEN.

Im Kino im K.O.B, Potsdamer Str. 159

jeden Donnerstag

Freitag, 30. 11.

20.00 **Soliveranstaltung zum Jahrestag des Hungerstreiks** der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) Film, Hexenküche etc. Im Infocafé Vamos, Marchstr. 23 **Ausschließlich für Frauen/Lesben!!!**

Prozesskostenparty mit Filmen und so im K.O.B, Potsdamer Str. 159

Prozeßkostenfete im T.Weissbecker Haus für d. Gefangenen d. Mainzer
ab 18.00 Videoszur Mainzer
20.00 Live Mucke
0.00 Disco

22.00 Disco im SO 36

jeden Freitag

15.00 - 20.00 **Infoladen Lunte,** Weisestr. 53 geöffnet

18.00 - 19.00 **Food-Coop** im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

Samstag, 1. 12.

13.00 **Demo: Kampf dem Rassismus, Wahlrecht für alle.** Treffpunkt Adalbertstr./Mauerstreifen.
Treffpunkt für den Frauenblock beim schwarz-türkisen Transparent mit Drachenfrau: Am Kinderbauernhof.

13.00 **Taxista Demo Wohnraum darf nicht Ware sein. Solidarität mit den Besetzten Häusern. Her mit den Häusern.** Treffpunkt Hasenheide/Neue welt. **Schmückt eure Taxen!!**

Tante Mili lädt zum Tanz. **Prozesskostensoli. Ladies only!!.** In der Niederbarnimstr. 25, 1035

22.00 **Kiezdisco Kohle für Kiezdemo und EA.** Im Syndikat, Weisestr. 56

jeden Samstag

16.00 **Frauencafé im Klez** mit Kinderbetreuung im Stadtteilladen Lunte, Weisestr. 53

16.00 - 20.00 **Antifa-Info-Telefon (West) 692 15 99.**

16.00 - 19.00 **Antifa-Info-Telefon (Ost) 229 29 12**
Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 2. 12.

11.00 Frauen- und Lesben - Mainzer - Soli - 1. Advent und überhaupt **Frühstüchsbuffet** In der Niederbarnimstr. 25, HH., 1035, mit Solibeitrag für die Mainzer: 5 Märker. **Ladies only**

16.30 Infoveranstaltung zur **Totalverweigerung** im TU-Audimax.

Antiwahlparty. Bei einer Boykottzahl von 0,2% gibts Sekt. Im Infocafé Subveriv, Brunnenstr. 7

19.00 **Kiezküche gegen die Qual der Wahl.** Im Stadtteilladen Rat und Tat, Liebenwalder Str. 16

19.30 **Anti-Wahl-Konzert** mit gonjah, häwi mädels, happy hour und den skeptikern. Überschüsse gehen an die Totalverweigerer-soli. In der Alten TU-Mensa.

jeden Sonntag

11.00 **Alle 14 Tage 9./23.12.etc. Anarchistische Vernetzung Berlin** Treffen im El Locco, Kreuzbergstr. 43

13.00 **Kultur- Frühstück mit Dr. Seltsams Kabarett** Eintritt frei! Im Infocafé Subveriv, Brunnenstr. 7

13.00 **Treffen für Neuköllner Frauen/Lesben** gegen Anmache, Angriffe, Vergewaltigung... Nur jeden ersten Sonntag im Monat. In der Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61

14.00 **Neuköllner Kiezküche.** Im Syndikat, Weisestr. 56

19.00 **Volxkücke** im Infocafé Subveriv, Brunnenstr. 7

Montag, 3. 12.

jeden Montag

Redaktionschluß für den Terminkalender und auch für den Rest der Zeitung. Wenn ihr Glück habt schauen wir auch Dienstag nochmal in den Briefkasten. Aber bitte verlaßt euch nicht darauf.

15.00 - 20.00 **Infoladen Lunte,** Weisestr. 53 geöffnet

18.00 - 20.00 **Wirtschaftsarchiv** im Papiertiger, Cuvrystr. 25

18.00 - 20.00 **Antifajugendcafé** im Infoladen Lunte.

18.30 **Volksküche** im Infocafé Lichtschranke, Nostitzstr. 49

20.00 - 22.00 **Infotelefon** bei faschistischen, rassistichen oder sexistichen Überfällen auf Frauen, Lesben und Mädchen **65 20 74**

Dienstag, 4. 12.

jeden Dienstag

18.00 - 20.00 **Antifa-Info-Telefon (Ost) 229 29 12**
Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Jeden 2. Di. im Monat FAU (Freie ArbeiterInnen Union) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

Jeden 1. Di. im Monat Graswurzelrevolutionsgruppe im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

20.00 - 22.00 **Ermittlungsausschuß (EA)** Tel.: **692 22 22** im Mehringhof.

20.05 **RoZ, Radio ohne Zensur,** alle 14 Tage auf 103,4 MHz

Mittwoch, 5. 12.

11.30 **Prozeß gegen den Neofaschisten Oliver Schweigert wegen § 86a** (hier faschistische Propaganda) in der Turmstr., Raum 863, (Siehe Beitrag im Heft)

20.00 **Antifa-Café** Thema Häuserkampf. Im Institut für Soziologie, Babelsberger Str. 14 - 16, U-Bhf Berliner Str.

jeden Mittwoch

15.00 - 20.00 **Infoladen Lunte** geöffnet

16.00 - 19.00 **MieterInnencafé** in der Lunte, Weisestr. 53

17.00 - 20.00 **Frauentag** im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

Donnerstag 6. 12.

Fr. 7. 12.

19.30 **Veranstaltung zu den Tuaregs.** Mit Film über das Leben der Tuareg-Frauen und mit dem Autor des Artikels dazu Im Babylonia, Cuvrystr. 23

Sa. 8. 12.

15.00 Frauen- und Lesben-Café im Infocafé Lichtschranke, Nostitzstr. 49

22.00 Soli Disco für die Mainzer im So 36

So. 9. 12.

15.00 infoveranstal tung zur INTIFADA mit Schattentheater im SO 36

Sahen so die Briefe aus,
die Schwierzina am Freitag
angeblich geklaut wurden?

die obersten kerls von der regierung und von dem ober-landes-gericht sind verlarvte menschenschinder, und hier an allem übel schuld; diese bestien müssen von kleinen haufen braver leute die in einer nacht um dieselbe stunde zugleich in die wohnungen derselben einbrechen, abgemurkst und ausgeplündert werden. dann können wir unsere gefangenen kameraden befreien, haben weiter nichts zu fürchten und zugleich auf eine weile etwas zu leben.

Kassiber 1832

